Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

1
19

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2019 ist, etwas dramatisch formuliert, eine Art Schicksalsjahr für Europa: Unter anderem durch den bevorstehenden „Brexit", starke nationalistische Bewegungen in einigen Mitgliedstaaten und gewachsene außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen steht die Europäische Union vor einer ernsthaften Zerreißprobe. Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe von „Einsichten und Perspektiven" beschäftigt sich daher mit der Frage, welche Bedeutung der „neue Nationalismus" für Europa hat: Neben dem eher grundsätzlich ausgerichteten Beitrag von Andreas Fahrmeir beleuchten Cecilia Mussini und Krzysztof Ruchniewicz dabei die Lage in Italien und Polen näher.

Ein zweiter Schwerpunkt dreht sich um das Gedenken an die Frühphase der ersten Demokratie in Deutschland vor 100 Jahren. In Reminiszenz an das Datum „100 Jahre Revolution" stellt Bernhard Sauer im zweiten Teil seines Beitrags über den sog. „Spartakusaufstand" dar, wie die Frage nach dem „richtigen" Vorgehen in den einschlägigen zeitgenössischen Zeitungen diskutiert wurde. Den Kontrapunkt zu diesen Geschehnissen beschreibt Walter Mühlhausen, in dem er den Weg zur Verfassung der jungen deutschen Republik am sicheren „Gegen-Ort" zu Berlin, nämlich Weimar, vorstellt.

Rupert Grübl, der seit 1. Januar der neue Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ist, lässt seine ersten Tage im Amt Revue passieren und erklärt, welche Ziele er sich in den nächsten zehn Jahren vorgenommen hat. Angela Nienierza untersucht, wie Jugendliche Extremismus in den sozialen Medien erkennen und wahrnehmen. Finden Sie außerdem heraus, wen wir in der zweiten Ausgabe unseres historisch-biographischen Rätsels suchen.

Und noch ein ganz besonderes Highlight: Nora Krug, Autorin der großartigen Graphic Novel „Heimat", erzählt im Gespräch mit der E&P-Redaktion, wie sie in ihrer Wahlheimat New York mit ihrem deutschen Erbe umgeht, und ist überzeugt, dass „wir als Deutsche die Verantwortung tragen, als Verfechter der Demokratie zum Wohl unserer Gesellschaft" beizutragen.

Die Redaktion

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmuk.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Heinrich R. Eberhardt beschäftigt sich als Musiklehrer und Chorleiter seit 1995 intensiv mit jüdischer Musik und Kultur. Er ist Herausgeber der deutschsprachigen Ausgabe von „Semjon Shpungin: Vor und nach der Flucht", Berlin 2017, und ist mit Semjon Shpungin und dessen Familie befreundet.

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir ist Inhaber der Professur für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts am Historischen Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Prof. Dr. Walter Mühlhausen ist Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg) und apl. Professor an der TU Darmstadt.

Dr. Cecilia Mussini ist Lehrbeauftragte am Institut für Italienische Philologie der LMU München sowie freie Autorin und Lektorin.

Angela Nienierza, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaften und Medienforschung der LMU sowie Auslandskoordinatorin des Instituts.

Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz ist Historiker und Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wroclaw/Polen sowie Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte am selben Zentrum. Er ist außerdem Autor von mehreren Publikationen. Zuletzt: Schauplatz Geschichte. Entdecken und verstehen in den deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin 2018.

Dr. Bernhard Sauer ist Historiker und hat mit einer Arbeit über die „Schwarze Reichswehr" promoviert.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt ist Professor für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg.

Inhalt

Europa und der Nationalismus 4
von Andreas Fahrmeir

Die nationalistische Rhetorik der italienischen Regierungskoalition zwischen Online- und Offline-Welt 12
von Cecilia Mussini

Wie viel Nationalismus verträgt die Europäische Union? Im Fokus: Polen 20
von Krzysztof Ruchniewicz

„Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess“ 26
Ein Interview mit Nora Krug über ihre Graphic Novel „Heimat“
Interview: Monika Franz

Wer war es? 30
Ein historisch-biographisches Rätsel
von Rainer F. Schmidt

Der „Spartakusaufstand“ – die zweite Phase der proletarischen Revolution? 32
Teil 2: Das Ende des Spartakusaufstandes – eine historische Einordnung
von Bernhard Sauer

Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 42
von Walter Mühlhausen

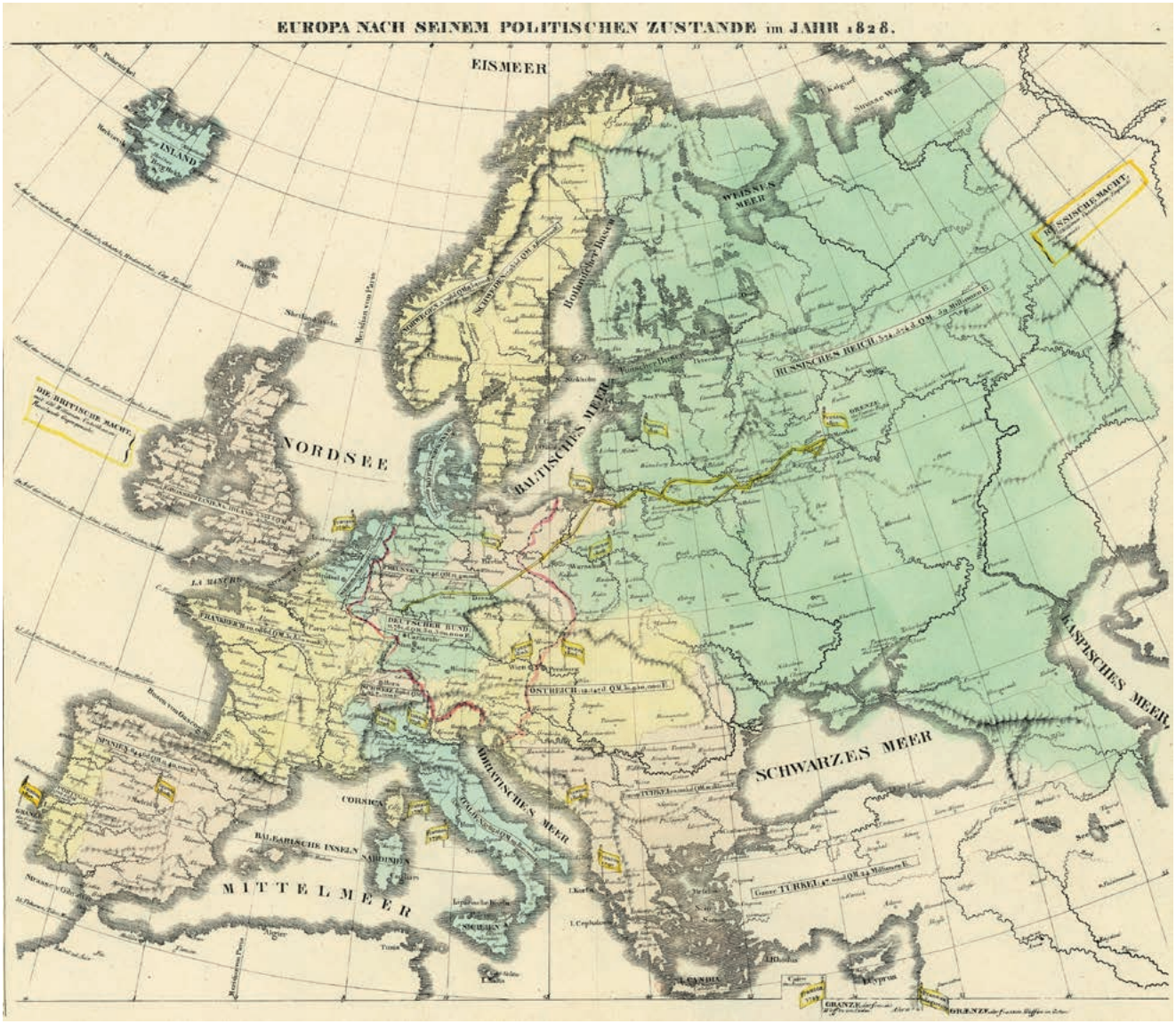
Zwischen offenem Hass und geschickter Verführung. 54
Extremismus in sozialen Medien und wie Jugendliche ihn erkennen und wahrnehmen
von Angela Nienierza

Vor und nach der Flucht 64
Semjon Shpungins Erinnerungen an die deutsche Okkupation in Lettland, das Ghetto Daugavpils und sein Überleben danach
von Heinrich R. Eberhardt

Seit 60 Tagen im Amt: Rupert Grübl, der neue Direktor der Landeszentrale 76

Europa und der Nationalismus

von Andreas Fahrmeir



Eine historische Karte Europas aus dem Jahr 1828
Abbildung: IMAGNO/ Austrian Archives/ Süddeutsche Zeitung Photo

Nationalismus ist im heutigen Europa wieder aktuell. In einer ganzen Reihe von Ländern sind „rechtspopuläre" Parteien im Aufwind oder an der Regierung. Ihr Geschichtsbild knüpft an klassische nationalistische Erzählungen an, und für die Gegenwart verfolgen sie das Ziel, die „Nation" geschlossener, einheitlicher und von „Brüssel" oder der „Globalisierung" unabhängiger zu machen. Gleichzeitig ist der Zuschnitt einzelner Nationen erneut umstritten. Im Namen „nationaler Selbstbestimmung" wird beispielsweise die staatliche Unabhängigkeit Schottlands oder Kataloniens gefordert. Handelt es sich dabei um die Rückkehr alter Muster, die zu den wichtigsten Hintergründen der zerstörerischen Kriege gehörten, die Europa im 20. Jahrhundert erlebte? Oder würde die Erfüllung nationaler Befreiungsträume in einem geeinten Europa gar schwelende Konflikte beseitigen, die ein friedliches Zusammenleben demokratischer Nationen erschweren? Werden „Vereinigte Staaten von Europa" früher oder später eine „Nation Europa" hervorbringen, oder ist Europa allenfalls als Föderation von „Nationen" denkbar?

Klarheit in Bezug auf diese Fragen zur Gegenwart kann ein historischer Überblick nicht bieten, aber er kann vielleicht dabei helfen, den Hintergrund aktueller Entwicklungen besser zu verstehen. Dabei sind drei Themen besonders wichtig – und zugleich besonders umstritten. Erstens: Sind Nationen „neu" oder „alt", (relativ) kurzlebig oder ewig? Zweitens: Wie verhalten sich „Nationen" zu Staaten? Und drittens: Wann werden nationale Trennlinien für wen besonders wichtig?

Die Bedeutung der ersten Frage für die politische Ordnung Europas ist offensichtlich. Wenn „Nationen" ewige oder zumindest dauerhaft stabile Einheiten sind, kann Europa nicht gegen sie konstituiert werden. Wenn sie aber zu bestimmten Zeiten entstehen und ihre zentrale Bedeutung für das Selbstverständnis von Einzelnen und Gruppen auch wieder verlieren können, sind auch postnationale Ordnungen möglich.

Weil das so ist, ist keine Antwort auf die Frage völlig neutral. Nationalisten – also Menschen, die von einer überragenden Bedeutung der Aufteilung der Bevölkerung der Welt in Nationen ausgehen und der eigenen Nation einen besonderen Rang zuweisen – können kaum zugestehen, dass sie auch einer anderen oder gar keiner Nation angehören könnten, dass ihre Nation erst irgendwann entstanden ist und irgendwann vielleicht gar nicht mehr

Kampf für's Vaterland. Historische Illustration von 1892
Abbildung: Ullstein Bild

existiert. Wer dagegen den Annahmen des Nationalismus skeptisch gegenüber steht, wird sich über jeden Beleg für die Kurzlebigkeit nationaler Weltbilder freuen.

Es macht es nicht einfacher, dass die Bedeutung des Wortes „Nation" ursprünglich sehr unbestimmt ist: eine Gruppe von Menschen mit gewissen Gemeinsamkeiten.[1] Die als „national" beschriebenen Gemeinsamkeiten können dabei ganz unterschiedlicher Art sein: Sprache, Abstammung, Aussehen, Religion, Gebräuche, Herkunft aus einer bestimmten Gegend oder Zugehörigkeit zu einem Herrschaftsbereich. „Nationen" können im Mittelalter groß oder klein gedacht werden, also „Deutschland", „Sachsen" oder „Meißen" zugeordnet sein. Im Laufe der Zeit wird es üblicher, als Nationen oder „Völker" (das Wort wird im Deutschen lange synonym verwendet[2]) nur größere Gruppen zu bezeichnen, die eine gemeinsame Sprache verwenden und die in einer Beziehung zu einem aktuellen oder ehemaligen politischen Herrschaftsbereich stehen.

Eine intensivere Diskussion über die Eigenarten von „Nationen" begann in Europa im ausgehenden Mittelalter. Sie kombinierte völkerkundliche Informationen aus wiederentdeckten antiken Texten mit Beobachtungen der Sprache, Eigenarten, Kunst und Literatur der Einwohner unterschiedlicher Regionen der damaligen Gegenwart. So entstanden Stereotype über Deutsche, Franzosen, Italiener, Engländer, welche in den Selbst- und Fremdwahrnehmungen europäischer Nationen bis heute Spuren hinterlassen haben, auch wenn sie später durch viele andere Beobachtungen modifiziert wurden.[3]

Die Debatte formulierte zugleich eine Forschungsfrage: Wie waren die „Nationen" der Gegenwart entstanden? Die meisten Beobachter nahmen an, „Nationen" seien das Ergebnis einer historischen Entwicklung, wobei Zufälle (wie gewonnene oder verlorene Schlachten) ebenso eine Rolle spielten wie die klimatischen Bedingungen in den Siedlungsgebieten der Völker. Die „Nationen" Europas waren also wandelbar und konnten, in dem Maße, in dem die Unterschiede zwischen ihnen durch den materiellen und intellektuellen Fortschritt abnahmen, in einer gemeinsamen europäischen „Familie" münden – so nahm Friedrich Schiller noch 1789 an.[4]

Es kam freilich anders. Eine wachsende Zahl von Beobachtern sah in der Vielfalt europäischer Nationen nun nicht mehr das Ergebnis historischer Entwicklungen, sondern deren Ursache: Die Rivalität der „Völker" habe Kriege und sogar Revolutionen hervorgebracht, und es war die „Nation", welche politische Herrschaft legitimierte und prägte. In dieser Wahrnehmung war es eine zentrale Aufgabe, Nationen voneinander abzugrenzen: zu ermitteln, was ihre ‚eigentliche' Sprache war, wer ihnen ‚eigentlich' angehörte, auf welche historischen Grenzen sie ‚eigentlich' Anspruch hatten – und die politischen Grenzen daran auszurichten.[5] So wurden zahlreiche Nationen „erfunden", indem Forscher und Publizisten ihre Nationalsprachen, Nationalgeschichten und Nationalliteraturen definierten: 1780 erschien in Wien eine erste Grammatik für die Sprachen der „*Muténi*", „*Moldovéni*", „*Marginéni*", „*Mocáni*", „*Románi*", „*Frathiuti*" und „*Valachi*", die vorschlug, sie gemeinsam als „Daco-Romaner" zu bezeichnen – und so dazu beitrug, eine rumänische Nation zu definieren.[6] Der Arzt und Literat Adamantios Coray/Αδαμάντιος Κοραής gab zwischen 1828 und 1835 in Paris ein griechisches Wörterbuch heraus.[7] Das betraf keineswegs nur ‚neue' oder im Osten Europas gelegene Nationen: In Deutschland begann das Projekt eines deutschen Wörterbuchs, das ganz ähnliche Ziele verfolgte, 1838.[8]

„Erfunden" bedeutet dabei nicht, dass Nationen aus dem Nichts erschaffen wurden – die modernen Nationalsprachen wurden aus Volkssprachen abgeleitet, die aber nach dem Vorbild anderer Hochsprachen oder klassischer

1 Fritz Gschnitzer/Reinhart Koselleck/Bernd Schönemann/Karl Ferdinand Werner: Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner u.a., Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-431; Nation, Nationalismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit online, vgl. https://referenceworks.brillonline.com/entries/enzyklopaedie-der-neuzeit/nation-nationalismus-a2909000?s.num=0&ts.rows=20&ts.f.s2_parent=s.f.book.enzyklopaedie-der-neuzeit&ts.q=Nation [Stand: 09.02.2019].

2 Vgl. Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften, hg. von Carl von Rotteck/Karl Theodor Welcker, Bd. 11, Hamburg 1841, S. 154: „Nation, Nationalität u.s.w., s. Volk, Volksthümlichkeit u.s.w.".

3 Caspar Hirschi: Wettkampf der Nationen. Konstruktionen einer deutschen Ehrgemeinschaft an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit, Göttingen 2005; Christopher B. Krebs: Ein gefährliches Buch. Die „Germania" des Tacitus und die Erfindung der Deutschen, München 2012.

4 Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte. Eine akademische Antrittsrede, hg. von Otto Dann, Stuttgart 2006, S. 17.

5 Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus: Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt am Main[3]2005; Miroslav Hroch: Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich, Göttingen 2005; Hugh Seton-Watson: Nations and States: An Enquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism, London 1977.

6 Georgium Sinkay: Elementa linguae daco-romanae sive valachicae, [Wien 1780], Buda 1805, [S. if.]; vgl. auch Moldau und Wallachei. Romänische oder Wallachische Sprache und Literatur. Von einem Moldauer, in: Magazin für die Literatur des Auslandes (1837) H. 8, S. 29 f., hier S. 29.

7 [Adamantios Koraes:] Atakta, ēgun pantodapōn eis tēn archaian kai tēn nean hellēniken glōssan autoschediōn sēmeiōseōn, kai tinōn allōn hypomnēmatōn autoschedios synagōgē, Paris 1828-1835.

8 Wilhelm Grimm: Über das deutsche Wörterbuch, in: Politische Reden 1792-1867, hg. von Peter Wende, Frankfurt am Main 1990, S. 210-222.

Jacob Grimm (1785-1863), Wilhelm Grimm (1786-1859), Märchensammler, Sprachwissenschaftler. Titelblatt „Deutsches Wörterbuch", 1854
Abbildung: Ullstein Bild

Vorbilder modifiziert und Siedlungsgebieten zugeordnet wurden. Der Verweis auf die Konstruktion der „imaginierten Gemeinschaft" der Nation verweist aber zurecht darauf, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation sich nicht von selbst ergab, sondern von Experten mit beeinflusst wurde, die Identifikationsmöglichkeiten bereitstellten, die sich als populär erweisen konnten – oder auch nicht.[9]

Nationsbildung als staatliches Projekt

Zunächst entsprachen Vorstellungen nationaler Einheit nur begrenzt der Lebenserfahrung im 19. Jahrhundert. Europa war überall lokal geprägt, von Standesgrenzen durchzogen und von konfessionellen Gräben geteilt. Die Gemeinsamkeit der „Nationalität" leuchtete vor allem Intellektuellen ein, für die Sprache, Geschichte und Literatur besonders wichtig waren; entsprechend waren in allen „Nationen" Lehrer, Geistliche und Schriftsteller die prominentesten Fürsprecher nationaler Einheit – auch, weil es kaum andere gab. Es dauerte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, bis sich nationale Massenbewegungen bilden konnten, die eine Identifikation größerer Teile der Bevölkerung mit der Nation dokumentierten.[10]

Der Nationalismus erlangte seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert dann besondere Sprengkraft, wenn sich Forderungen nach sprachlicher und kultureller Einheit in einem nationalen Territorium mit staatlichen Programmen der Standardisierung verbanden, deren Ziel eine Nation gleicher Staatsbürger war, die dieselbe Sprache sprechen und ausschließlich dem national definierten Staat gegenüber loyal sein sollten. Staaten strebten allgemein danach, die kulturelle Einheit und die Loyalität zu fördern. Das betraf sowohl „Nationen", die sich sprachlich von ihren Nachbarn unterschieden, wie Frankreich, als auch „Nationen", bei denen eher Trachten oder die Dynastie zur Abgrenzung taugte, wie Bayern.[11] Und auch in Frankreich beklagten Volksschullehrer die Unverständlichkeit der lokalen Dialekte der Bevölkerung in der „Provinz", die man erst ‚aus Bauern zu Franzosen' machen müsse.[12]

Die imaginierte Gemeinschaft der Nation erhielt somit eine reale Entsprechung in der Alltagserfahrung. Ende des 19. Jahrhunderts lernten Einwohner der meisten europäischen Staaten nach denselben Lehrplänen, lasen ähnliche Nachrichten in vergleichbaren Zeitungen, dienten (sofern sie Männer waren) in denselben Armeen und nahmen an denselben Wahlen teil. Nationale Solidarität war eine der Begründungen für den Ausbau eines nationalen sozialen Sicherungsnetzes. Und manche Staaten wie Preußen gingen zudem daran, den Körper der Nation durch die Massenausweisung von Personen, die sprachlich-kulturell anderen Nationen wie Dänemark oder Polen zugeordnet wurden und keine preußische Staatsangehörigkeit besaßen, zu „reinigen".[13]

Der Erste Weltkrieg beschleunigte diesen Prozess nationaler Homogenisierung enorm. In den kriegführenden Staaten näherten sich durch die Verlusterfahrung im Krieg und die Rationierung von Waren die Lebenswelten verschiedener Schichten der Bevölkerung immer weiter an. Kontakte ins feindliche Ausland wurden gekappt, die nationale Einheit gegen Feinde beschworen. Der Einsatz

9 Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main ^{2}2005.

10 Vgl. Hroch (wie Anm. 5).

11 Manfred Hanisch: Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991.

12 Eugen Weber: Peasants into Frenchmen: The Modernization of Rural France, 1870-1914, Stanford 1979.

13 Matthew P. Fitzpatrick: Purging the Empire: Mass Expulsions in Germany, 1871-1914, Oxford 2015.

Oster-Aufstand in Irland, 24. April 1916. Parade der irischen Bürgerwehr vor der Liberty Hall in Dublin
Abbildung: Ullstein Bild

aller Kräfte der Nation im Krieg sollte nach dem Friedensschluss durch eine weitreichende nationale Solidarität belohnt werden. Allerdings wurden überall dort Bruchlinien sichtbar, wo sich nationale Ansprüche überschnitten. Viele Staaten definierten Nationalitäten in ihren Grenzen als mehr oder weniger zuverlässig. Die Diskriminierung misstrauisch beäugter Minderheiten verstärkte wiederum deren Bereitschaft, sich für einen eigenen nationalen Staat einzusetzen: in Irland, in Tschechien, in der Slowakei, in Polen, auf dem Balkan, in Finnland, im Baltikum.[14]

Die „nationale Selbstbestimmung" der Nachkriegszeit verband die Vorstellung eines sprachlich homogenen, demokratischen Sozialstaats nach innen mit der Abgrenzung gegenüber anderen Nationalitäten nach außen. Diese stellten aber innerhalb der Staatsgrenzen vielfach nationale Minderheiten dar: Solche Minderheiten galten einer neuen, radikaleren Nationalitätsvorstellung aber als kaum noch integrierbar. Nationalität schien nun unmittelbar aus objektivierbaren Tatsachen zu folgen; nur deshalb konnte beispielsweise der Vertrag von Saint-Germain, der die Beziehungen zwischen den Staaten des ehemaligen Habsburgerreichs und der neuen Republik Österreich regelte, davon ausgehen, dass Personen in den Staat gehörten, dessen Mehrheitsbevölkerung sie „nach Rasse und Sprache" zugehörig waren.[15]

Die Idee, dass das Nationalitätsprinzip eine Ordnung Europas bestimmen musste, dominierte europäische Zukunftsvorstellungen bis nach dem Zweiten Weltkrieg: Da sich Minderheiten nicht rasch assimilieren ließen und ihre Anwesenheit von Nachbarstaaten instrumentalisiert werden konnte (wie es das „Dritte Reich" getan hatte), waren großflächige Bevölkerungsverschiebungen notwendig („aus Minderheiten Geschichte machen", wie es eine neue Studie nennt[16]). Homogene Nationalstaaten waren Mittel der Vergrößerung nationaler Herrschaftsansprüche, aber auch Mittel zur Verhinderung weiterer Konflikte.

14 Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014; Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923, München 2018.

15 Hannelore Burger: Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Wien 2014, S. 137.

16 Matthew Frank: Making Minorities History: Population Transfer in Twentieth-Century Europe, Oxford 2017.

Begrenzte Abkehr vom Nationalismus

Daher hinterließ der Zweite Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa viel homogenere Siedlungsräume, als es sie vor 1914 jemals gegeben hatte. Allerdings markierte dieser Höhepunkt des Nationalstaatsprinzips zugleich dessen Diskreditierung. Der massenhafte Mord an Zivilisten, die das Unglück gehabt hatten, am falschen Ort der falschen Nationalität anzugehören, durch die Diktaturen der Achsenmächte, vor allem aber der Zivilisationsbruch des vom „Dritten Reich" ausgehenden Holocaust an den europäischen Juden stellte nicht nur den Rassismus, sondern auch den Nationalismus grundsätzlich in Frage. Im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte wurden die scheinbaren wissenschaftlichen Grundlagen nationaler Selbstbilder Zug um Zug dekonstruiert, und zugleich Alternativen zu einer Verfassung Europas in Nationalstaaten entwickelt.

Das änderte freilich nichts daran, dass es sich bei den Staaten Europas weiterhin um – untereinander recht unterschiedliche – Erben von Nationalstaaten handelte, deren institutionelle Verfasstheit von einer weitgehenden nationalen Homogenität ausging. Zwar bemühte man sich um eine Unterscheidung zwischen „Nationalismus" als einer Weltsicht, die mit einer Überhöhung der eigenen und einer Herabwürdigung anderer „Nationen" einherging, und „Patriotismus", der lediglich Loyalität gegenüber dem eigenen Vaterland involvierte. Damit man war aber nicht weit entfernt von dem Konzept eines Europas der Nationen, das liberale und demokratische Zirkel des 19. Jahrhunderts gefordert hatten.[17] Zwar öffneten sich zahlreiche europäische Staaten in ihrer Migrationspolitik und – vielfach mit erheblicher Verzögerung – in ihrer Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungspolitik für Migration; der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Abstammung im staatlichen Territorium galt aber weiterhin als Normalfall und blieb es statistisch auch. Der Prozess der europäischen Einigung und damit die Abgabe von Kompetenzen an eine politische Ebene oberhalb der Nationalstaaten beschleunigte sich; zugleich blieb rechtlich wie praktisch staatliche Souveränität in den nationalen Bevölkerungen verankert. Das Konzept einer europäischen Staatsbürgerschaft gewann an Bedeutung, zugleich blieben die Rechte, die sich unmittelbar aus einer europäischen Staatsbürgerschaft ergaben, erweiterungsfähig.[18]

Zudem wiesen die Ereignisse der ausgehenden 1980er Jahre auf die andauernde Anziehungskraft des Nationalstaats als Modell hin. Dessen fundamentale Bedeutung wurde durch die deutsche Einheit ebenso in Erinnerung gerufen wie durch die Spaltung der Tschechoslowakei in zwei Republiken oder den Zerfall Jugoslawiens. Auch in Westeuropa erwiesen sich klassische nationale Krisenherde als weiterhin aktiv: In Belgien, Katalonien, Irland oder Schottland und – bis zur „Nationalisierung" der bisherigen Lega Nord zur gesamtitalienischen „Lega" – existierten oder existieren nationale Unabhängigkeitsbewegungen, welche die Anpassung bestehender Staatsgrenzen an nationale Grenzen fordern; eine scheinbar dauerhafte Befriedung, wie im Baskenland, ist eher die Ausnahme als die Regel.[19] Schließlich erwiesen sich Versuche, weitere Schritte hin zu einer europäischen Integration durch Volksabstimmungen zu legitimieren, als nicht oder zumindest nicht unmittelbar erfolgreich: Nicht erst im Brexit-Referendum 2016, sondern bereits bei vorangegangenen Plebisziten in Irland, den Niederlanden, Dänemark und Frankreich votierte die Mehrheit der Teilnehmenden zugunsten der Bewahrung nationalstaatlicher Kompetenzen.[20] Ebenso bedeutsam wie das Ergebnis ist freilich die Tatsache, dass auch bei europäischen Fragen die Wahlberechtigung an die nationale Staatsbürgerschaft (und nicht an Anwesenheit oder die europäische Staatsbürgerschaft) gekoppelt blieb – was beim Brexit-Referendum für das Ergebnis entscheidend war.

Aktuelle Implikationen und Fragen

Aus dieser knappen Geschichte kann man einige Schlüsse ziehen. Erstens: Europa bleibt von der Geschichte des Nationalismus geprägt, wobei vor allem die Erfahrungen und Ereignisse der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs eine große Rolle spielen. Darauf verweisen die konkreten Anliegen vieler Nationalbewegungen, und bis dahin reichen die konkreten Grenzziehungen in Europa vielfach zurück – trotz der oft weit länger in die Vergangenheit zurückreichenden Erzählungen, die in diesen Zusammenhängen bemüht werden.

Zweitens: Der Prozess der europäischen Einigung hat die Sprengkraft des Nationalitätsprinzips eingehegt, aber

17 Vgl. etwa A Cosmopolitanism of Nations: Giuseppe Mazzini's Writings on Democracy, Nation Building, and International Relations, hg. von Stefano Recchia und Nadia Urbinati, Princeton 2009.

18 Dieter Gosewinkel: Schutz und Freiheit. Staatsbürgerschaft in Europa im 20. und 21. Jahrhundert, Berlin 2016, S. 356-629.

19 Andreas Wirsching: Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989, München 2015; Andreas Rödder: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

20 Andreas Fahrmeir: Allmählicher Abschied von der europäischen Integration? Britische imperiale Erfahrungen, das Brexit-Votum und die Europäische Union, in: ZSE. Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 14, 2016, S. 166-173.

nicht beseitigt. Denn die europäische Einigung hat nicht nur Mobilität vereinfacht und Märkte integriert, sondern auch Nationalbewegungen emanzipiert: Erst die stabile europäische Rechts-, Wirtschafts- und Verfassungsordnung macht sehr kleine Nationalstaaten denkbar, die unter den Bedingungen des 18., 19. oder frühen 20. Jahrhunderts Gefahr gelaufen wären, von mächtigeren Nachbarn annektiert zu werden. Damit ist freilich nichts darüber gesagt, ob die Mehrheit in größeren Nationalstaaten bereit ist, die Abspaltung von Teilen des Territoriums zu tolerieren (was etwa in Spanien derzeit nicht der Fall ist, in Großbritannien gegenüber Schottland dagegen 2014 der Fall war), und auch nicht ausgemacht, dass nationale Sezessionsbewegungen immer friedlich oder erfolgreich verlaufen müssen, wenn sie über regionale Mehrheiten verfügen.

Demonstration in Barcelona am 11. Oktober 2018 für die Freilassung inhaftierter katalanischer Politiker sowie für die Unabhängigkeit Kataloniens
Abbildung: Ullstein Bild

Drittens: Im Europa der Gegenwart gibt es eine prominente Gegenposition zum Primat des Nationalstaats, die von einem erheblichen Teil der Bevölkerung getragen wird – wenn auch nicht überall von klaren Mehrheiten. Die Vorgeschichte dieser Position ist noch zu schreiben, wobei nicht entschieden ist, ob diese Geschichte 1945 beginnt oder ob sie sinnvollerweise an ältere kosmopolitische Modelle anknüpfen würde, mit denen sie gewisse Ähnlichkeiten hat – von denen sie sich aber durch die große Zahl ihrer Unterstützer unterscheidet.[21]

Es gibt aber auch offene Fragen. Erstens: Was bedingt die Konjunkturen von Nationalbewegungen in der Gegenwart? Ökonomische Verwerfungen im Gefolge der Finanz- und Eurokrise? Die geringere Integrationsfähigkeit der Volksparteien? Ökonomische Divergenzen zwischen prosperierenden und weniger erfolgreichen Landesteilen, die sich mit „nationalen" Erzählungen verbinden lassen?

Zweitens: An welche Nationsvorstellungen knüpfen welche Nationalbewegungen an? Ist es sinnvoll, von einem europäischen Rechtspopulismus zu reden, oder gibt es auch linke Nationalbewegungen? Sind Nationalbewegungen ohne Vorstellung von Nationen, die sich am Ende doch auf scheinbar objektive Kriterien wie die Abstammung zurückführen lassen, überhaupt denkbar?

Drittens: Können die Verfassung und die politische und die administrative Praxis der Europäischen Union so modifiziert werden, dass sie Bewegungen integrieren, die sich einer „immer engeren Union" widersetzen – oder besteht nur die Möglichkeit, die Anhänger solcher Bewegungen vom gegenwärtigen Modell der EU zu überzeugen? Wären dann ernsthafte Spannungen innerhalb der Europäischen Union zu erwarten, wenn das nicht oder nicht rasch genug gelingt?

Es ist dabei zumindest wahrscheinlich, dass die Konjunktur nationaler Bewegungen auch eine wirtschaftliche Komponente hat. Sollte sie tatsächlich eine Reaktion auf die wirtschaftlichen Krisensymptome der Gegenwart sein, ist unklar, wie schnell diese überwunden werden können – und ob staatliche Politik dazu prinzipiell in der Lage ist.[22]

21 Bessere Welten: Kosmopolitismus in den Geschichtswissenschaften, hg. von Bernhard Gißibl und Isabella Löhr, Frankfurt am Main 2017; Kiran Klaus Patel: Projekt Europa. Eine kritische Geschichte, München 2018.

22 Adam Tooze: Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben, Berlin ^{2}2018; Werner Plumpe: Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart, München ^{5}2010.

Pegida-Demonstration 2019
Abbildung: Ullstein Bild

Demonstration für den Verbleib Großbritanniens in der EU, Januar 2019
Foto: picture alliance/NurPhoto; Fotograf: Wiktor Szymanowicz

Immerhin weist der relativ kurze Abstand zwischen der Eurokrise und dem Aufkommen des Rechtspopulismus darauf, dass Veränderungen der wirtschaftlichen Veränderungen auch rasch politische Folgen haben könnten.

Auf den ersten Blick lassen sich nationale Bewegungen im Europa der Gegenwart leicht in eher rechte und eher linke Typen differenzieren: AfD und Lega auf der einen, katalonische und schottische Nationalbewegung auf der anderen Seite. Auf den zweiten Blick ist unklar, ob die ‚linken' Bewegungen völlig ohne eine Definition der Nation auskommen, die auch Elemente der Abstammung und Abschließung einschließt; zugleich ist auffällig, dass rechte nationale Bewegungen die Nation auch als sozialen Schutzmechanismus zu bewerben suchen. Das legt nahe, dass die Anziehungskraft nationalistischer Positionen, ebenso wie es in der Zwischenkriegszeit der Fall war, in vielen Teilen des politischen Spektrums gegeben sein könnte.

Schließlich verfügt die Europäische Union zwar theoretisch über Möglichkeiten, Integrationsprozesse rückgängig zu machen, wenn sie sich in einzelnen Ländern als zu unpopulär erweisen. Artikel 50 des Lissabon-Vertrags, die Grundlage des Austritts Großbritanniens aus der EU, stellt dafür einen Mechanismus bereit, der zu einer nur partiellen Entflechtung führen könnte. Allerdings wird im Zuge der Brexit-Verhandlungen deutlich, dass dieser Mechanismus nicht nur von der britischen Regierung ohne konkreten Plan in Gang gesetzt wurde, sondern auch, dass er wegen allzu knapper Fristen und fehlender Konkretisierungen wohl prinzipiell wenig praxistauglich ist.

Insofern bleibt das Bild ambivalent: Zur Panik besteht gewiss kein Anlass; zur kritischen Reflexion schon.

Die nationalistische Rhetorik der italienischen Regierungskoalition zwischen Online- und Offline-Welt

von Cecilia Mussini

Matteo Salvini bei einer Wahlkampfrede, 2018
Abbildung: picture alliance/ AP Photo

„*Prima gli italiani!*" – mit diesem Wahlspruch schaffte es Matteo Salvini seine Partei im Jahr 2018 zur drittstärksten politischen Partei in Italien zu machen. „Italiener zuerst" – überraschend, wenn man bedenkt, dass sich der Vorsitzende der „*Lega Nord*" jahrzehntelang für die Rechte der Norditaliener eingesetzt und den Süden des Landes beschuldigt hatte, die Ursache für die Probleme des Nordens zu sein.

Gerade einmal ein Jahr im Amt des Vorsitzenden seiner Partei, startete Salvini 2014 seine Expansion in den Süden: Es wurde eine parallele Bewegung gegründet, die unter dem Namen „Wir mit Salvini" das Ziel verfolgte, die *Lega* auch im Süden zur attraktiven politischen Kraft zu machen. Als Salvini 2017 wieder an die Spitze der „Lega Nord" gewählt wurde, war seine Entscheidung gefallen: Die *Lega* musste zu einer ganz Italien repräsentierenden Partei werden. Zu diesem Zweck wurde die *„Lega per Salvini Premier"* gegründet, die parallel zur ursprünglichen *„Lega Nord"* existiert.[1]

Zwangsläufig musste der bisherige, traditionelle Feind der „Lega Nord" durch einen neuen ersetzt werden. So gilt Rom nicht mehr als „Diebin" (wie der ehemalige Lega-Leader Umberto Bossi zu sagen pflegte) und die „Erdfresser" *(terroni)* des Südens sind für die Rettung Italiens nun von besonderer Wichtigkeit.

Um die neue nationale Dimension der Partei zu betonen, brauchte man also einen Feind, der als Bedrohung für die nationale Identität Italiens empfunden werden konnte: An erster Stelle die Migrantinnen und Migranten und an zweiter die Europäische Union als übernationale Macht, die Italien in ihrer Autonomie bedroht.

Die Grundideologie der neuen *„Lega"* wurde von Salvini beim Parteitag in Parma im Mai 2017 vorgestellt: In Bezug auf den Süden sagte er, er wolle „Einheit schaffen, nicht teilen", da „wo Ungerechtigkeit ist, da bin ich und da ist die Lega"; die Politik solle sich um die Italiener kümmern („Unsere Leute zuerst, Italiener zuerst"); zur Migrationsfrage behauptete er, es gäbe eine übernational organisierte Migranten-Invasion, der nur die *Lega* entgegenwirken könne, da unter einer *Lega*-Regierung niemand ohne Erlaubnis nach Italien kommen würde; um den Italienern zu helfen, solle man nach dem Vorbild von Theresa May „italienisch einkaufen, italienisch konsumieren und italienisch einstellen"; darüber hinaus solle man wie Trump die Steuerlast für alle reduzieren; die italienische Zentralbank solle nationalisiert werden; Souveränismus am Vorbild Le Pens sei eine Voraussetzung für Freiheit; und die EU solle wieder eine Gemeinschaft werden und nicht absurde Regeln gegen die Freiheit Italiens einführen.[2]

Seit Mai 2017 ist Salvinis Rhetorik in ihren Grundzügen unverändert geblieben, unabhängig vom Medium oder Publikum und von seiner politischen Rolle.

So fokussierte er sich während der Wahlkampagne 2018 auf dieselben Themen, welche er in seiner Parteitagsrede angesprochen hatte, während „Italiener zuerst" (auch als Hashtag *#primagliitaliani* benutzt) zum allgegenwärtigen Motto wurde. Es dient als Titelwort für Großdemos wie jene gegen den Gesetzesentwurf zur Einführung des *„Ius soli"* (Geburtsortsprinzip), die am 10. Dezember 2017 in Rom stattfand[3]. Bei der Mailänder Demo vom 24. Februar 2018, also wenige Tage vor der Wahl am 4. März, schwor Salvini auf Grundgesetz, Evangelium und Rosenkranz, seinem Volk treu zu bleiben[4]. Die verschiedenen Etappen der Wahlkampagne wurden übrigens zu einer „*#primaglitaliani*-Tour", eine Art Tournee, die mit der Terminologie einer Show vorgestellt wurde[5] – in der Tat handelte es sich dabei aber um ganz normale Wahlkampf-Veranstaltungen.

Mit dem verwendeten Hashtag wurden auch andere Themen verbunden, die schon bei der Parteitagsrede eine wichtige Rolle gespielt hatten: Die Rolle des Südens, der Kampf gegen jede Form von Ungerechtigkeit gegenüber

1 Zur Geschichte der „*Lega Nord*" und der „*Lega per Salvini Premier*" s. Roberto D'Alimonta, *Dalla Padania al partito nazionale. La Lega di Salvini e la svolta che tarda ad arrivare*, "Il Sole 24 Ore", 14.11.2018, vgl. https://bit.ly/2K6WErw [Stand: 10.02.2019].

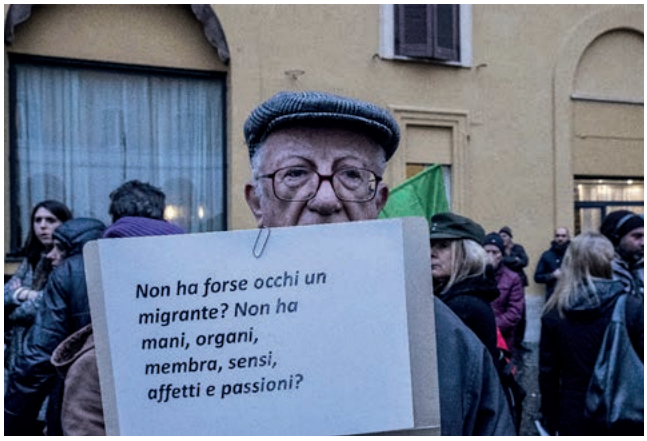
2 Die gesamte Rede, gehalten in Parma am 21.05.2017, ist online abrufbar unter https://bit.ly/2E1gWBm [Stand: 10.02.2019].

3 Vgl. https://bit.ly/2Gu7A3J [Stand: 16.02.2019].

4 Vgl. https://bit.ly/2GsaR3B [Stand: 16.02.2019].

5 Vgl. z.B. http://bit.ly/2Ij5R33 [Stand: 16.02.2019].

Italienern und die Notwendigkeit der Souveränität Italiens gegenüber Europa. So schreibt Salvini zum Beispiel aus Basilikata und Apulien, dass „die Zeit [...] gekommen [ist], dass wir unseren Kindern die Sicherheit einer besseren Zukunft zurückzugeben, und zwar beginnend im Süden: Arbeit, Infrastrukturen, Sicherheit und Schutz des *Made in Italy*".[6] Die stärkste Polarisierung ist natürlich diejenige, die Italiener und Migranten gegenüberstellt, wobei die Migranten als *„clandestini"*, also als „illegale Einwanderer" bezeichnet werden, unabhängig von ihrem Status. So erzählt Salvini die Geschichte einer todkranken Frau, die kein Recht auf eine Sozialwohnung habe, weil zu viele Migranten darauf Anspruch hatten und somit kein Platz für bedürftige Italiener bleibe – während die anderen Bewohner der Sozialwohnungen sich darüber beschweren, dass sie sich wie Ausländer in ihrem eigenen Land fühlten.[7] Die *clandestini* würden darüber hinaus in Hotels wohnen, während die italienischen Erdbebenopfer in Amatrice weiterhin in der Kälte leiden müssten. „Das ist Rassismus. Für mich gilt es immer und ausschließlich: Italiener zuerst!", so Salvini.[8] In einem anderen Video, das Salvini auf seinem Facebook-Profil postet, werden Geschichten von in Armut geratenen Italienern gezeigt: Einige sind Rentner, die unterhalb der Armutsgrenze leben, andere sind Familien, bei denen die Eltern den Arbeitsplatz verloren haben[9]. Noch interessanter als Salvinis polarisierender Kommentar („Die Italiener verhungern, die illegalen Einwanderer werden in Hotels untergebracht") ist das Video-Banner: „Das, was die Abendschau nicht verrät! Dieses Video müssen alle anschauen!". Als Gegenpol zu den Mainstream-Medien, die immer wieder auch explizit kritisiert werden, bietet Salvini zahlreiche Facebook-Live-Videos, mit denen er den Eindruck vermitteln will, direkt mit seinen Wählerinnen und Wählern zu kommunizieren: So lässt er sich z.B. mit einem Smartphone filmen, während er Sozialwohnungen in der von einer Mitte-links-Koalition regierten Stadt Modena besucht, in der illegale Einwanderer angeblich offen mit Drogen handeln und wo die Kriminalität außer Kontrolle geraten sei, ohne dass Staat und Stadt irgendetwas dagegen unternehmen würden.[10] Der andere große Feind, der unter dem Motto „Italiener zuerst" bekämpft werden soll, ist die Europäische Union der Beamten, der Banken und der Finanz. Auf einem Plakat der sozialdemokratischen *Partito Democratico*, die „Wähle Europa, wähle PD" rezitiert, antwortet Salvini in einem Post: „Das ist der Unterschied zwischen uns und Renzi: Wir sind freie Menschen, für die Italien an erster Stelle kommt, er ist der plumpe, gut bezahlte Diener der ökonomischen Machthaber aus Brüssel und Berlin. *#italienerzuerst*".[11] Und in einem der letzten Werbespots vor der Wahl interpretiert Salvini die Wahl selbst als eine Art Volksentscheid über den Inhalt des Mottos „Italiener zuerst": Die *Lega* wolle den Italienern Sozialwohnungen, Arbeit und Sozialhilfe garantieren, wohingegen „die Anderen" andere Prioritäten hätten –- die Migrantinnen und Migranten, die über das Mittelmeer nach Italien kommen, die Banken, die Finanzwirtschaft und „böse", multinationale Unternehmen (wobei Banken und die Finanz für die ökonomischen Machthaber der EU, den sogenannten *„poteri forti"*, stehen).[12]



Demonstration in Rom zur Unterstützung der deutschen Hilfsorganisation Sea Watch, Januar 2019
Abbildung: picture alliance/ ZUMA Press

Bisher habe ich mich vor allem auf Facebook-Beiträge von Salvini konzentriert, und das ist kein Zufall. Salvinis Social-Media-Team, von Luca Morisi geleitet, arbeitet seit Jahren an der Entwicklung einer Social-Media-Strategie, die ihren Fokus auf Facebook hat: Wie Morisi gesagt hat, sei in Italien das Volk auf Facebook, wohingegen Twitter eine Oase für Politik-Interessierte darstelle.[13] Morisis Team vernachlässigt aber kein Medium: Salvini ist der führende italienische Politiker in Bezug auf Instagram-Follower (1,2

6 Vgl. http://bit.ly/2SC4Rf9 [Stand: 16.02.2019].

7 Vgl. http://bit.ly/2DOhPMv [Stand: 16.02.2019].

8 Vgl. http://bit.ly/2X7TLNx [Stand: 16.02.2019].

9 Vgl. http://bit.ly/2DVzCl5 [Stand: 16.02.2019].

10 Vgl. http://bit.ly/2IraisG [Stand: 16.02.2019].

11 Vgl. http://bit.ly/2Ef47Uc [Stand: 16.02.2019].

12 Vgl. http://bit.ly/2NaQvMG [Stand: 16.02.2019].

13 Vgl. Lorenzo Pregliasco/Giovanni Diamanti, In conversation with the spin doctor, Interview with Luca Morisi, YouTrend.it, 17.10.2018, vgl. http://bit.ly/2X7ZouR [Stand: 16.02.2019].

Millionen, Di Maio 746.000 und Renzi 171.000). Auf Twitter belegt er den zweiten Rang und mit 3,4 Millionen Followern bei weitem den ersten auf Facebook (Di Maio folgt mit 2,1 Millionen)[14]. Auf Facebook erreichte er zwischen Mai und Juni 2018, als die Regierung von *Lega* und Fünf-Sterne-Bewegung entstand, die enorme Zahl von 17 Millionen Interaktionen.

Salvinis Lieblingsinstrument auf Facebook ist der Facebook-Live-Stream. Laut Morisi, „*there's a mirroring game with traditional media: the leader speaks in real time but then his words are commented in the public discussion, such as in talk shows. [...] It's a good way to jump over the mediation of newspapers and press offices*".[15] Disintermediation ist ein Kernthema bei Salvinis Videos und Live-Streams: Zum einen wird das typische Argument gegen Mainstream-Medien benutzt, das man von Trump kennt und das in Italien großer Beliebtheit auch bei Fünf-Sterne-Anhängern genießt (das ist z.B. der Fall bei dem oben erwähnten Video-Banner). Zum Anderen wird das Thema der Disintermediation von Salvini selbst in seinen Live-Videos angesprochen. In einem Video, das Salvini in der entscheidenden Verhandlungsphase für die Regierungsbildung postet, sagt er ausdrücklich: „Guten Abend, meine Freundinnen und meine Freunde. Für ein paar Minuten regnet es jetzt nicht, ich nutze die Gelegenheit aus, um direkt mit Euch zu sprechen und dabei Zeitungen, Fernseh- und Radionachrichten, Kommentatoren zu überspringen – um Euch auf dem Laufenden zu halten, was einen weiteren Tag des Engagements, des Zuhörens betrifft. Ich bin bereit („*io sono pronto*"), ich weiß nicht, wie es Euch geht: Ich kann kaum darauf warten, mit dem Tun anzufangen".[16] „Italiener zuerst", fährt er fort, „ist kein Motto, es soll Realität werden". Italienische Arbeiter und Familien sollen in allen wichtigen Angelegenheiten Priorität gegenüber Ausländern haben; mehr Sicherheit soll gewährleistet werden; hinzu sollen andere Reformen, wie die des Rentensystems, durchgesetzt werden. Wer stellt sich gegen diese Veränderungen? Laut Salvini sind es „das Haushaltsdefizit, die Märkte, die Börsen, der französische Minister, der uns bedroht, der deutsche Parlamentsabgeordnete, der uns bedroht, die Rating-Agentur, die uns vor der Staatsverschuldung warnt. Und als Bürger [...] möchte ich sagen: Aber Entschuldigung, Eurem Rezept folgend – dem Rezept der Rating-Agenturen, der Sparpolitik, der europäischen Sachzwänge – Eurem Rezept folgend hat unsere Staatsverschuldung ihr absolutes Maximum erreicht. Armut hat ihr absolutes Maximum erreicht. Prekarität hat ihr absolutes Maximum erreicht. Wie ist es also möglich, sich Ratschläge – oder schlimmer: Befehle – von denjenigen geben zu lassen, die Italien und die Hälfte Europas in eine Lage der Instabilität, Prekarität und Arbeitslosigkeit gestürzt haben, die in diesem Ausmaß noch nie in der Geschichte zu sehen war?" Die Europäische Union – obwohl nicht ausdrücklich erwähnt – wird als Hauptfeind dargestellt: Alles, was man in der Regierung umsetzen wird, wird auf Widerstand der EU treffen, die im Voraus als Hauptschuldige für das Scheitern oder als „böse Kraft" dargestellt wird, gegen die man mutig und selbstlos kämpfen müsse, um etwas für die italienischen Bürger zu erreichen. Die Opferhaltung gegenüber Europa trägt zum *Othering*-Prozess bei: Europa soll als externe Kraft empfunden werden, die für die Italiener eine Gefahr darstellt und gegen die die Regierung etwas unternehmen müsse, um die Interessen der italienischen Bürger zu schützen[17].

Nationalistische Haltung, Polemik gegen die europäischen Wirtschaftsmächte und Hetze gegen Migrantinnen und Migranten nehmen nicht ab, wenn Salvini zum Innenminister und stellvertretenden Premierminister ernannt wird: Auch als Minister vermittelt Salvini den Eindruck, eine dauerhafte Wahlkampagne zu führen. Am deutlichsten sieht man die Merkmale seiner Rhetorik und seiner Propaganda am Fall des Schiffes der italienischen Küstenwache, welches im August 2018 eine Woche im Hafen von Catania bleiben musste, ohne dass die 177 geretteten Migrantinnen und Migranten an Land gehen durften (erst am 26. August wurde für alle Mig-

14 Über Salavinis Social-Media-Strategie s. Jason Horowitz: Matteo Salvini Likes Nutella and Kittens. It's All Part of a Social Media Strategy, The New York Times, 4.01.2019, vgl. https://nyti.ms/2DLqaAv [Stand: 16.02.2019], und, für mehr spezifische Daten, Vincenzo Cosenza: La strategia social di Salvini, vgl. http://bit.ly/2X0njMO [Stand: 16.02.2019]. Einige Daten zur Verbreitung von Social Media in Italien finden sich bei Vincenzo Cosenza, Osservatorio Facebook, vgl. http://bit.ly/2DONNIB [Stand:16.02.2019].

15 Vgl. Pregliasco-Diamanti, In conversation, vgl. http://bit.ly/2X7ZouR [Stand: 16.02.2019].

16 Vgl. http://bit.ly/2SDxqF [Stand: 17.02.2019].

17 Zu *Othering*-Mechanismen, insbesondere in Bezug auf Hassrede, vgl. Stavros Assimakopoulos/Fabienne H. Baider-Sharon Millar (Hg.): Online Hate Speech in the European Union. A Discourse-Analytic Perspective (2017). Eine erste Anwendung ihres Modells auf politische Social-Media-Posts habe ich in verschiedenen Kleinbeiträgen beim Projekt „bildung.netz.politik" vom Hessischen Volkshochschulenverband und vom Zentrum Bildung der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau vgl. http://bit.ly/2SZRJQ8 [Stand: 16.02.2019]. Ein Beispiel für die argumentative Struktur von Salvinis Posts in Bezug auf *Othering*-Strategien findet man unter: http://bit.ly/2SV6ELC [Stand: 17.02.2019]. Eine Diskussion über die Reaktionen der Users auf diesen polarisierenden Post hier http://bit.ly/2EeuGJ4, http://bit.ly/2NbKT4H, http://bit.ly/2STNh5E [Stand: 16.02.2019].

ranten der Ausstieg genehmigt).[18] Am 14. August war in Genua die Morandi-Brücke dramatisch eingestürzt, was eine erste Krisensituation und Herausforderung für die junge Regierung darstellte. Kurz darauf lenkte Salvini die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Rettungsschiff und auf die eigene „Politik der geschlossenen Häfen", um in der Öffentlichkeit Konsens gegen seine beiden Feinde – die illegalen Einwanderer und die „böse" EU – zu erreichen. Als Paradebeispiel für die Rhetorik Salvinis zum Fall *„Diciotti"* ist noch einmal auf ein Facebook-Live-Video hinzuweisen, das er noch während der Verhandlungen mit anderen EU-Staaten ausstrahlte.[19] In knappen 22 Minuten sind alle typischen Elemente der nationalistischen Propaganda Salvinis vorhanden.

Die Darstellung der Feinde ist präzise und ausführlich. Die Europäische Union nützte nichts, da sie „feige" (*„vigliacca"*) sei und da in Brüssel nur geschlafen würde; andere EU-Länder sollten sich um die Migranten kümmern, da Italien – ein Land „mit großem Herz" (*„con un cuore grande"*) – „schon gegeben" habe (*„abbiamo già dato"*); wenn ein Europa existiere, solle es dies jetzt beweisen und sich nicht wie in der Vergangenheit verhalten, als 35.000 in Italien gelandete Flüchtlinge hätten verteilt werden sollen, davon aber nur 12.000 tatsächlich von anderen EU-Ländern aufgenommen wurden; eine bessere Verteilung der Flüchtlinge sei aber auf Dauer keine Lösung, da niemand mehr ohne Reisegenehmigung nach Europa kommen sollte – das sei die einzige Art und Weise, um illegale Schleuser (und die mit ihnen befreundeten NGOs) effektiv zu bekämpfen. Die meisten *clandestini* seien jung, „kräftig gebaut und durchtrainiert" (*„palestrati"*); sie begingen laut Salvini ein Drittel aller Straftaten; anstatt ihnen zu helfen, sollte daher (als legitime Reaktion auf eine Bedrohung, wie typisch für *Othering*-Prozesse) für mehr Sicherheit gesorgt und das Geld für mehr Ordnungskräfte ausgegeben werden. Diejenigen, die für „offene Häfen" plädierten und die er zuvor als „Gutmenschen" (*„buonisti"*) bezeichnet hatte, sollten die Migranten in ihren Villen empfangen. Somit werden auch die „linken Gutmenschen" als fremde, feindliche Gruppe dargestellt, da sie anders als „der Durchschnittsitaliener" seien und aus ihren Villen und Luxusbooten die Alltagsprobleme der „normalen Menschen" nicht sähen.

Der Gegenpol zu EU, illegalen Einwanderern und „Gutmenschen" sind in dieser argumentativen Konstellation die herzlichen Italiener, die sich mit Werten wie Familie und Sicherheit identifizierten. Es ist kein Zufall, dass Salvini „als Minister, als Vater und als Italiener" spricht, und dass während des Live-Streams seine Tochter plötzlich in die Kamera blickt.

Während der Aufnahme trägt Salvini die Uniform der italienischen Gebirgsjäger (*Alpini*). In vielen weiteren Fällen wird er Uniformen von verschiedenen italienischen Ordnungskräften tragen, um – so Salvini – „die Arbeit und das Opfer von tausenden von Männern in Uniform zu würdigen":[20] So trug er die Uniformen der Polizei,[21] der Feuerwehr[22] und sogar der sardischen *Barracelli*.[23] Die Polizeiuniform tragend ging er bis in die Abgeordnetenkammer, was gesetzlich eigentlich verboten ist – für ihn aber dennoch ohne Folgen blieb.[24]

Kann dieser Missbrauch der Uniform als ein Hinweis auf die Vorbereitung eines neuen Faschismus interpretiert werden? Schwer zu sagen – aber Indizien dafür, dass Salvini mit faschistischen *Topoi* spielt, um die Polarisierung zu akzentuieren, gibt es nicht gerade wenige. Auf die Kritik an seinem Umgang mit Uniformen durch Saviano, Renzi und sogar einige Gewerkschaften der Ordnungskräfte antwortet Salvini mit dem (von ihm schon mehrmals benutzten) faschistischen Motto *„me ne frego"* / „mich interessiert es nicht"[25] – ein stark entsemantisierter Satz, der jedoch klare und bekannte Wurzel hat.[26] Wenn

18 Für eine Zusammenfassung der Ereignisse vgl. z.B. Zeit Online, Migranten verlassen italienisches Rettungsschiff (http://bit.ly/2BBqNfG [Stand: 17.02.2019].

19 Vgl. http://bit.ly/2T34uJE [Stand: 17.02.2019]. Das Video wird durch einen Post eingeführt: „Ich habe versprochen, Grenzen und Sicherheit der Italiener zu verteidigen. Das mache ich seit zwei Monaten, seitdem ich Minister bin, und das werde ich weiterhin tun. 700.000 Einwanderer, die unter linken Regierungen nach Italien gekommen sind, scheinen mir genug zu sein! Wollen Sie mich vor Gericht stellen oder wollen Sie mich festnehmen? Dürfen sie ruhig tun, ich bin nicht allein. P.S. Wissen die linken Gutmenschen, die „offene Häfen" für jeden wollen, dass fünf Millionen Italiener unter der Armutsgrenze leben??? Die Italiener zuerst. Den Rest wird man sehen". Die Staatsanwaltschaft von Agrigento hatte inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen Salvini eingeleitet; die Abgeordnetenkammer soll zum Verfahren in Februar 2019 Stellung nehmen.

20 Vgl. Stefano Rizzuti: Matteo Salvini continua a indossare la divisa della polizia e replica alle polemiche: „Me ne frego", „Fanpage" v. 15.01.2019, vgl. http://bit.ly/2SSY7ZD [Stand: 17.02.2019].

21 Am bekanntesten ist der Empfang des aus Bolivien ausgelieferten Terroristen Cesare Battisti in Rom, bei dem Salvini die Uniform der Polizei trug.

22 Z.B. hier: http://bit.ly/2V2qxxx [Stand: 17.02.2019].

23 Vgl. den Post von einem Militär der Barracelli, Michele Pais: http://bit.ly/2S8Oq4D [Stand: 17.02.2019].

24 Vgl. Salvini alla Camera con il giaccone della polizia. Proteste Pd: „Attacco alle istituzioni", www.repubblica.it, vgl. http://bit.ly/2TTxEIB [Stand: 17.02.2019].

25 Vgl. Rizzuti (wie Anm. 20)

26 Zur Geschichte des Motto in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts s. das 1932 veröffentlichte Lemma *„Fascismo"* der *„Enciclopedia Treccani"*, abrufbar auf http://bit.ly/2SJnA8z [Stand: 17.02.2019].

Proteste in Italien gegen die Schließung von Häfen für Rettungsschiffe
Abbildung: picture alliance/ NurPhoto

die katholische Zeitschrift *„Famiglia cristiana"* Salvini für sein sog. „Sicherheitsgesetz" kritisiert, das die Integration von Einwanderinnen und Einwanderern erheblich erschwert, antwortet Salvini mit dem faschistischen Motto „Viele Feinde, viel Ehre".[27] Und wenn bekannt gemacht wird, dass Salvini für die Hafenschließung im Fall *„Diciotti"* vor Gericht gebracht werden soll, wird eine Online- und Offline-Mobilisierung organisiert, die „Salvini, gebe nicht auf" heißt[28] – auf Italienisch *„Salvini non mollare"*, eine Anspielung auf ein bekanntes Motto von Faschisten und Neofaschisten.[29] Und selbst die allgegenwärtige Bezeichnung „Kapitän" – wie Salvini von seinen Followers genannt wird – kann durchaus als eine indirekte Anspielung auf den *Duce* ausgelegt werden.

Erreicht werden dabei vor allem zwei Ziele. Zum einen spricht Salvini die italienischen Neofaschisten an, welche die faschistischen Zitate wohl wiedererkennen und oftmals schätzen. Zum anderen scheint Salvini eine Antwort von empörten Intellektuellen, Bürger und „Gutmenschen" provozieren zu wollen mit dem Ziel, sie wiederum als traurige Nostalgiker einer vergangenen Zeit darzustellen, in der die Welt noch in „Faschisten" und „Kommunisten" unterteilt war.

Nationalistische Tendenzen sind, sowohl politisch als auch rhetorisch und kommunikativ, eindeutiger Bestandteil von Salvinis *„Lega"*. Aber wie sieht es mit den Verbündeten der Fünf-Sterne-Bewegung aus?

Die Narration der Fünf-Sterne-Bewegung scheint weniger durchstrukturiert als die Rhetorik Salvinis zu sein, die wie gesagt auf einigen stabilen Elementen basiert (Sicherheit, Ordnung, Familie, Schutz der nationalen Identität, der nationalen Grenzen und der nationalen Interessen). Seit langem arbeiten die Fünf-Sterne-Verfechter daran, so viele *Storytellings* wie möglich zu gestalten, um ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Auf politischer Ebene erkennt man die Strategie an den Äußerungen verschiedener Persönlichkeiten, die eine – mehr oder weniger offizielle – Rolle in der Bewegung spielen. Der Präsident der Abgeordnetenkammer, Roberto Fico, z.B. spricht sich immer wieder für einen menschlichen

27 Vgl. http://bit.ly/2SYMRe2 [Stand: 17.02.2019].

28 Vgl. http://bit.ly/2X9hGMk [Stand: 17.02.2019].

29 Vgl. Nicoletta Bourbaki: *„Boia chi molla!" Mitologie, tradizioni inventate e fandonie sul più celebre motto neofascista,* Wu Ming Foundation 18.08.2017, vgl. http://bit.ly/2TTuSTz [Stand: 17.02.2019].

Umgang mit Einwanderinnen und Einwanderern aus und scheint zum Teil andere Positionen als diejenigen Salvinis zu vertreten. (Er stimmt aber für alle Gesetze, die auf Regierungsebene abgesprochen werden.) Luigi Di Maio, Arbeitsminister und Stellvertretender Premierminister, vertritt konservative Positionen, die mit denen der „Lega" am ehesten übereinstimmen. Noch im Jahr 2017 erklärte er beispielsweise, dass Rettungsschiffe von NGOs wie „Mittelmeer-Taxis" seien, die von obskuren Kräften finanziert werden;[30] Anfang 2019 betonte er, dass das (damals noch nicht verabschiedete) Grundeinkommen nur für italienische Bürger geplant sei – und nicht für Migranten (was natürlich unmöglich war: Der *„reddito di cittadinanza"* kann auch von Ausländerinnen und Ausländern in Anspruch genommen werden, die seit mindestens zehn Jahren in Italien leben);[31] und am 7. Januar bot er den französischen *Gilet Jaunes* („Gelbwesten") Unterstützung an im Namen eines gemeinsamen Strebens nach direkter Demokratie (Di Maio stellte ihnen sogar die der Firma Casaleggio&Associati gehörende, als technisch unsicher geltende Rousseau-Plattform zur Verfügung, die in der Intention di Maios auch in Frankreich als Plattform für direkte Demokratie dienen sollte).[32]

Das internationalistische *Storytelling* wird wiederum von Alessandro Di Battista, dem ehemaligen Abgeordneten, übernommen. Di Battista verbrachte einige Monate in den USA und in Mittel- und Südamerika, um als Journalist für die Zeitung *„Il Fatto Quotidiano"* zu arbeiten und dabei – so die Selbstdarstellung – durch Journalismus gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Nicht zufällig war es er, der in der bekannten Fernsehsendung *„Che tempo che fa"* das Thema des französischen Kolonialismus als Ursache für Migration ansprach, was in den Tagen danach zur diplomatischen Krise mit Paris führte.[33] Premierminister Giuseppe Conte soll hingegen die institutionelle Seite der Fünf-Sterne-Bewegung verkörpern: Er wird als bescheidener, kultivierter, in Sprachen versierter Mann dargestellt, der die Glaubwürdigkeit Italiens im Ausland vertreten und gegen ihre Feinde verteidigen soll.

Das Rollenspiel der Fünf-Sterne-Spitzenfiguren verlangt natürlich nach einer entsprechenden kommunikativen Infrastruktur, damit das jeweilige Zielpublikum erreicht werden kann. Die Strategie der Bewegung bedient sich einer Pluralität von Kanälen: Besonders wichtig sind dabei die zahlreichen *Unofficial*-Seiten (oder Gruppen), die in den Social Media für eine Multiplikation der Targets sorgen.[34]

Luigi Di Maio, Fünf-Sterne-Bewegung
Abbildung: picture alliance/ abaca

Dieser Vielfältigkeit der *Storytellings* entspricht einer Mehrzahl von Feinden, gegen die aus der Perspektive der genannten Akteure gekämpft werden müsse: Für Fico kann es sich dabei um einen „Pseudo-Feind" wie Salvini handeln, für Luigi Di Maio können es z.B. die NGOs oder Präsident Macron als Gegner der *Gilet Jaunes* sein, für Di Battista die französischen Kolonialisten, für Conte die europäischen Beamten, die Italien nicht respektieren.

Eins haben aber all diese Konstellationen gemeinsam: Sie ermöglichen Italien – und den Italienern – eine klare Opferhaltung. Fico kann sich als gutmütiger Opfer Salvinis darstellen, während Di Maio und Di Battista den NGOs oder Frankreich die Schuld dafür geben können, dass im Mittelmeer zu viele Migranten sterben; Conte kann sich als Opfer Guy Verhofstadts und der europäischen *Powers-That-Be* inszenieren, da Verhofstadt ihn als Puppe bezeichnet hatte – wobei laut Conte Puppen nur diejenigen seien, die Lobbys und ökonomischen Mächten dienen: Conte hingegen – anders als die europäischen Beamten – repräsentierte ein ganzes Volk (*„il popolo"*).[35]

30 Vgl. http://bit.ly/2EgH7Er [Stand: 17.02.2019].

31 Vgl. ein Video-Interview Di Maios auf http://bit.ly/2TUrCr8 [Stand: 17.02.2019].

32 Vgl. Di Maios Beitrag auf dem „Sterne-Blog", dem offiziellen Blog der Bewegung, vgl. http://bit.ly/2EfV2L1 [Stand: 17.02.2019].

33 Vgl. ein Exzerpt aus Di Battistas Interview auf http://bit.ly/2SYXnC2 [Stand: 17.02.2019].

34 Einige Daten zu den Unofficial-Seiten finden sich auf den Seiten des Osservatorio Social. Informazione e comunicazione politica, vgl. http://bit.ly/2GQv0Q3 [Stand: 17.02.2019].

35 Das Video der Antwort Contes auf Verhofstadt im Europäischen Parlament am 12.02.2019 ist z.B. auf dieser Unofficial-Seite abrufbar, die eindeutig zur Fünf-Sterne-Galaxie gehört, vgl. http://bit.ly/2Guu44t [Stand: 17.02.2019].

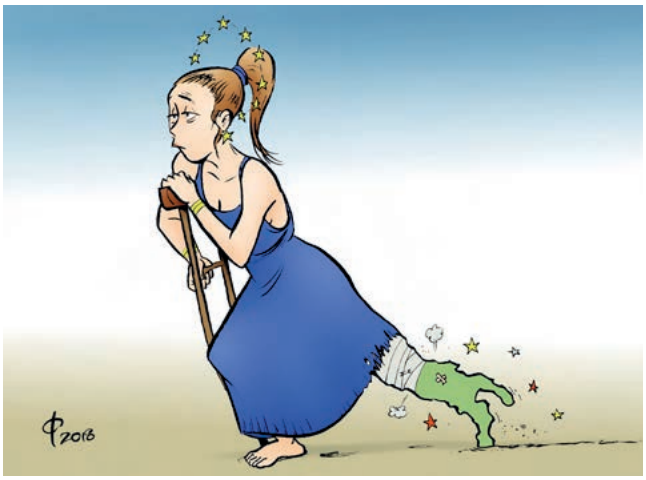


Abbildung: picture alliance/ abaca

Ausdrücklich nationalistische Themen kommen also bei der Fünf-Sterne-Bewegung vor allem vor, wenn ein neuer Feind ge- bzw. erfunden werden soll. Ein Thema scheint aber mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder vorzukommen: Die Polemik gegen „das Europa der Banken und der Lobbies", das Italien nicht ernst nimmt und wirtschaftlich ruiniert. Und es scheint kein Zufall zu sein, dass Anfang und Ende der Rede Giuseppe Contes beim *World Economic Forum Annual Meeting* 2019 in Davos Züge einer nationalistischen Rhetorik aufzeigen[36].

Das italienische Volk, so Conte, sei jahrelang sehr geduldig gegenüber europäischen und technokratischen Institutionen gewesen. Es hätte alles mitgemacht, was von ihm verlangt wurde, in der enthusiastischen Hoffnung, dass dadurch (und durch den Euro) die Probleme seines Landes gelöst werden könnten. Das sei aber nicht so verlaufen, und jetzt herrsche Hoffnungslosigkeit. Die aktuelle Regierung sei also eine friedliche Antwort auf diese Lage, wie Conte es beschreibt: „*My fellow Italian citizens have proved to be very mature and deeply attached to their democratic institutions; they have not taken the streets or acted violently to express their discontent and their rage. Rather they have used democratic elections to dismiss the old elites and support those who were suggesting alternative ways to resume the path toward prosperity*". Conte scheint sich als die letzte Möglichkeit darzustellen, um in Italien die Demokratie aufrechtzuerhalten. Grund für die Verzweiflung des italienischen Volkes sei vor allem in den europäischen Institutionen (und womöglich in der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro) zu suchen.

Auf z.T. ironische Art und Weise wurde bemerkt, dass diese Einleitung dem Anfang der Mussolini-Rede ähnelt, mit welcher der *Duce* den Äthiopien-Krieg angekündigt hatte: „13 Jahre lang sind wir geduldig gewesen, während um uns der Kreis immer enger wurde, der unsere stürmischen Lebhaftigkeit zu ersticken versuchte. Mit Äthiopien sind wir 40 Jahre lang geduldig gewesen! Jetzt reicht's!"[37] So weit geht Conte natürlich nicht. Was aber verblüfft ist die Wahl des Wortes „*popolo*" am Ende der Rede, wobei dasselbe Wort im Laufe des Textes das italienische Volk bezeichnet und eine andere (welche?) Bedeutung annimmt: „*Any community, if left alone, will have a hard time in facing the headwinds of those who play one nation against the other to their own advantage. If we, as Europeans, were more united in this endeavor, we would be much stronger in upholding the view inspiring the original dream of a Europe that protects its people and the values dear to us: freedom, social justice, fair treatment for everyone, solidarity among people and nations, rule of law. This is the Europe we Italians dream of. A Europe of the people („popolo"), by the people for the people*".

Und es liegt vielleicht ausgerechnet an dem Gebrauch des Wortes „*popolo*", das in der Fünf-Sterne-Bewegung großer Beliebtheit genießt, dass sich das authentisch Nationalistische an Di Maios Partei erkennen lässt.

36 Die Rede Contes (auf Englisch) ist abrufbar auf http://bit.ly/2V2D43Z [Stand: 17.02.2019].

37 Vgl. Il ghost writer dal passato e l'ora solenne che sta per scoccare, Phastidio.net vom 28.01.2019 [Stand: 17.02.2019].

Wie viel Nationalismus verträgt die Europäische Union? Im Fokus: Polen

von Krzysztof Ruchniewicz

Treffen der Visegrad-Staaten mit Kanzlerin Merkel, v.l.n.r.: Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der slovakische Ministerpräsident Peter Pellegrini, der tschechische und der polnische Ministerpräsident, Andrej Babis und Mateusz Morawiecki, Bratislava, 7. Februar 2019
Foto: REUTERS/Fotograf: David W. Cerny

Seit einigen Jahren wird die Europäische Union durch verschiedene Krisen auseinandergerissen, die fast gleichzeitig stattfinden. Es geht um die Wirtschafts- und Bankenkrisen zur Jahrtausendwende, um Migration, den „Brexit" oder die Identitäts- und Wertekrise, verbunden mit dem Anstieg des Euroskeptizismus oder gar der „Europa-Negation".

Hinzu kommen Krisen in den bilateralen Beziehungen zwischen den EU-Ländern, die keinen gesamteuropäischen Charakter, aber schwerwiegende Auswirkungen auf europäische Angelegenheiten haben, z.B. in den Beziehungen zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa, insbesondere mit Polen (in der Auseinandersetzung über die Pipelines Nordstream I und II). Diese Verdichtung von Problemen ist in der Geschichte Nachkriegseuropas beispiellos und wirkt sich direkt auf das Bild der Europäischen Union als positives, akzeptiertes und zukunftsorientiertes Projekt aus. Bisher war ein gemeinsames Europa in der Regel mit einer einzigen Krise konfrontiert, wobei alle Mitgliedstaaten an der Überwindung dieser Krise beteiligt waren. Im kollektiven Gedächtnis der europäischen Nationen spielten der Zweite Weltkrieg und seine Folgen eine wichtige Rolle. Die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem Kontinent schien ein nicht verhandelbares Ziel zu sein. Die Teilung Europas hat die Anziehungskraft des Westens verstärkt. Die Europäischen Gemeinschaften und später die Europäische Union waren ein attraktives Vorbild für andere Länder. Es wurde als Modell behandelt, wie man komplizierte Probleme lösen kann, ohne sich dem Diktat des Stärkeren zu unterwerfen. Debatte und Kompromiss waren so etwas wie das Markenzeichen des europäischen Projekts.

Länder, die der EU skeptisch gegenüberstehen

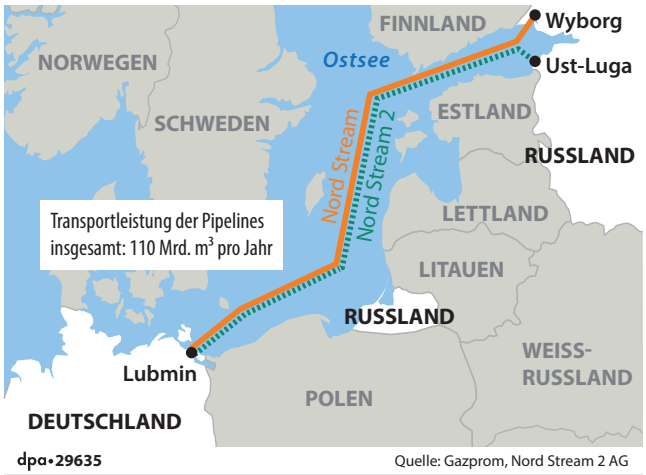
Wiederholte Krisen der letzten Jahre und das Fehlen entschlossener Abhilfemaßnahmen seitens der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten haben zu einer Zunahme der Zentrifugaltendenzen geführt. Darüber hinaus sterben die Kriegs- und Nachkriegsgenerationen und mit ihnen die persönliche Erfahrung eines Europas in Ruinen und Armut. Die Krise um die Idee der Integration ist in vielen Ländern mit unterschiedlicher Intensität sichtbar. Es gibt drei Gruppen von Ländern, die der EU skeptisch gegenüberstehen, in denen populistisch-nationalistische Gruppen stark sind.[1] Das sind erstens Länder mit großen wirtschaftlichen Problemen und der damit verbundenen hohen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung. Die EU zwingt sie, eine Sparpolitik einzuführen, was vor allem für Länder Südeuropas, wie Griechenland oder Italien gilt. Die zweite Gruppe sind die Nettozahler-Länder. Dazu gehören Deutschland, die Niederlande und Finnland. In diesen Ländern gibt es oft Tendenzen gegen einen Solidaritätsansatz. Die dritte Gruppe sind die Länder Mittel- und Osteuropas, das „neue und jüngere Europa". Sie wollen EU-Mittel nutzen, ohne auf Teile der erst nach 1989 gewonnenen „Souveränität" zu verzichten, um gemeinsame Regeln und Werte zu wahren. Dazu gehören Polen und Ungarn.

Polen und der Nationalismus

Der Fall Polen ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Vor einigen Jahren wurde das Land an der Weichsel, das größte der neuen EU-Mitgliedsstaaten, als Musterland angesehen. Polen war wie ein eifriger und talentierter Schüler in der Schule für Demokratie und freien Markt. In Polen war der Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sehr tiefgehend und von Anfang an mit

Gas aus Russland

Nord Stream: Betrieb seit 2011
Nord Stream 2: Bau gestartet; Inbetriebnahme Ende 2019 geplant



Quelle: Gazprom, Nord Stream 2 AG

1 Vgl. auch Angelica Schwall-Düren: Europa am Scheideweg? „Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte", H. 1/2, 2019, S. 4-10.

den Bestrebungen nach einer Wiedervereinigung mit dem Westen verbunden, die von der überwiegenden Mehrheit der Polen geteilt wurde. Es sei daran erinnert, dass eine der Kernaufgaben der wechselnden Regierungen in Polen nach 1989 darin bestand, sich so schnell wie möglich in die Europäischen Gemeinschaften und den Nordatlantikpakt zu integrieren. Auf diese Weise sollte die jahrzehntelange politische und wirtschaftliche Rückständigkeit so schnell wie möglich überwunden, der Lebensstandard der Bürger angehoben und ihnen neue Perspektiven für die Entwicklung des Landes als Teil eines vereinten Europas aufgezeigt werden. Eine wichtige Aufgabe war es auch, die nachhaltige Sicherheit Polens durch den Einstieg in westliche Militärstrukturen zu gewährleisten. Aufgrund der spezifischen geopolitischen Lage Polens im Zentrum Europas war es in der Vergangenheit Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen seinen Nachbarn gewesen, und nach 1945 befand es sich viele Jahrzehnte lang im sowjetischen Einflussbereich. Die politische und wirtschaftliche Sicherheit sollte durch militärische Sicherheit ergänzt werden, die von der NATO und vor allem durch ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten gewährleistet werden sollte.

Die Ereignisse folgten relativ schnell aufeinander. Im Jahr 1999 wurde Polen Mitglied der NATO und im Jahr 2004 der Europäischen Union. Die Mitgliedschaft in beiden Bündnissen war im polnischen Fall die Verwirklichung der Träume mehrerer Generationen. In gewisser Weise bedeutete es das „Ende der Geschichte", oder zumindest die Umsetzung konkreter Pläne der polnischen Eliten hinsichtlich der Position und der Ziele Polens auf internationaler Bühne. Es ist daher nicht verwunderlich, dass eine Rekordzahl von Polen für den Beitritt zur EU gestimmt hat: 77,45 Prozent (mit einer für polnische Verhältnisse hohen Wahlbeteiligung von 58,85 Prozent).[2] Aus den ersten Krisen, die in den Folgejahren auftraten und die Europäische Union erschütterten, kam Warschau mit einer positiven Bilanz heraus. Die nach den gesellschaftspolitischen Veränderungen eingeleitete Politik der Wirtschaftsreformen, die sehr kostspielig und sozial schmerzhaft war, begann Früchte zu tragen. Polens proeuropäische Haltung und seine aktive Beteiligung an der EU-Politik wurden stark von liberalen Regierungen in Polen beeinflusst. Aus heutiger Sicht lässt sich jedoch feststellen, dass die liberalen Regierungen, trotz der relativ guten Lage Polens während der Finanz- und Bankenkrise,

Jarosław Kaczyński spricht auf dem Parteitag der PiS, Warschau, 23. Februar 2019.
Foto: picture alliance/Nur Photo
Fotograf: Mateusz Wlodarczyk

große Gruppen von Menschen vernachlässigt hatten, die nicht Teil des Erfolgs Polens wurden, sich ausgeschlossen, vergessen und vernachlässigt fühlten.

Die Partei „Recht und Gerechtigkeit"

Diese Gruppe unzufriedener Menschen, die der Europäischen Union gegenüber skeptisch sind, wurde von der national-konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS-Partei) angesprochen. Abgesehen von den Jahren 2005 bis 2007 befand sie sich in der Opposition und hatte mehrere Wahlen verloren. Im Jahr 2015 wendete sich das Blatt. Die Partei gewann die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit überwiegend sozialen Wahlversprechen,

2 Magdalena Telus: Zum Europabild der polnischen Nationalkonservativen, Polen-Analysen Nr. 228, 18.12.2018, vgl. http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen228.pdf [Stand: 27.02.2019].

wie Unterstützung für kinderreiche Familien und Rentner oder Verbesserung der Gesundheitsversorgung.[3] Gleichzeitig wurde mit Slogans gearbeitet, die bei einigen Wählern für Überraschung und Beifall sorgten, wie „Polen in Trümmern" oder „von den Knien aufstehen". Damals wurde die Migrationskrise in Polen und Europa, die mit dem Krieg in der Ukraine zusammenfiel, lebhaft diskutiert. Die Partei von Jarosław Kaczyński nutzte die von Angst dominierten Stimmungen in der polnischen Gesellschaft geschickt aus. Nach populistischen Parolen und Versprechen staatlicher Unterstützungsmaßnahmen kamen rasch auch Debatten über nationale Interessen sowie über die Notwendigkeit, in einem ungünstigen Umfeld für sich selbst zu kämpfen. Dieses Umfeld sollte die EU sein.

An dieser Stelle lohnt es sich, die durch die PiS vertretene Vision von Nation bzw. Staat und (inter)nationalen Beziehungen kurz vorzustellen. Obwohl die Partei es nicht direkt tut, bezieht sie sich in ihrem Handeln oft auf die politischen Ideen von Roman Dmowski (1864 – 1939), einem der Gründer des polnischen Staates im Jahr 1918 und dem wichtigsten Ideologen der Nationaldemokratie.

Die Staatsvision im Sinne von Dmowski bedeutete, dass alle weiteren Diskurse dem nationalen Diskurs untergeordnet wurden. Im Mittelpunkt standen die Bestätigung der eigenen Nation und die Begrenzung der internen Kritik. Diese Ansichten gingen davon aus, dass die Rechte nationaler Minderheiten eingeschränkt werden, es sei denn, sie würden vollständig assimiliert werden, was in Wirklichkeit einen Übergang zum Katholizismus bedeutete. Er verwies auf die Rolle der Kirche bei der Herausbildung der polnischen nationalen Identität, aber reduzierte diese Strategie darauf, der Kirche die Rolle einer Ersatzfunktion zuzuweisen (angesichts einer Schwäche des Staates oder seines Fehlens). Im Wesentlichen glaubte er, dass der Staat ein Faktor sei, der eine Nation schafft.

Dmowski war ein Feind der liberalen Ideologie. Diese Haltung resultierte jedoch nicht aus der Ablehnung des Prinzips der Bürgerrechte und -freiheiten, das er als ein Unterscheidungsmerkmal für westliche Gemeinschaften, einschließlich Polens, ansah. Vielmehr hatte er die Überzeugung, dass der Liberalismus die Bürgerrechte zu einem Fetisch mache. Grundsätzlich befürwortete Dmowski den politischen Pluralismus, das Motiv der Diktatur einer Partei erschien in seiner Programmatik spät und nahm nicht die Form eines konkreten politischen Konzepts an.

Roman Dmowski (1864 – 1939)
Foto: picture alliance / PAP

Die Vorstellung der Welt und der (inter-)nationalen Beziehungen nach Dmowski basierte auf der Idee des Sozialdarwinismus. Die Beziehungen zwischen den Nationen beschrieb er als ständigen zivilisatorischen und kulturellen Kampf, bei dem man das Ziel nationaler, egoistischer Interessen verwirklichen müsse. Demnach sei es die Pflicht des Nationalstaates, für seine eigenen Interessen zu kämpfen; er solle nicht den Gefühlen oder Illusionen von internationaler Freundschaft und Zusammenarbeit nachgeben.

Dmowski kritisierte damals scharf die polnische Version der Romantik; nach der romantischen Tradition galt es als wichtiger, die moralischen Pflichten und Werte der Nation zu erfüllen, als das Handeln an aktuelle praktische Interessen anzupassen. Romantische Ideale führten in seiner Perspektive zu einem martyrologischen Bild der Nation, und Misserfolge wurden als moralische Siege der Polen neu interpretiert. Dmowski wies diese Ideale entschieden zurück: Die Nation müsse im Wettbewerb mit anderen gewinnen und die Beziehungen zu anderen als Mittel zum Zweck und rein pragmatisch behandeln.

3 Über Polen nach 2015 vgl. Gerhard Gnauck: Polen verstehen: Geschichte, Politik, Gesellschaft, Stuttgart 2018. Marta Kijowska: Was ist mit den Polen los? Porträt einer widersprüchlichen Nation, München 2018; Polska first. Über die polnische Krise, hg. von Andreas Rostek, Berlin 2018; Reinhold Vetter: Nationalismus im Osten Europas: Was Kaczynski und Orban mit Le Pen und Wilders verbindet, Berlin 2017.

„Marsch der Freiheit" in Warschau, 12. Mai 2018: Die Demonstranten protestieren gegen die Zerstörung des Rechtsstaats.
Foto: picture alliance/Nur-Photo; Fotograf: Maciej Luczniewski

Dmowskis Ideen, die einige politische Beobachter schon vor langer Zeit für veraltet hielten, sind nun wieder aufgetaucht. Sie bilden eine ideologische Grundlage der Partei „Recht und Gerechtigkeit", was jedoch keine völlige Ablehnung der Romantik mit der Vision von Polen als reinem Opfer bedeutet.[4]

Die Regierungspartei in Polen sieht heute in solchen Parolen die Möglichkeit, ihre Herrschaft auf der rechten Seite der polnischen politischen Szene zu positionieren. Gleichzeitig akzeptiert sie keine Kritik als Element der sozialen Debatte, sie respektiert die Rechte von Minderheiten nicht und betrachtet das bei den Wahlen gewonnene Mandat als ihr Recht auf Umstrukturierung des Systems. Den sozialen Versprechen aus dem Wahlkampf folgten bald Parolen über einen vollständigen Wiederaufbau des Staates. Am Anfang standen Justizreformen und Veränderungen im Bildungswesen. Versuche, die Medien der Politik zu unterwerfen, waren bei den sogenannten öffentlich-rechtlichen Medien erfolgreich. Um mehr Unterstützung von der Kirche zu erhalten, wird immer wieder versucht, den seit den 1990er Jahren bestehenden Kompromiss zur Abtreibung zu verschärfen. Die Notwendigkeit der Gesetzesänderung wird durch das Mandat gerechtfertigt, das die PiS-Partei angeblich durch ihren Wahlsieg erhalten hat: Dabei hatte sie die Mehrheit im Parlament nur aufgrund einer sehr geringen Wahlbeteiligung erhalten. Trotz der Proteste seitens der Opposition, die jedoch nach ihrem Machtverlust geschwächt ist, und vieler gesellschaftlicher Gruppen, konnte die PiS-Partei bisher ein Programm der Unterwerfung verschiedener Lebensbereiche konsequent umsetzen.

Im Laufe der Zeit rief diese Vorgehensweise immer mehr Widerstand hervor, auch seitens der Institutionen der Europäischen Union. Es gab Befürchtungen, dass die Machtbalance der polnischen Institutionen erschüttert werde, was erhebliche Auswirkungen auf die polnische Rechtsstaatlichkeit haben könne. Sollte die EU darauf nicht reagieren, so die Befürchtung, könnten andere Mitgliedstaaten sich ein Beispiel an Polen nehmen. Im Januar 2016 leitete die Europäische Kommission ein Verfahren gegen Polen ein, wenig später auch das Rechtsverletzungsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages.[5] Im Vorgehen der EU sah die polnische Regierung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Ihrer Ansicht nach habe die Europäische Kommission keine demokratische Legitimität, und die Kritik beruhe auf einem Missverständnis bezüglich des komplizierten Verfassungsrechts in Polen. Es gab Andeutungen, der Anstoß für die EU-Maßnahmen gehe von den Polen gegenüber feindlich gesinnten Hauptstädten aus, Berlin eingeschlossen. Die Kritik seitens der EU stieß in Polen auf Empörung und verstärkte die nationalistischen Tendenzen noch. Die PiS-Regierung verschärfte auch den Konflikt mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition und schreckte nicht davor zurück, die Mechanismen des Staates zu nutzen.

4 Vgl. Ireneusz Krzeminski: Der Nationalkatholizismus und die Demokratie, Polen-Analysen, Nr. 193, 17.01.2017, vgl. http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen193.pdf [Stand: 27.02.2019].

5 Vgl. Ireneusz P. Karolewski: Deutschland, Polen und Europa. Eine Erfolgsgeschichte in der Bewährungsprobe, Genshagener Papiere Nr. 21, Februar 2019, http://www.stiftung-genshagen.de/uploads/media/SG_genshagner_papiere_21_web.pdf [Stand: 27.02.2019].

Obwohl die Gerichte Anschuldigungen gegen die Organisatoren verschiedener Kundgebungen und regierungsfeindlicher Aktionen generell zurückweisen, löst die Bereitschaft der Behörden, andere politische Ansichten zu bestrafen, ein Unbehagen aus, und das im dreißigsten Jahr des freien Polens, welches ja einen Dialog mit Kommunisten eingegangen war und eine friedliche Machtverteilung angestrebt hatte. Gleichzeitig werden verschiedene nationalistische und chauvinistische Verhaltensweisen toleriert, in der Hoffnung, die Unterstützung eines solchen Teils der polnischen Gesellschaft zu gewinnen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die politischen und sozialen Veränderungen in Polen eine große Herausforderung für die EU darstellen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Sejm werden ein Signal für die Nachhaltigkeit der Veränderungen in Polen sein. Es ist heute bereits bekannt, dass die Opposition bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geeint auftreten wird. Ob dies ausreicht, um die negativen antieuropäischen Tendenzen in Polen umzukehren, wird sich bald zeigen.

Es ist beruhigend, dass die Polen die EU-Mitgliedschaft nach wie vor als Erfolg und wünschenswert betrachten. Diese Haltung behindert die antieuropäischen Neigungen der Regierung. Es lohnt sich jedoch bereits jetzt zu überlegen, wie man EU-skeptische Bürger gewinnt und sie ermutigt, die europäische Integration zu akzeptieren. Vieles hängt von der EU selbst und den Reformen ab, die durchgeführt werden sollten. Der polnische Fall ist in Europa nicht isoliert, aber er hat seine eigene Besonderheit, die eine ernsthafte Behandlung erfordert.

Eine große Herausforderung stellt die junge Generation in Polen dar. Sie sucht ihren Platz und ihre Identität in einer globalisierten Welt und braucht gleichzeitig eine Gemeinschaft. Trotz ihrer vielen Erfolge konnten polnische demokratische Liberale für die jüngsten Bürger bislang kein überzeugendes Narrativ für den polnischen Erfolg schaffen. Es gelang ihnen nicht, sich um demokratische und europäische Bildung zu kümmern und gleichzeitig die nationale Gemeinschaft zu pflegen. Trotz aller Veränderungen in den letzten Jahrzehnten ist und bleibt die nationale Gemeinschaft noch für lange Zeit der grundlegende Weg, der globalisierten Welt gegenüberzutreten. Wir müssen in der Lage sein, nationale Gefühle so zu moderieren, dass sie nicht in Richtung Selbstisolation und Ausgrenzung anderer driften. In Polen gibt es zwei verschiedene Haltungen: Patriotismus und Nationalismus, die bisher mit nationaler Feindseligkeit gegenüber anderen verbunden und verurteilt waren. Einige junge Menschen begannen jedoch, in rechtsextremen Ansichten nach der Befriedigung ihres Zugehörigkeitsgefühls zu suchen. Dies ist immer noch eine Minderheit, aber gerade diese Tatsache sollte Besorgnis erregen und erfordert geeignete Maßnahmen. Es ist notwendig, eine neue Sprache zu finden, um die Geschichte Europas und seiner Nationen zu erzählen. Schließlich zeigt es am besten, wie absurd es ist, den Nationalismus auf einem Kontinent zu unterstützen und anzusprechen, der zwei im Grunde mörderische Kriege erlebt und mit Millionen von Menschenleben bezahlt hat. Die Logik des Nationalismus führt zu Konflikten, zu einem Krieg, in dem es letztlich keine Gewinner gibt. Es ist erschreckend, dass wir am 80. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, dessen erstes Opfer Polen war, auf solche elementaren Wahrheiten zurückgreifen müssen.

Weiterführende Literatur:

Gerhard Gnauck: Polen verstehen: Geschichte, Politik, Gesellschaft, Stuttgart 2018.

Ireneusz P. Karolewski: Deutschland, Polen und Europa. Eine Erfolgsgeschichte in der Bewährungsprobe, Genshagener Papiere Nr. 21, Februar 2019, vgl. http://www.stiftung-genshagen.de/uploads/media/SG_genshagner_papiere_21_web.pdf [Stand: 27.02.2019].

Marta Kijowska: Was ist mit den Polen los? Porträt einer widersprüchlichen Nation, München 2018.

Ireneusz Krzeminski: Der Nationalkatholizismus und die Demokratie, Polen-Analysen Nr. 193, 17.01.2017, vgl. http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen193.pdf (letzter Zugriff: 27.02.2019).

Polska first. Über die polnische Krise, hg. von Andreas Rostek, Berlin 2018.

„Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess“

Ein Interview mit Nora Krug über ihre Graphic Novel „Heimat“

Nora Krug
Abbildung: Nina Subin

Ganz Deutschland (und Europa) diskutiert über Ihre Graphic Novel „Heimat“. Welchen neuralgischen Punkt haben Sie damit getroffen?

Nora Krug: Wir befinden uns in der Zeit eines massiven gesellschaftlichen und politischen Wandels. Die Globalisierung der Welt, die Kriege und gesellschaftlichen Umstrukturierungen vieler Länder, und die damit verbundenen Fluchtbewegungen haben zu einer Art kulturellen Identitätskrise in Europa (und auch in Nordamerika) geführt. Vielen Menschen haben Angst davor, einen physischen und kulturellen Anspruch auf ihre Heimat zu verlieren, und rechte Strömungen, die es schon lange gegeben hat, sind weiter an die Oberfläche getreten. Gleichzeitig besteht aber auch auf der Seite derer, die einem gesellschaftlichen Wandel offen gegenüberstehen, der Wunsch, ein neues Heimatgefühl zu entwickeln. Doch noch scheint es vielen Menschen, zumindest in Deutschland, schwerzufallen, einen kritischen Blick auf die Vergangenheit mit dem Bekenntnis ihrer Liebe zum eigenen Land zu vereinen. Die Unfähigkeit, sich zur Heimatliebe zu bekennen, wird längerfristig ein Problem für Deutschland darstellen: Ohne dieses Bekenntnis werden wir weiterhin eine kulturell verunsicherte Gesellschaft bleiben und können der extremen Rechten nichts entgegensetzen.

Welche Reaktionen fanden Sie interessant?

Nora Krug: Ich bekomme regelmäßig Post aus Deutschland von Menschen, die ihre eigene Familiengeschichte mit mir teilen wollen, und die mir berichten, dass sie sich durch mein Buch inspiriert gefühlt haben, ihre eigene Familie neu zu hinterfragen und weiter zu recherchieren. Ich glaube, dass viele Leser in Deutschland mein Buch als eine Möglichkeit sehen, sich der eigenen Familiengeschichte zu stellen, und zwar auf einer persönlichen, statt auf einer kollektiven Ebene. Für mich ist diese offene und emotionale Resonanz das größte Geschenk, das ich durch die Veröffentlichung des Buchs erhalten habe.

Ein älterer Mann aus Kanada, der vor 50 Jahren aus Deutschland emigrierte, schrieb mich an und teilte mir mit, dass er meine tiefe Identifizierung mit spezifischen deutschen Gegenständen sehr gut nachvollziehen könne, und bot mir an, mir seine alten Leitzordner zu schicken, die er vor Jahrzehnten aus Deutschland importiert hatte, und die er nun nicht mehr benötigte.

Auch erhielt ich Briefe aus Deutschland und Amerika von den Nachkommen einzelner in Karlsruhe verfolgter Juden, deren Schicksal ich im Buch beschreibe, und die mir mitteilten, dass sie das Buch bewegte.

Vereinzelt bekam ich auch Hassmails aus Deutschland von Menschen, die mein Buch als eine Art Schändung unseres Landes empfinden, und die glauben, dass ich von der amerikanischen Regierung davon bezahlt werde, anti-deutsche Propaganda zu betreiben. Ich denke nicht, dass diese Menschen mein Buch gelesen haben, aber es ist mir wichtig, diese Stimmen zu hören, denn nur so kann ich verstehen, was für einen gesellschaftlichen Wandel Deutschland momentan erfährt.

Besonders wichtig war mir natürlich, dass mein Buch die Gefühle der Opfer des Naziregimes und deren Nach-

kommen nicht verletzt, und dass nicht der falsche Eindruck entsteht, ich stellte die Deutschen selbst als Opfer dar – dies war meine größte Angst. Das Gegenteil war aber bisher der Fall. Nach Veranstaltungen in jüdischen Institutionen in Amerika, zum Beispiel, kamen mehrmals Holocaustüberlebende mit Tränen in den Augen auf mich zu und bedankten sich für das Buch. Obwohl dies mich als Deutsche sehr befangen machte, bin ich auch sehr dankbar für diese positiven Reaktionen.

„Heimat“ wird bisweilen wie ein „Kampfbegriff“ verwendet. Was bedeutet das Wort für Sie? Ist das für Sie eher ein privates oder ein politisches Thema?

Nora Krug: Beides, denn private Themen sind immer auch politische Themen, weil unser privates Leben und unsere Denkweisen, unser Blick auf die Welt natürlich durch unsere politische Vergangenheit massiv geprägt ist.

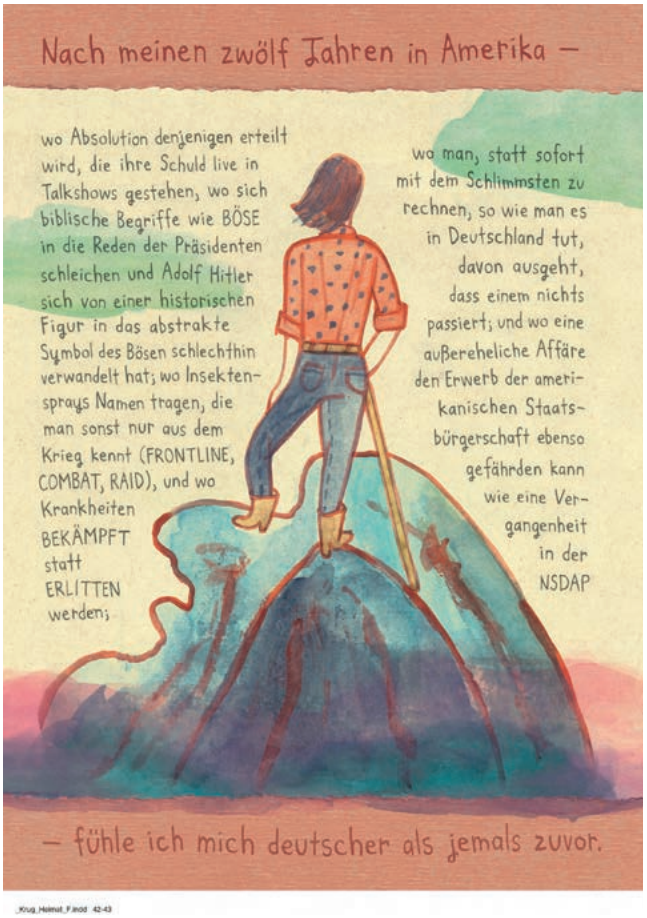
„Heimat“ ist ein Begriff, der für mich ungreifbar ist – und es wahrscheinlich auch bleiben wird. Für mich ist er ganz eng mit Kindheitserinnerungen verbunden. Mit Spaziergängen in der Pfalz oder im Schwarzwald, mit Leberknödelsuppe, mit den Liedern, die ich mit dieser Landschaft verbinde (und mit der melancholischen Schönheit, die diese Lieder besitzen) und natürlich ganz besonders mit meiner eigenen Familie. „Heimat“ stellt für mich etwas dar, das nur in der Vergangenheit existiert, da ich seit 20 Jahren im Ausland lebe. Ich fühle mich in New York zuhause und spüre eine tiefe Verbindung zu Deutschland. Aber den Heimatbegriff würde ich heute auf keines der beiden Länder beziehen, denn ich habe Deutschland vor langer Zeit verlassen, und in Amerika bin ich nicht aufgewachsen, habe hier also keine Kindheitserinnerungen.

Sie haben an diesem Buch als Illustratorin, Schriftstellerin, Familienforscherin, Familienmitglied und Sammlerin gearbeitet. Wie haben Sie es geschafft, all Ihren Rollen gerecht zu werden? Gab es Interrollenkonflikte?

Nora Krug: Nein, Konflikte zwischen diesen verschiedenen Rollen gab es nicht (aber Zeiten, in denen ich nicht weiterkam, sehr oft). Diese Art zu arbeiten stellt für mich einen natürlichen Prozess dar. Ich sehe Bild und Text in keinem hierarchischen Verhältnis, sondern als zwei sich ergänzende Elemente, die zu einer Geschichte zusammengefügt werden, deren Zentrum mein eigener Drang stand, zu verstehen, wer ich bin, wer meine Familie ist, und was deutsche Identität bedeutet. Unser Verständnis von Geschichte, unser menschliches Denken überhaupt, funktioniert ja ähnlich. Wir denken selten nur in Worten oder nur in Bildern. Unsere Erinnerungen bestehen aus einer Kombination aus Bildern, Worten, Gerüchen, Klängen, aus Gefühlen, einer Art fragmentarischer Collage, der wir Sinn verleihen, der wir im Nachhinein eine narrative Struktur geben, die sich über die Zeit auch immer wieder verändert. Diesen fragmentarischen Charakter wollte ich auch visuell im Buch aufgreifen, weswegen ich mit verschiedenen Medien arbeitete.

Sie schildern in „Heimat“, dass gerade das Leben als Wahl-New Yorkerin Ihnen Ihr Deutsch-Sein bewusst gemacht habe und erzählen viel von den Unterschieden zwischen Ihrer deutschen Identität und Ihrem amerikanischen Leben. Welche Dinge sind dort ebenso vertraut wie hier?

Nora Krug: Alles ist mir hier vertraut, da ich schon 17 Jahre hier lebe. New York ist mein Zuhause. Interessant finde ich aber, dass sich diese Sichtweise immer wieder sehr schnell ändert, wenn ich für mehrere Wochen oder Monate ins Ausland gehe und danach wieder zurückkomme. Nach mehreren Monaten in Deutschland fällt mir dann zum Beispiel auf, wie vertraulich der Klang der Stimme der Nachrichtensprecher hier ist, deren Ziel es ist, den Hörer emotional zu erreichen, weil in den USA



das Bedürfnis nach einem kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühl eine größere Rolle spielt, als in Deutschland, wo Nachrichten emotionslos und faktenbetont vorgelesen werden – vielleicht auch aufgrund unserer politischen Vergangenheit. Aber nach ein paar Tagen in New York fällt mir dieser Unterschied gar nicht mehr auf. Ebenso geht es mir mit deutschen Verhaltensweisen, die mir mittlerweile fremd erscheinen (die Angst, Fehler zu machen und sich die Blöße zu geben, beispielsweise, oder auch das starke Sicherheitsbedürfnis, mit dem ich immer wieder konfrontiert werde, wenn ich nach Deutschland reise). Ich glaube, es ist eine Art Überlebensdrang, sich an die Gegebenheiten eines anderen Landes so schnell wie möglich anzupassen.

Das Titelbild des Buches zitiert Caspar David Friedrichs „Wanderer über dem Nebelmeer“ und damit die deutsche Romantik. Gleichzeitig schlägt das abstürzende Kriegsflugzeug den Bogen zur NS-Geschichte. Wie ist diese Ambivalenz auszuhalten?

Nora Krug: Ich weiß gar nicht, ob es sich hier um eine Ambivalenz handelt. Die Romantik war eine Zeit, die stark von einer neuen Suche nach Identität geprägt wurde, also auch durch das Zweifeln an dem, was vorher war. Bei meiner Recherche für das Buch sammelte ich Fotografien auf zahlreichen Flohmärkten in ganz Deutschland. Was mir dabei auffiel, war, wie viele Fotografen unbewusst das Motiv Caspar David Friedrichs in ihren Bildern aufgriffen: Ein Mensch wird von hinten fotografiert, wie er auf eine (vermutlich deutsche) Landschaft blickt. Ich glaube, dass die Frage nach der eigenen kulturellen Identität schon immer einen großen Bestandteil der deutschen Psyche ausmachte. Für mich stellt dieses Motiv das zentrale Thema meines Buchs dar: Ich schaue aus der Ferne zurück auf mein Land, das nur schemenhaft wahrnehmbar bleibt. Und das Zurückblicken, das Hinschauen, stellt auch eine Art Bekenntnis dar, ein Sich-Stellen der Vergangenheit, ein Miterleben und Bezeugen, und die Erkenntnis, dass wir unsere Geschichte immer weiter in uns tragen werden und müssen.

Seit geraumer Zeit finden (auch) in der Bundesrepublik Tabubrüche statt: Antisemitische Übergriffe häufen sich, verpönte Worte („Lügenpresse“) werden salonfähig – verfolgen Sie diese Entwicklung? Wie erklären Sie sich, dass das mehr als sieben Jahrzehnte nach dem Krieg wieder möglich ist?

Nora Krug: Vielleicht sollten wir diese Übergriffe und Verhetzungen weniger als Tabubrüche, sondern als Menschenrechts- und Demokratieverletzungen bezeichnen, denn hier handelt es sich um schwerwiegende Überschreitungen. Ich verfolge diese Entwicklung und empfinde sie als sehr gefährlich und denke auch, dass diese Tendenz lange in Deutschland unterschätzt wurde. So wie viele andere Deutsche auch, glaubte ich aufgrund unserer Geschichte und unserem Jahrzehnte andauernden Versuch der Vergangenheitsbewältigung, dass unsere Demokratie gesichert sei. Erst bei der Arbeit an meinem Buch, während der diese neue Bestrebung in Deutschland sichtbar wurde, realisierte ich, dass jeder Einzelne von uns heute dazu beitragen muss, um unsere Demokratie zu kämpfen. Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess.

Dies ist auch ein linguistisches Problem, da Kultur ja über Sprache vermittelt wird. Betroffen ist hier auch der Begriff „Heimat“. Die extreme Rechte darf nicht alleinigen Anspruch auf den Heimatsbegriff haben. Aus diesem Grund habe ich mein Buch auch „Heimat“ genannt: um zu zeigen, dass auch diejenigen Anspruch auf unsere Heimat haben, die sie immer wieder kritisch hinterfragen. Ich sehe mein Buch als eine Art Liebesbekenntnis an mein Land. Aber Heimatliebe bedeutet nicht, dass man ein Land nur für eine bestimmte Periode in der Geschichte, nur für eine bestimmte Art von Mensch lieben kann. Man muss sich zur Heimat in seiner Ganzheit bekennen.

Leider empfinden viele Deutsche es heute noch als schwierig (und auch ich zähle dazu), sich gleichzeitig kritisch mit der Vergangenheit zu befassen und sich dennoch öffentlich zu einer Heimatliebe zu bekennen und diese zu pflegen. Ich denke, dass diese Spaltung in den Köpfen vieler Deutscher durch die sehr stark polarisierende Heimatkritik in der Nachkriegszeit entstanden ist, und auch, dass unser sehr schuldbeladenes Bildungssystem zum Teil dafür verantwortlich war. Ich wünsche mir eine deutsche Gesellschaft, die nicht aufhört, offen und mit kritischem Blick über ihre politische Vergangenheit zu sprechen, die aber auch gleichzeitig ihr kulturelles Erbe feiern und sogar ein gesundes Nationalbewusstsein entwickeln kann. Dies sollte keinen Widerspruch darstellen. Wenn wir es nicht schaffen, diese Spaltung zu überwinden, werden wir gegenüber der extremen Rechten in Deutschland verletzbar bleiben.

Werden Sie in Ihrer Wahlheimat darauf angesprochen?

Nora Krug: Ja, denn als Deutsche im Ausland bin ich immer auch Repräsentantin meines eigenen Landes. Auf diese Frage spontan Stellung beziehen zu müssen, hat mich gelehrt, dass ich auch als Individuum für die liberalen Werte meines Heimatlandes kämpfen muss und dies nicht nur dem Gesellschaftskollektiv oder der Regierung überlassen darf. Leider fragt man sich in Deutschland selten, was man seinem eigenen Land schuldet, wie man der Heimat als Individuum etwas zurückgeben kann, denn schon alleine diese Frage wird mit einem unangenehmen Gefühl des Nationalstolzes assoziiert. Man geht davon aus, dass die Regierung sich um alles kümmert. Ich glaube aber, dass wir als Deutsche die Verantwortung tragen, als Verfechter der Demokratie zum Wohl unserer Gesellschaft beizutragen.

Es gibt Forderungen in Deutschland, den Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht weniger ausführlich zu behandeln, sondern stärker andere Aspekte der deutschen Geschichte in den Mittelpunkt zu rücken. Wie schätzen Sie diese Forderungen ein?

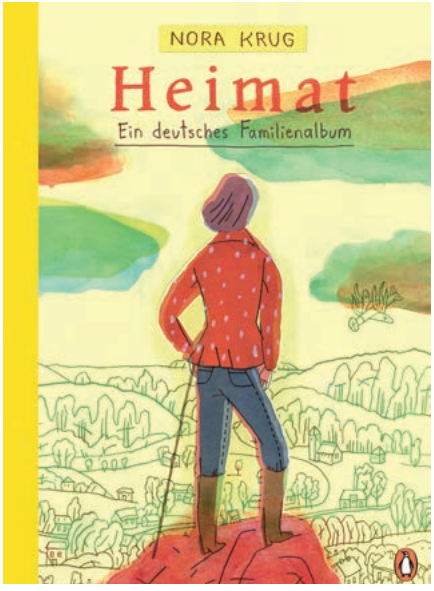
Nora Krug: Ich empfinde dies als falsch. Der kritische Umgang mit dem Nationalsozialismus stellt den Grundbaustein unserer heutigen liberalen Gesellschaft dar, und dessen müssen wir uns bewusst sein. Das heißt aber nicht, dass der Holocaust der einzige Genozid ist, über den man in der Schule etwas lernen sollte. Man könnte ihn vielleicht sogar noch besser analysieren, wenn man ihn im Kontext anderer Völkermorde betrachten würde. Womit sich unser Bildungssystem auch noch nicht eingehend genug beschäftigt hat, ist die deutsche Geschichte des Kolonialismus, über den jeder Deutsche unbedingt mehr lernen sollte, besonders wenn man bedenkt, wie viele Totenköpfe und Kolonialkunst aus Afrika sich in unseren deutschen Sammlungen befinden, und dass man sich der Verantwortung, diese zurückzugeben, noch nicht wirklich stellt.

Was aber in der Tat verändert werden muss, ist die Art des Umgangs mit unserer Geschichte: Wir sollten nicht mit einem kollektiven Schuldgefühl aus dem Geschichtsunterricht herausgehen, sondern mit einem individuellen Gefühl der Verantwortung, mit dem Bewusstsein, dass wir aus der Geschichte gelernt haben, dass wir etwas tun können, und dass dies ein Gefühl der Stärke und nicht der Schwäche ist. Denn das Gefühl der lähmenden Kollektivschuld kann sich schnell in eine defensive Position verwandeln, und das ist gefährlich.

Was werden Sie Ihrer Tochter, die ja US-Amerikanerin ist, mitgeben von Ihrer komplexen Familiengeschichte?

Nora Krug: Ich hoffe darauf, meine Tochter, die Amerikanerin und Deutsche ist, hier in eine deutsche Schule schicken zu können, auch weil es mir wichtig ist, dass sie über dieses Kapitel in der deutschen Geschichte nicht aus einer Position der Distanz lernt (also als Nicht-Deutsche, die die Deutschen anklagt), sondern aus einer Position der Verantwortung. Gleichzeitig wünsche ich mir, dass sie nicht dieselben abstrakten, kollektiven Schuldgefühle entwickelt, mit denen ich groß geworden bin, denn solche Gefühle erzeugen nichts als eine Lähmung, aber kein natürliches Verantwortungsgefühl.

Interview: Monika Franz



„Heimat" ist im Bestellportal der Landeszentrale (www.bestellen.bayern.de) bestellbar.
Foto: Random House

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt

Er war der Neffe des Regierungschefs und dessen designierter Erbe. Aus reicher und vornehmer Familie, ein Künstler des Debattierens, das Idol der hauptstädtischen Gesellschaft und der Musterknabe seiner Partei. Dazu gesegnet mit einem blendenden Aussehen, das ihn zum Schwarm der Damenwelt machte: 1,80 Meter groß, blaue Augen, gewelltes braunes Haar, einen Schnurrbart, gertenschlank und eine Aura von souveräner Lässigkeit und von heiterem, bestrickendem Charme, dem sich auch seine politischen Gegner nicht entziehen konnten.

„Der beste Kopf, der sich in unserer Zeit mit Politik beschäftigt", so das einhellige Urteil seiner Zeitgenossen. Die Frauen lagen ihm zu Füßen, obschon er sein Leben lang Junggeselle blieb. „Mein Gott", so seufzte eine bekannte Schönheit nach einem Besuch bei ihm, „welch ein Unterschied zwischen ihm und den anderen Männern." Und später, nach etlichen Affären auch mit verheirateten Frauen, trösteten sich die Abgewiesenen damit, wie eine von ihnen betrübt feststellte, „dass er seine Kräfte in dieser Hinsicht vollkommen erschöpft hat".

Statt mit Heiratsplänen, beschäftigte er sich als Verfasser zweier tiefgründiger philosophischer Werke lieber mit der Geistesgeschichte und der Politik, deren Arena er mit 26 Jahren betrat. *„Prince Charming"*, wie ihn die hauptstädtische Presse bald taufte, wurde mit 39 Jahren Minister im Kabinett seines Onkels und vier Jahre später Parteiführer im Parlament. Dort hatten seine Reden, die er vollkommen frei hielt, den Effekt einer „Gewehrkugel, die auf eine Seifenblase" trifft. In Scharen pilgerten sie sogar aus dem Oberhaus herüber, um ihn reden zu hören, um, wie einer festhielt, „den gesamten meisterlichen Vorgang des Denkens, Argumentierens und Formulierens mit einem derartig vollendeten Können und solch absoluter Leichtigkeit" zu erleben, dass es „ein Vergnügen war, ihn bei der Ausführung dieser Kunst zu beobachten."

Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

1902 wurde er folgerichtig als Nachfolger seines Onkels zum Regierungschef berufen. Seine Partei hatte seit Jahrzehnten das Land regiert.

Aber nun holten ihn die Versäumnisse der Vergangenheit ein, an denen zuerst seine Partei und dann seine Karriere zerbrachen. In den Berichten der vom König eingesetzten Kommission für Arbeitsfragen stand schwarz auf weiß zu lesen, dass das reichste Land der Erde auf einem Bevölkerungsfundament ruhte, von dem ein Drittel in chronischer Armut lebte, während es gleichzeitig viermal so viele superreiche Großgrundbesitzer gab, wie anderswo.

Darauf wusste er, außer funkelnden Formulierungen und brillanten Sottisen, mit denen er seine jungen, parteiinternen Gegenspieler überzog, keine politische Antwort. Zu einem, der bald die Partei verließ und zur Opposition wechselte, um dann, nach seiner Rückkehr, Jahrzehnte später, sich als Regierungschef in das kollektive Gedächtnis seines Landes förmlich einzubrennen, bemerkte er schneidend: „Ich hielt Sie für einen jungen, vielversprechenden Mann, aber wie mir scheint, sind Sie ein junger Mann voller Versprechungen."

Dabei waren die Fakten, die ihn zum Handeln hätten zwingen müssen, erdrückend. Schlaf, Ernährung, sanitäre Anlagen und sogar die Atemluft waren nicht ausreichend, um den elementarsten menschlichen Bedürfnissen zu genügen. In einem Bericht wurde vorgerechnet, dass 25 Kubikmeter Luft pro Person überlebensnotwendig waren. Aber die Armenhäuser und Slums im Land boten nur acht Kubikmeter. Sie strotzten vor Krankheiten und Ungeziefer, ein Stück Papier auf den Fußboden war die Toilette, und die sonntägliche Fischportion von 70 Gramm pro Person musste den Eiweißbedarf einer achtköpfigen Familie decken.

Das alles warf die Frage nach dem Umbau und der Reform des Systems auf, der er sich hartnäckig verweigerte, bis es 1905 zu spät war. Seine Partei war heillos zerstritten, und die Opposition siegte mit einem riesigen Erdrutsch, mit einer noch nie dagewesenen Mehrheit, sodass er sogar seinen Sitz im Parlament einbüßte. Das freilich focht ihn nicht an. Er spielte weiterhin Golf und Tennis, verschlang jeden Tag mehrere Bücher, die er sogar mit in die Badewanne schleppte und unter einen Schwamm klemmte, oder fuhr mit seinem Fahrrad bis zu 50 km durch die Gegend.

Erst im Weltkrieg gelang ihm ein Comeback. Und was für eines. Als Außenminister trug er sich mit einer Deklaration in die Geschichtsbücher ein. Sie war die Geburtsstunde eines Staates, der noch heute in fast jeder Nachrichtensendung Erwähnung findet. Seine Entscheidung ging auf eine Episode während seiner Zeit als Regierungschef zurück, die heute in Vergessenheit geraten ist.

Damals, 1903, empfing er in einem Hotel einen glühenden Zionisten: den in Russland geborenen Chemieprofessor Dr. Chaim Weizmann. Für das Gespräch hatte er eine Viertelstunde vorgesehen. Es dauerte dann mehr als anderthalb Stunden, weil sich Weizmann vehement dagegen sträubte, Uganda, statt Palästina, als Heimstatt der Juden zu akzeptieren.

Eine denkwürdige Szene, die Weizmann überliefert hat, ließ ihn anderen Sinnes werden.

„Ich schwitzte Blut und versuchte, mich weniger pathetisch auszudrücken. […] Plötzlich sagte ich: Stellen Sie sich vor, ich gäbe ihnen Paris anstelle von London. Würden Sie akzeptieren?

Er richtete sich auf, sah mich an und antwortete: Aber Mr. Weizmann, wir haben London.

Das stimmt, sagte ich. Aber wir hatten Jerusalem, als London noch ein Sumpf war."

Wer war es?
Und wer war der Abtrünnige, der seine Partei unter Protest durch das *„crossing the floor"* verließ und erst Jahrzehnte später zurückkehrte?

Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@stmuk.bayern.de. Einsendeschluss ist der 8. April 2019. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein Exemplar unserer neuen Publikation „Der Russische Revolutionszyklus" von Klaus Gestwa.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven" bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.

Die richtige Lösung des Rätsels aus Heft 4/2018 lautete: **Friedrich Ebert.**
Wir danken allen Teilnehmenden für die Einsendung ihrer Lösung und gratulieren dem Gewinner,
Herrn Dr. T. Gierisch aus Windischeschenbach.

Literatur zu Friedrich Ebert

Wolfgang Abendroth: Friedrich Ebert, in: Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Kohl, hg. von Wilhelm von Sternburg, Berlin 1998, S. 145–159.

Bernd Braun / Walter Mühlhausen (Hg.): Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten. Friedrich Ebert (1871-1925). Katalog zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg 2012.

Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert, Bonn 2018.

Der „Spartakusaufstand" – die zweite Phase der proletarischen Revolution?

Teil 2: Das Ende des „Spartakusaufstandes" – eine historische Einordnung
Teil 1 siehe Einsichten&Perspektiven 4/18

von Bernhard Sauer

Während des Januaraufstandes verschanzen sich Spartakisten im Berliner Zeitungsviertel hinter Rollen von Zeitungspapier.
Abbildung: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Donnerstag, 9. Januar 1919

Angesichts des Kurswechsels der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD war auch die KPD-Zentrale auf die Liebknecht-Linie umgeschwenkt (s. E&P 04/18). Von einem Rückzug aus den revolutionären Gremien war nun keine Rede mehr, vielmehr hoffte die KPD-Führung, dass die revolutionäre Bewegung wieder in Gang kommen würde. Der Liebknecht-Text wurde am Nachmittag des 9. Januar in einer Extra-Ausgabe der „Roten Fahne" abgedruckt und in der Ausgabe vom 10. Januar, geschrieben am Vortag, erschien ein Leitartikel „Der Todeskampf der Ebert-Scheidemann". Dieser war ähnlich scharf formuliert wie der Liebknecht-Aufruf und er erweckte geradezu den Eindruck, dass man nun in die Endphase der Revolution eingetreten sei und der Sieg nahe bevorstehe. In dem Leitartikel wurde konstatiert, dass es gekommen sei, wie es hätte kommen müssen: Die „Herren Ebert-Scheidemann-Noske" hätten verhandelt, „mit den kommissionsfrommen Genossen im lauwarmen Wasser der Wechselzeit geplätschert" und zugleich die Truppenverbände von Berlin „neu gruppiert". Sodann hätten sie die Verhandlungen abgebrochen und „den Herren Kautsky, Cohn" u. a. klargemacht, „dass der weltgeschichtliche Gegensatz, der Kapital und Arbeit trennt, ausgetragen werden muss und nicht ausgehandelt werden kann". Die Verhandlungen seien von Anfang an aussichtslos gewesen, doch hätten sie auch etwas Gutes gehabt, denn „die brutale Geste, mit der die Ebert-Scheidemann den Verhandlungstisch umwarfen", hätten auch „dem letzten Proletarier gezeigt", dass diese „Emporkömmlinge" das „Blutvergießen um des Blutvergießens willen gewollt haben". Das Proletariat habe die Lehren daraus zu ziehen. „Das Proletariat, das jetzt mit Ebert-Scheidemann ringt, ringt jetzt um die Zukunft des Proletariats schlechthin." Es hat den Generalstreik proklamiert. Dabei geht es um „Sein oder Nichtsein des Proletariats." Weiter hieß es in der „Roten Fahne": „Jetzt müssen ihre Bataillone sich formieren, was wir in den langen Wochen seit dem 9. November tagtäglich gefordert haben, das macht dieser erste schwere Kampf,

diese erste wirkliche Revolution zur Tat: die rote Garde. Und diese erste wirkliche Revolution hole auch nach, was die vom 9. November nicht bringen konnte. Die Arbeiterräte aus jenen Tagen sind keine Organe der Macht geworden. [...] Sie mussten in den Fabriken weichen der Allmacht der Gewerkschaftsbürokratie und mussten im Politischen weichen der Landratsdemokratie: Sie sollten demnächst unter dem Misthaufen der Nationalversammlung ein wenig ehrenvolles Begräbnis finden. Sie müssen nun das erste Feld des Sieges der wahren Proletarierrevolution werden. Der Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann, der heute zum Schlachtruf des kämpfenden Proletariats geworden ist, muss seine erste Verwirklichung finden in den Arbeiterräten. [...] Aus allen Teilen des Reiches kommen die Nachrichten, dass das Proletariat den Kampf aufgenommen hat, mit Sympathiekundgebungen, mit Unterdrückung der bürgerlichen und Scheidemannpresse, mit Generalstreik. Die Scheidemann-Ebert werden ihre Wunder erleben. Auf zu den Waffen."[1]

Es zeigte sich aber, dass diese Ausführungen reines Wunschdenken waren. Die Massenbewegung kam nicht wieder in Schwung. Dies lag zum einen daran, dass die von den Revolutionären Obleuten beabsichtigte massenhafte Verbreitung der beiden Aufrufe mit je einer Million nicht realisiert werden konnte. Diese erschienen lediglich in den Zeitungen „Die Freiheit" und in der „Roten Fahne" – beide in relativ niedriger Auflage. Zum anderen wurde aus den Betrieben von einer Streikmüdigkeit berichtet. Der Hauptgrund dürfte allerdings darin zu sehen sein, dass die Stimmung unter den Arbeitern eine ganz andere war. Diese war nicht auf bewaffneten Aufstand sondern auf Einigung ausgerichtet. „Die Freiheit" erschien am Donnerstagabend mit der Schlagzeile „Ein Schrei nach Einigung" und führte dazu aus: „40.000 A.E.G.- und Schwarzkopff-Arbeiter für Verbrüderung. In einer Massenversammlung, die heute Vormittag im Humboldthain von über 40.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der A.E.G.- und der Schwarzkopffwerke abgehalten wurde, ist der Beschluss gefasst worden, eine Einigung zwischen Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen."[2]

Aus den Fabriken heraus war in Berlin nun doch eine Massenbewegung von mehr als 200.000 Arbeitern entstanden, die sich auch auf andere Zentren in Deutschland ausbreitete. Zentrale Forderungen waren der Rücktritt der Regierung und aller „belasteten" Führer der sozialistischen

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Parteien, die einer Einigung im Wege stünden. MSPD und KPD lehnten diese Forderungen ab, die USPD unterstützte sie. Die „Rote Fahne" begründete ihre Ablehnung in einem längeren Grundsatzartikel. Darin hieß es in einem radikalen Statement: „Der Beschluss der Genossen und Genossinnen der A.E.G. und von Schwartzkopff ist sicher sehr gut gemeint. Wir kennen die Genossen, die in allen revolutionären Aktionen Berlin mit an der Spitze marschierten, die zu dem zuverlässigsten Vorstoßtrupp des Berliner Proletariats gehören. Aber der Glaube, die Kämpfe der Revolution durch die Parole der Einigung ersparen zu können, ist eine Illusion.[3]

Auch die SPD begründete ihre Ablehnung der „Einigungsbewegung" in einem längeren Beitrag von Friedrich Stampfer im „Vorwärts": Darin betonte er, dass die Zeitung stets für die Einigung der unterschiedlichen Richtungen gewirkt habe, dass die Einigkeit aber durch Spartakus „gestorben" sei. „Mit Spartakus und allen, die ihm nahestehen und die ihn fördern, ist eine Einigung unmöglich. [...] Damit ist keineswegs gesagt, dass alles, was zu Spartakus gehört, für uns auf ewig verdammt und vermaledeit sein muss. Wir Sozialdemokraten können die spartakistische Bewegung nicht mit den Augen des Spießbürgers betrachten, können in ihr nicht nur Terror, Raub, Totschlag und Plünderung erblicken, zu denen sie leider ausgeartet ist und ausarten musste. Den reinen Kern, der

1 Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 10.01.1919.

2 Die Freiheit, Nr. 16 vom 09.01.1919.

3 Die Rote Fahne, Nr. 10 (wie Anm. 1).

in dieser schmutzigen Schale steckt, verkennen wir nicht: den leidenschaftlichen Willen zum Sozialismus, den Geist der Revolte, den Rebellentrotz, den Hang zum kühnen Abenteuer. [...] Wir bekämpfen Spartakus, weil er in seinem tollen Eifer die Gesetze der Demokratie, des Volksrechts, die uns in Fleisch und Blut gegangen sind, über den Haufen werfen will."[4]

Die USPD unterstützte dagegen die „Einigungsbewegung". In der „Freiheit" erschienen immer wieder dementsprechende Artikel. So wurde auch ein Beitrag von dem MSPD-Mitglied Erich Pagel veröffentlicht, in dem dieser die „wilde Agitation der Spartakusleute" wie auch die Politik der MSPD-Führung verurteilte: „Ich persönlich achte Liebknecht, Rosa Luxemburg nur ihrer Überzeugungstreue wegen hoch, ich muss aber mit aller Deutlichkeit erklären, dass einige Jahre Zuchthaus oder Gefängnis noch nicht ein Beweis für die Richtigkeit einer Ansicht sind. Die unsinnigen Reden und das Geschreibe der Roten Fahne hat die Verwirrung bei einem Teil des Proletariats ins ungemessene gesteigert [...]. Die Spartakuspolitik hat meiner Meinung nach die Führung der Mehrheitssozialdemokratie noch mehr nach rechts gedrückt und die Kluft im Proletariat verbreitert."[5]

Freitag, 10. Januar 1919

Im Anschluss an die Kundgebung der Schwarzkopff- und A.E.G.-Belegschaft fand an diesem Freitag eine gewaltige Massenkundgebung der Arbeiterinnen und Arbeiter der im Norden Berlins gelegenen Betriebe im Humboldthain statt. „Die Freiheit" sprach von hunderttausend Teilnehmern, die ein Gedanke einte, durch „Zusammenschluss der proletarischen Front dem Brudermord ein Ende zu setzen". Zu Beginn der Versammlung erstattete die am Vortag gewählte Kommission Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. „Von sechs Tribünen sprachen die Mitglieder der Kommission zu den Massen. Wir stehen gegenwärtig im Bruderkrieg. Wir sind Gegner geworden aus politischen Differenzen, – so führten die Redner aus." Dieser Zustand sei unhaltbar. Man wolle eine Einigung, dazu wären an diesem Tag nicht allein die Betriebe der A.E.G. und der Firma Schwarzkopff, sondern sämtliche Betriebe des Nordens und der angrenzenden Vororte zusammengetreten. „Wenn die Führer nun nicht für eine Einigung zu haben sind, so wird die Einigung gegen ihren Willen zustande kommen. Wir haben das Bestreben, gegen die Reaktion zu kämpfen, nicht aber gegen die eigenen Arbeitsbrüder. Kein Tropfen Arbeiterblut darf mehr vergossen werden. [...] Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Differenzpunkte zum großen Teil durch die Führer geschaffen sind, gleichwohl welcher Richtung."

Weiter wurde berichtet, dass die Verhandlungskommission der USPD und der Revolutionären Obleute sich bereit erklärt hätten, „zu veranlassen, dass die bürgerliche Presse sofort freigegeben würde, alle anderen Fragen sollten Gegenstand der Verhandlungen sein. Dabei wurde bemerkt, dass ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts" in sich schließen würde." Ferner sprach die Kommission die Erwartung aus, dass die Besatzungen der besetzten Druckereien ihre gewaltsam eingenommenen Plätze räumen würden, wenn die beiden Kommissionen sie durch Beschluss darum ersuchen würden. Für den Spartakus könne eine solche Erklärung nicht abgegeben werden, doch sei dieser allein zu schwach und deshalb nicht imstande, einem Abkommen auf Herausgabe der Druckereien Widerstand zu leisten.

Die Redner betonten, dass es eine friedliche Demonstration sei. „Wir gehen ohne Waffen, bewusst, dass auch die Soldaten uns als ihre Arbeitsbrüder erkennen und unser Bestreben billigen. Der morgige Tag soll uns wieder auf diesem Platze versammelt sehen, in der Hoffnung, dass dem Blutvergießen ein Ende gemacht ist."[6]

Die KPD hatte sich an diesem Freitag ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Am Abend des 10. Januar fand eine Sitzung ihrer Zentrale statt, auf der beschlossen wurde, die gemeinsamen Aktionen mit den Revolutionären Obleuten abzubrechen, da diese sich immer mehr in das Fahrwasser der USPD-Leitung drängen ließen. In einer Erklärung hieß es: „Die Kommunistische Partei macht diese beschämende Politik selbstverständlich nicht mit und lehnt jede Verantwortung für sie ab. Wir betrachten es nach wie vor als unsere Pflicht, die Sache der Revolution vorwärts zu treiben, uns allen Verwirrungsversuchen mit eiserner Energie entgegenzustellen und durch rücksichtslose Kritik die Massen vor den Gefahren der Zauderpolitik der Revolutionären Obleute wie der Sumpfpolitik der U.S.P. zu warnen."[7] Man wolle sich nur noch zu informatorischen Zwecken an deren Sitzungen beteiligen. Ein entsprechendes Schreiben solle den Obleuten zugestellt werden; wegen der revolutionären Wirren war dies aber nicht möglich, es erschien dann erst am 13. Januar in der „Roten Fahne".

4 Der Vorwärts, Nr. 22 vom 13.01.1919.

5 Die Freiheit, Nr. 20 vom 11.01.1919.

6 Die Freiheit, Nr. 18 vom 10.01.1919.

7 Die Rote Fahne, Nr. 11 vom 11.01.1919.

Für das Scheitern des Aufstandes machte der Spartakusbund das „Versagen der Führer" verantwortlich – so der Titel des Leitartikels in der „Roten Fahne". Kritisiert wurde, dass die Führung der Berliner Massenbewegung sehr viel an Entschlossenheit, Tatkraft und revolutionärem Elan hätten vermissen lassen. [...] Nach vier Tagen „entschließen sich die Revolutionären Obleute endlich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zum Abbruch der Unterhandlungen und zur Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie. Die Parole Generalstreik wurde herausgegeben und der Ruf: Zu den Waffen! Das war aber auch die einzige Leistung, zu der sich die revolutionären Obleute aufgerafft haben. Es versteht sich von selbst, dass, wenn man die Parole zum Generalstreik und zur Bewaffnung in die Massen wirft, man alles tun muss, um die energische Durchführung der Parole zu sichern. Nichts dergleichen ist von den Obleuten unternommen worden! Sie beruhigten sich bei der nächsten Parole und – beschlossen gleich am Donnerstagabend, zum dritten Male in Unterhandlungen mit Ebert-Scheidemann einzutreten!

Diesmal gab die Einigungsbewegung, die unter den Arbeitern der Schwarzkopffleute und einiger anderer Großbetriebe in Fluss gekommen ist, den erwünschten Vorwand, um den eben in aller Form eingeleiteten Kampf wieder abzubrechen. [...] Es ist für jeden, der nicht getäuscht werden will, klar, dass dieser Einigungsrummel, den die U.S.P. inszeniert hat, der denkbar größte Dienst ist, den man in der gegenwärtigen Situation dem Ebert-Scheidemann erweisen kann."[8]

Das Blatt nennt eine Vielzahl von Beschlüssen und Resolutionen, die ihrer Meinung nach das Resultat des „Wirkens des U.S.P.-Sumpfes in Arbeiterköpfen" sind, so u. a. die des Zentralrats der Marine, der Volksmarinedivision, der Kugellagerwerke der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, des obersten Marinerats der Niederelbe, des Glühlampenwerks der A.E.G. sowie der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins, die allesamt den Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann, aller „kompromittierten" Führer sowie die Fortsetzung der Verhandlungen forderten.[9]

Der Abbruch des Generalstreiks in Berlin wurde erst am 12. Januar offiziell in einem von den Revolutionären Obleuten und dem Zentralvorstand der USPD unterzeichneten Flugblatt bekanntgegeben, doch war dieser faktisch mit dem Aufkommen der Einigungsbewegung und dem Rücktritt der KPD aus der Aufstandsleitung bereits am Freitag beendet. Umso überraschender kam am Abend die Kehrtwendung: In der Nacht vom 10. zum 11. Januar begann der Angriff auf das „Vorwärts"-Gebäude. Das „Regiment Potsdam" unter dem Kommando von Major Franz v. Stephani war nach Berlin beordert worden. Es unterstellte sich dem Befehl von Oberst Reinhard, der von Noske die Verantwortung übertragen bekam, „Ich beauftragte", so Reinhard, „Stephani unter Beigabe von Minenwerfern mit der Wegnahme des Vorwärts. Ich hatte angeordnet, dass mit der Besatzung nicht zu verhandeln und die Übergabe auf Gnade und Ungnade zu fordern sei."[10]

Sonnabend, 11. Januar 1919

Durch herbeigeeilte Sympathisanten war die Zahl der „Vorwärts"-Besetzer auf einige Hundert angewachsen, die teilweise mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Viele waren aber unbewaffnet, darunter einige als Rotkreuzschwestern gekennzeichnete Frauen.

Am Morgen begann der Kampf. Die „Potsdamer" waren in der Dunkelheit von allen Seiten aufmarschiert und hatten schwere Maschinengewehre, Geschütze und Minenwerfer in Stellung gebracht. In den Nachbarhäusern lagen auf den Dächern die Schützen, die von allen Seiten in die großen Fenster und in die Höfe des Bürohauses hineinsehen und gezieltes Feuer auf die Besetzer abgeben konnten. Diese hatten bald mehrere Tote und Schwerverletzte. Einer der Besetzer schilderte die Situation: „Jetzt stellte sich zu unserer Bitterkeit heraus, dass der Vorwärts nicht von einer disziplinierten Kampfgruppe, sondern von protestierenden Demonstranten besetzt war, von denen die meisten jetzt erst begriffen, dass ein tödlicher Kampf im Gange war. Für die Nichtkämpfer war es jetzt zu spät, das Gebäude zu verlassen. Sie suchten Schutz in den Kellern und hinter den Papierrollen in der Druckerei. Wir hatten immer noch die Hoffnung, dass die Arbeiterschaft von Berlin uns beistehen würde. Seit Tagen gingen gern geglaubte Gerüchte unter der „Vorwärts"-Besatzung um, dass hunderttausend Arbeiter im Rücken der Noske-Truppen aufmarschieren würden. [...] Es waren Illusionen."[11]

Der ungleiche Kampf währte nicht lange. Die „Potsdamer" zerschossen mit schweren Maschinengewehren die Fensterscheiben und Fassaden des „Vorwärts"-Gebäudes und der benachbarten Häuser. Als die Besetzer sich nach zwei Stunden noch nicht ergeben hatten, begann das Artilleriefeuer der Regierungstruppen. „Die Granaten durch-

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Wilhelm Reinhard: 1918-19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933, S. 75.

11 Karl Retzlaw: Spartakus. Aufstand und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1976, S. 118.

Sanitäter bringen während des Januaraufstands Verletzte in Sicherheit.
Abbildung: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

schlugen die Wände, rissen die Erker hinunter und hüllten das Gebäude in eine Staubwolke ein. In den Räumen war der Staub so dicht, dass wir vielfach nichts mehr sehen konnten, in einigen Räumen brach durch Treffer in die Gasleitungen Feuer aus." Panik breitete sich aus. In dem Zimmer, in dem sich die Leitung der Besatzung befand, wurde heftig diskutiert. Karl Grubusch, der Leiter der Besatzung, wurde bestürmt, den Widerstand aufzugeben und das Gebäude zu übergeben. Grubusch und der Dichter Werner Möller erboten sich, eine Delegation als Parlamentäre anzuführen, um über die Übergabe zu verhandeln. Weiße Tücher schwenkend und durch entsprechende Abzeichen kenntlich gemacht, verließen sieben Parlamentäre das Haus. Zu ihnen gehörte auch der Redakteur Wolfgang Fernbach. Dieser gehörte nicht zur Besatzung. Er war erst am Nachmittag des 10. Januar in das Gebäude gegangen, um jemand zu besuchen, und konnte wegen der Absperrung nicht mehr heraus. Die sieben Parlamentäre wurden in die Dragonerkaserne in der Belle-Alliance-Straße 6 abgeführt und dort an die Wand gestellt und erschossen. Möller wurde erst mit dem Bajonett erstochen, dann zerfetzte ihm ein Schuss den Unterkiefer, seine linke Gesichtshälfte war eingeschlagen. Ein anderer Mann war völlig unkenntlich, der Schädel war zertrümmert. Die Toten wurden ausgeraubt.

Auch die übrige „Vorwärts"-Besatzung gab alsbald auf. Einzeln und mit erhobenen Armen verließen sie das Gebäude.[12] Sie mussten sich in Viererreihen aufstellen und wurden mit erhobenen Armen gehend, unter Schlägen mit Gewehrkolben und Peitschen der Soldaten zur Dragonkaserne eskortiert. „Die Straßen waren umsäumt von Männern und Frauen, von denen einige mit Stöcken und Schirmen nach uns schlugen", erinnerte sich ein Beteiligter. In der Dragonkaserne mussten sie sich an die Mauer stellen, wo die zerschossenen und entstellten Leichen der Parlamentäre lagen.

Später wurden sie in das Zellengefängnis Moabit gebracht. Die Kommission des Vollzugsrats, die mit der Kontrolle der Gefangenen bestimmt war, schilderte, dass die Gefangenen dort schwer misshandelt wurden. Die Kommission hatte Gelegenheit mit dem Oberst Reinhard zu verhandeln: „Oberst Reinhard erklärte kategorisch, er werde morgen das Standrecht verhängen. Die eingelieferten Gefangenen würden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auf den Einwand der Kommission, dass das der Zusicherung des Volksbeauftragten und des Zentralrats widerspreche, erklärte Obert Reinhardt, er habe von niemand Befehle entgegenzunehmen, er sei Soldat, stehe auf vorgeschobenem Posten und habe selbständig zu bestimmen; er werde nur den Befehlen seiner militärischen Vorgesetzten Folge leisten." Nach einigen Tagen der Verhöre wurden die Gefangenen jedoch wieder freigelassen, und es wurden Verfahren gegen sie eröffnet. Andere Einheiten der Freikorps hatten ebenfalls in der Nacht vom 10. zum 11. Januar Angriffe auf das Druckereihaus Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro durchgeführt, die mit der Gefangennahme oder Flucht der Besatzungen endeten. Im Laufe des Nachmittags eroberte das „Regiment Reichstag" die Zeitungshäuser von Ullstein und Mosse zurück.[13]

Am 11. Januar waren die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet. Nur rund um das Polizeipräsidium wurde noch am 12. Januar gekämpft. Dennoch hielt die Regierung Ebert an dem einmal gefassten Entschluss fest, Berlin durch starke militärische Kräfte besetzen zu lassen. „Da der Aufstand", so Winkler, „bereits am 12. Januar endgültig niedergeschlagen war, gab es für den Einzug der Freikorps in Berlin keinen zwingenden militärischen Grund. Er erfolgte, weil Noske und die OHL weiteren Umsturzversuchen vorbeugen wollten, indem sie ein Exempel statuieren."[14] Dem eigentlichen Einmarsch der Freikorps nach einem genau festgelegten Plan des dem Oberbefehlshaber Noske unterstellten Generalkommandos Lütt-

12 Nach Oberst Wilhelm Reinhard waren es 300 Aufständische, die gefangengenommen wurden, darunter „250 russisch-polnische Juden mit fanatischen Gesichtern und etwa 50 bis 60 Russen in Uniform oder Teilen von ihr", vgl. Reinhard (wie Anm. 10), S. 76. Reinhard trat 1927 der NSDAP und 1935 der SS bei. 1941 erreichte er den Rang eines SS-Obergruppenführers.

13 Vgl. Friedrich Wilhelm von Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 270, ferner: Wolfram Wette: Noske: Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 326.

14 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, München 2002, S. 389 f.

Während des Januaraufstandes kam es zwischen linken Revolutionären und regierungstreuen Freikorpsverbänden zu bewaffneten Konflikten im Berliner Zeitungsviertel. Durch die Kämpfe wurden auch private Wohnungen in Mitleidenschaft gezogen.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

witz ging am 11. Januar eine militärische Demonstration durch das westliche Berlin voraus, die von Noske persönlich angeführt wurde. Nach dem Einmarsch der Freikorps patrouillierten diese zusammen mit den republikanischen Wehren durch die Innenstadt , doch gab es zwischen beiden Formationen immer wieder Auseinandersetzungen.

Die MSPD sprach davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. „Das Ende der Spartakus-Herrschaft" – so titelte der „Vorwärts" in seiner ersten Ausgabe nach seiner Wiederzulassung. In der darauffolgenden Ausgabe wandte sich das Blatt an die deutsche Bevölkerung: „An das deutsche Volk! Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irregeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und mit der Hilfe einer fremden Macht die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An den Widerstand des Volkes, ganz besonders auch der Arbeiterklasse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frevelhafte Unternehmen gescheitert."[15]

Was war der „Spartakusaufstand"?

Der Januaraufstand war eine spontane Erhebung. Weder die Revolutionären Obleute, noch die USPD, noch der Spartakusbund haben ihn geplant oder initiiert. Vorgesehen war nur eine reine Protestdemonstration gegen die geplante Absetzung von Emil Eichhorn. Doch dann beteiligten sich Hunderttausende an den Massenprotesten. Die Initiatoren waren selber von diesem Ausmaß völlig überrascht.

Was aber hat so viele Menschen auf die Straße getrieben? Die Absetzung von Emil Eichhorn kann nicht der alleinige Grund gewesen sein. Ganz offenkundig waren große Teile der Arbeiterschaft mit dem Gang der Entwicklung nach Beendigung des Krieges unzufrieden. Nach vier Jahren Krieg erwarteten sie einen wirklichen Neubeginn, den Bruch mit dem System, das ihnen einen mörderischen Krieg eingebracht hat. Viele Arbeiter machten den Kapitalismus für den Krieg verantwortlich. Sie wollten, dass die Schuldigen am Krieg zur Rechenschaft gezogen werden und erwarteten nun einschneidende demokratische Reformen, die den Weg frei machten für eine Entwicklung hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Ein Großteil der Demonstranten stand noch auf dem Boden des „Erfurter Programms". Dieses forderte ein allgemeines, demokratisches Wahlrecht und die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Voraussetzung sei die politische Macht in Händen der Arbeiterschaft. Diese Macht besaßen die Arbeitervertreter 1919, und sie hätten demokratische Reformen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen können.

Projekte, die von vielen Arbeitern erwartet wurden, waren u.a. folgende: der Aufbau einer republikanischen Volkswehr und die Abschaffung des alten militärischen Dünkel wie der Grußzwang außer Diensten, die Demokratisierung der zivilen Verwaltung und der Justiz und die Entlassung reaktionäre Beamte, die offen ihren Widerwillen gegen die Republik bekundeten. Weitere Projekte wären die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gewesen, die den Einfluss der ostelbischen Ritterguts-

15 Vorwärts, Nr. 23 vom 14.01.1919.

besitzer, die traditionell allen Bestrebungen nach Demokratie entgegengetreten waren, zurückzudrängen hätte können. Und die partielle Sozialisierung privater Unternehmen. Solche Maßnahmen hätten, wären sie durchgeführt worden, wahrscheinlich eine Aufbruchstimmung erzeugt. Grundlegende Reformen wurden aber entweder nicht angegangen oder verschleppt. Die Ankündigung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung war weiten Teilen der Arbeiterschaft zu wenig. Sie waren enttäuscht von der überaus zaghaften, zögerlichen Politik der MSPD-Führung. Von einer demokratischen Aufbruchstimmung war wenig zu spüren.

Die MSPD-Führung begründete ihr Verhalten damit, dass demokratische Strukturreformen einem frei gewählten Parlament vorbehalten sein sollten. Demokratische Reformen der Gesellschaft standen aber nicht im Gegensatz zu den Wahlen zur Nationalversammlung, sondern hätten diese wirkungsvoll unterstützt, und wenn tatsächlich einzelne Maßnahmen nicht dem Willen der Mehrheit entsprochen hätten, so hätte ein frei gewähltes Parlament diese auch wieder rückgängig machen können.

Ein anderes Argument der MSPD-Führung lautete, dass bei Einleitung grundlegender Reformen die Entwicklung außer Kontrolle geraten und in bolschewistische Verhältnisse „abrutschen" könnte, wobei zum Schluss in einem allgemeinen Chaos eine entschlossene Minderheit die Macht an sich reißt und der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Die Bolschewismusfurcht – so der SPD-Historiker Peter Lösche – war zu einem der wichtigsten Faktoren bei den politischen Entscheidungen der MSPD geworden.[16] Eine bolschewistische Bedrohung hat es aber zu keinem Zeitpunkt wirklich gegeben. Als der Revolutionsausschuss am Sonntag, den 5. Januar, unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration vom Vortag zum Sturz der Regierung aufrief, war die Situation tatsächlich noch unüberschaubar, keiner konnte voraussehen, was sich entwickeln würde. Die Massenproteste hätten lawinenartig auf andere Städte übergreifen und sich zu einer allgemeinen Volkserhebung ausweiten können. Solch ein Flächenbrand hat aber nicht stattgefunden. Am Dienstagabend, spätestens aber am Mittwoch, war absehbar, dass der propagierte Aufstand gescheitert war. Die Massenproteste blieben im Wesentlichen auf Berlin beschränkt und die Soldatenvertreter versagten die Unterstützung. Auch die Volksmarinedivision distanzierte sich von dem Revolutionsausschuss. Die Forderung „Sturz der Regierung" war im höchsten Maße abenteuerlich und verantwortungslos. Sie wurde aus der Situation heraus, spontan aufgestellt. Es gab aber überhaupt keine Strategie, wie die Regierung gestürzt werden sollte und kein Programm, was nach dem Sturz der Regierung kommen sollte. Der Aufstand verlief ziellos und führerlos, er konnte gar nicht erfolgreich sein. Am Mittwoch kam es zwar noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber zu keinen größeren Massendemonstrationen mehr. In dieser veränderten Situation hätte die MSPD flexibel reagieren müssen und nicht mit einem Aufruf, der wie Öl in die glimmende Flamme wirken musste. Der Abbruch der Verhandlungen und der Aufruf der Regierung mit der Drohung „Die Stunde der Abrechnung naht" sowie das Flugblatt der „Arbeitsstelle Berliner Studenten" hatten aufs Neue die Empörung und den Kampfeswillen in Teilen der Arbeiterschaft entfacht. Der Hinweis auf 1914 und die Behauptung, dass die Gefahr jetzt größer sei als damals, musste zusätzlich provozierend wirken, angesichts der Millionen Toten und des entsetzlichen Leids, das dieser Krieg über die Menschen gebracht hat.

Die MSPD-Führung – so Lösche – sah hinter dem Januaraufstand den Spartakusbund.[17] In dem Aufruf der Reichsregierung vom 8. Januar „Die Stunde der Abrechnung naht" hieß es: „Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht." Nach Beendigung der Januarunruhen sprach die MSPD Führung davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. Diese Aussagen stimmen in keiner Weise mit der Wirklichkeit überein. Es hat in Berlin zu keinem Zeitpunkt eine Spartakusherrschaft gegeben. Es gab auch keinen „Spartakusaufstand": Der Spartakusbund hat sich als eine kleine, aber entschlossene Minderheit lediglich an die Massenproteste angehängt, hat versucht, diese zu beeinflussen und „vorwärtszutreiben", aber mit nur sehr mäßigem Erfolg. Der Spartakusbund hatte zu keinem Zeitpunkt bestimmenden Einfluss auf die Massenproteste. Die Masse der Demonstranten waren keine Spartakus-Anhänger, die eine wie auch immer geartete Diktatur des Proletariats anstrebten, sondern die große Mehrheit der Demonstranten wollte die Nationalversammlung. Die meisten Demonstranten wollten aber mehr als nur Wahlen zur Nationalversammlung, Demokratie war für sie nicht nur die Abgabe eines Stimmzettels alle paar Jahre. Sie wollten zusätzlich soziale Reformen. Erst die Untätigkeit der MSPD-Führung auf diesem Gebiet hat so

16 Vgl. Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903-1920. Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 29, Berlin 1967, S. 164. „Das Hauptproblem der deutschen Innenpolitik", so Lösche, „wurde der Kampf gegen die Linke, sodass andere Fragen, wie die Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft unberücksichtigt blieben, ebd. S. 171.

17 Vgl. ebd., S. 171.

viele Menschen auf die Straße getrieben. Die MSPD-Führung sah aber in den Massenprotesten keine Aufforderung zum Handeln, sondern lediglich eine Bedrohung, den Auftakt zur bolschewistischen Revolution. Sie hat die Massenproteste völlig falsch eingeschätzt.

Der Spartakusbund hatte damals schätzungsweise 2000-3000 Anhänger. Es gibt keine genauen Angaben über die Mitgliederstärke. Hans Mommsen schätzt, dass der Spartakusbund „bestenfalls" einige Tausend Anhänger hatte.[18] Ossip Flechtheim und auch Walter Tormin erwähnen, dass die Schätzungen zwischen einigen tausend Mitgliedern und einigen hundert schwanken.[19] Peter von Oertzen schreibt, dass der Einfluss des Spartakusbundes auf die deutschen Arbeiter 1918/19 sehr schwach war.[20] Er hatte allerdings mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwei sehr populäre Führer, die mit ihrer kompromisslosen Haltung gegen den mörderischen Krieg sich viel Anerkennung und Achtung in breiten Arbeiterschichten erworben haben. Lösche berichtete sogar, dass es Zeiten gegeben habe, in denen der Name Liebknecht wie ein „Heiliger" genannt wurde.[21] Die Anerkennung vieler Arbeiter für die mutigen Friedenskämpfer bedeutete aber noch keine Zustimmung zu der Politik des Spartakusbundes während der Revolutionsereignisse. Der Spartakusbund hatte kein Aktionsprogramm, das einen praktischen, gangbaren Weg wies. Die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand nach russischem Vorbild war wirklichkeitsfremd und hat nur den rechten Kräften in die Hände gespielt. Wie die Masse der Arbeiter dachte, hat die Einigungsbewegung gezeigt. Die Arbeiter spürten, dass nur gemeinsam etwas erreicht werden kann, und zwar auf der Grundlage eines realistischen Programms. Die Forderungen des Spartakusbundes waren aber nicht realistisch, sie gingen völlig an dem Bewusstsein der großen Arbeitermasse vorbei wie auch an den realen Möglichkeiten. So blieb der Spartakusbund mit seiner sektiererischen Politik des „Alles oder Nichts" eine unbedeutende Randgruppe. In der sozialdemokratischen Berichterstattung wurde aber die bolschewistische Gefahr geradezu gespenstisch an die Wand gemalt. Kolb sprach von einer regelrechten Psychose, die herangezüchtet wurde.[22] Es wurde ein Popanz aufgebaut als Begründung für den brutalen Einsatz der Freikorps.

Friedrich Ebert und Gustav Noske am Königssee, 01. Januar 1919
Abbildung: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Am Freitag hat sich auch die KPD ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Die Zeitungsbesetzer waren völlig isoliert. Nicht nur die USPD auch die Einigungsbewegung forderte sie zur Aufgabe auf. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die Besetzer in dieser aussichtslosen Lage sich nicht zurückgezogen haben. Aber offenbar machten sie sich Illusionen über die Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft. In dieser Situation wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn auch der Spartakusbund die Besetzer zur Aufgabe aufgefordert hätte, auf ihn hätten die Besetzer wohl am ehesten gehört. Aber auch so war die gewaltsame Erstürmung durch die Freikorps überhaupt nicht notwendig. Arthur Rosenberg irrt, wenn er schreibt: „Die Gewaltanwendung gegen die Utopisten war nicht zu vermeiden. [...] Das Verhängnis für die deutsche Republik kam nicht dadurch, dass Noske Gewalt anwandte, sondern mit welchen Truppen er Gewalt anwandte."[23] Nicht nur der Einsatz der Freikorps, eine gewaltsame Auseinandersetzung hätte gänzlich vermieden werden können. Eine Umzingelung hätte völlig ausgereicht, um den Besetzern die Aussichtslosigkeit ihrer Lage klar zu machen. Es war nur eine Frage von wenigen Tagen, bis die Besetzer aufgegeben hätten. Die Besetzung der Zeitungshäuser war ein Ärgernis für die Republik, aber keine Gefahr und auch

18 Vgl. Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt am Main/Berlin 1989, S. 34.

19 Vgl. Ossip K. Flechtheim: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1948, S. 29; Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/1919. Düsseldorf 1954, S. 35. Beide beziehen sich auf die gleichen Quellen.

20 Vgl. Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin/Bonn 1976, S. 85.

21 Vgl. (wie Anm. 16), S. 172.

22 Vgl. Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962, S. 406.

23 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, 18. unveränd. Auflage, Frankfurt am Main 1977, S. 58 f.

die Wahlen zur Nationalversammlung wären durch sie nicht nachhaltig gestört worden. Es gibt keinen Zweifel: Wenn die MSPD-Führung gewollt hätte, hätte sie diesen Konflikt friedlich lösen können. Aber es gab innerhalb der MSPD-Führung Kräfte, die eine Verständigung nicht wollten, die ein Exempel statuieren wollten. Gustav Noske gehörte mit Sicherheit zu ihnen. Er hatte sich – wie er selbst schrieb – „auf das nachdrücklichste gegen einen Kompromiss ausgesprochen".[24] Die USPD-Unterhändler hatten ja schon am Dienstag den Eindruck, „dass die Regierung durchaus nicht alles daransetzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten."

Obwohl die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet waren, marschierte Noske am 11. Januar an der Spitze der Freikorps demonstrativ in die Stadt ein. Diese Machtdemonstration war ebenfalls völlig überflüssig; sie hat aber viel böses Blut erzeugt. Noske selber wurde in bestimmten Arbeiterkreisen zum bestgehassten Politiker. In der Literatur wird oft behauptet, dass Noske und die Mehrheitssozialdemokratie gar nichts anderes übrigblieb als gestützt auf die rechtsgerichteten Freikorps den Januaraufstand niederzuschlagen. Dabei werden die Zusammenhänge oft falsch dargestellt. So schreibt beispielsweise Armin Fuhrer in seiner Thälmann-Biographie: „Noske kann sich nur auf wenige regierungstreue Truppen in Berlin stützen – so greift er notgedrungen auf das rechtsgerichtete Freikorps des Generals von Lüttwitz zurück. Auf seinen Befehl hin wird der Aufstand am 12. Januar 1919 niedergeschlagen."[25] Der Aufstand wurde nicht am 12. Januar niedergeschlagen, er war bereits vorher in sich zusammengebrochen. Als Noske mit seinen Truppen in Berlin einzog, meldete ihm der Berliner Stadtkommandant, Anton Fischer, „dass nichts mehr zu tun sei, als die Ordnung nun aufrecht zu erhalten und die Waffenabgabe zu erzwingen".[26] Auch ist es falsch, dass Noske sich in Berlin nur auf wenige regierungstreue Truppen stützen konnte. Neben dem Regiment Reinhard gab es in Berlin das „Regiment Liebe" und das „Regiment Reichstag" als republikanische Formationen. Der Berliner Stadtkommandant gab rückblickend eine recht positive Einschätzung der beiden Regimenter. Sie hätten „in einwandfreier Weise mit Bravour, Geschick und vielen blutigen Opfern Berlin und die Regierung wieder auf die

Die Konterfeis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf der Wand des Denkmals am Landwehrkanal in Berlin, in den man die Leiche Rosa Luxemburgs nach ihrer Ermordung geworfen hatte.
Abbildung. picture alliance/ Ulrich Baumgarten

alten Füße gestellt, Ordnung und Sicherheit geschaffen", und zwar bevor die Noskeschen Freikorps überhaupt eingegriffen hätten.[27] Tatsache ist, dass die beiden republikanischen Formationen den Schutz eines großen Stadtteils rings um den Reichstag übernommen und sich aktiv an der Rückeroberung der von den Aufständischen besetzten Zeitungsgebäude beteiligt haben. Es spricht vieles dafür, dass in Berlin zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die beiden republikanischen Regimenter ausgereicht hätten. Jedenfalls hat der Einmarsch der Freikorps nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen, sondern war wiederum Quelle neuer Gewalt wie die brutale Ermordung der „Vorwärts"-Besetzer, die willkürliche Verhaftung von Ledebour und die bestialische Ermordung von Luxemburg und Liebknecht mit aller Deutlichkeit gezeigt haben.

Die MSPD-Führung hat die Gefahr einer Gegenrevolution völlig unterschätzt. Sie hat sich der Freikorps bedient, was zumindest in diesem Ausmaß gar nicht notwendig war. Problematisch war dabei vor allem auch, dass sie keine wirkliche Kontrolle über die Tätigkeit der Freikorps hatte – diese handelten vielmehr weitgehend eigenständig, in vielen Fällen willkürlich. Dabei gab es militärpolitische Alternativen zu dem Freikorpseinsatz. Hätte Noske nicht einseitig eine Freikorpspolitik betrieben, sondern die republikanischen Verbände ausgebaut – der Einsatz der Freikorps wäre weitestgehend entbehrlich gewesen. Charakteristisch für die damalige verfahrene Lage war auch, dass in keiner Kabinettssitzung jemals über Noskes Militärpolitik debattiert wurde. „Es gab kei-

24 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 73.

25 Armin Fuhrer: Ernst Thälmann: Soldat des Proletariats. München 2011, S. 66.

26 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 327.

27 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 326.

nen Beschluss darüber, an welcher politischen Linie sich Noske orientieren sollte, und es gab auch keine Kritik an dem Weg, den er dann von sich aus eingeschlagen hatte. Es hat den Anschein, als ob die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissell ihren Kollegen Noske ganz einfach dankbar waren für seine Bereitschaft, die ‚Dreckarbeit' zu erledigen [...]."[28] Während die führenden Mehrheitssozialdemokraten ständig eine bolschewistische Gefahr beschworen, die es in Wirklichkeit so gar nicht gab, ignorierten sie die Gefahren, die sich aus der Zusammenarbeit mit den Freikorps und den alten Mächten ergab. Für sie war entscheidend, dass an der Staatsspitze ein Wechsel stattgefunden hat, damit sah sie die Herrschaftsorganisation der gestürzten Klasse als beseitigt und damit auch die Gefahr einer Gegenrevolution. Sie übersah dabei völlig, dass der gesamte gesellschaftliche Unterbau – die Verwaltung, die Justiz, der Militärapparat – nahezu unangetastet geblieben war und nach wie vor von Kräften dominiert wurden, die der neuen Ordnung ablehnend bis feindlich gegenüberstanden. Als am 20. November 1918 im Kabinett von Seiten der USPD die Entlassung Hindenburgs gefordert wurde, antwortete Ebert, Hindenburg habe auf Ehrenwort versichert, hinter der neuen Regierung zu stehen, es bestehe kein triftiger Grund, gegen ihn vorzugehen.[29] Besonders deutlich hat der Zentralrats-Vorsitzende Robert Leinert die Haltung der führenden Mehrheitssozialisten gegenüber den Freikorpsführern ausgedrückt: „Ich befürchte auch keine Konterrevolution. Denn die Leute müssen ja auf unsere Regierung einen Eid ablegen."[30] Diese Vertrauensseligkeit wurde spätestens mit dem Kapp-Putsch bitter enttäuscht.

Haben die führenden Mehrheitssozialdemokraten tatsächlich an die bolschewistische Gefahr geglaubt, oder war dies nur vorgeschoben, weil sie grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gar nicht wollten oder Angst vor solchen Veränderungen hatten? Auf einige wird dies sicherlich zutreffen, doch ist diese Frage im Nachhinein nur sehr schwer zu beantworten. Sicher ist aber auch, dass das Handeln führender Sozialdemokraten maßgeblich von der Furcht vor dem Bolschewismus mitbestimmt gewesen war, wobei die Politik des Spartakusbundes zu dieser Angst nicht unwesentlich beigetragen hat. Aber nicht nur in der Retrospektive, sondern auch schon damals war erkennbar, dass eine bolschewistische Gefahr nicht ernsthaft existierte. Die MSPD hatte die Möglichkeit, zusammen mit Teilen der USPD und gestützt auf große Teile der Räte grundlegende gesellschaftliche Reformen in die Wege zu leiten. Damit hätte sie zugleich auch den radikaleren, utopistischen Bestrebungen den Wind aus den Segeln genommen. Auf diese Weise wäre eine stabile demokratische Ordnung mit sozialistischen Elementen entstanden, die als kämpferische Demokratie auch energischer gegen die zahlreichen paramilitärischen und antisemitischen Verbände hätte vorgehen können. Die MSPD tat dies nicht – sie hat damit eine einmalige historische Chance verspielt. Es war nicht nur die Furcht vor dem Bolschewismus, sondern vor allem auch die Angst vor der Verantwortung, die das Handeln der führenden Sozialdemokraten bestimmt hat.[31] Als der MSPD in den Revolutionsereignissen von 1918/19 ohne ihr Zutun und gegen ihren Willen die Macht zufiel, hatte sie kein Konzept eines schrittweisen Übergangs zu einer neuen Ordnung. „Von der ersten Stunde an war es ihr Anliegen, den revolutionären Strom so schnell wie möglich in das kanalisierte Flussbett einer Wahlkampagne zu leiten; auf diesem Terrain fühlte sie sich sicher, während ihnen die Herrschaftsausübung ungewohnt und die alleinige Verantwortung zu tragen, unerträglich war."[32] Die Nationalversammlung erschien ihr als „der Rettungsanker in einem Meer der Unsicherheit [...]".[33] So bedeutsam das unbeirrte Eintreten der MSPD für die Nationalversammlung auch war, so einseitig und unvollkommen war andererseits doch diese Politik, da der Kampf für die Parlamentarisierung nicht eingebettet war in ein Gesamtkonzept einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Ein schlichtes Entweder – Oder hat es nicht gegeben, es gab die Möglichkeit eines „dritten Weges". Es gab die Möglichkeit, gestützt auf die Volksbewegung eine fortschrittliche demokratische Republik mit sozialistischen Zügen zu errichten, eine Republik, die wohl stabil genug gewesen wäre, um das Aufkommen des Nationalsozialismus zu verhindern.

28 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 329.

29 Ebd.

30 Vgl. Kolb (wie Anm. 22), S.179

31 So stellt auch Tormin fest: „Der SPD fehlte oft der Mut zur Verantwortung und es fehlten ihr wohl auch die geeigneten Persönlichkeiten [...]." Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954, S. 132.

32 Kolb (wie Anm. 22), S. 181.

33 Ebd.

Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919

von Walter Mühlhausen

Nach der letzten Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 21. August 1919 treten der soeben auf die neue Reichsverfassung vereidigte Reichspräsident Friedrich Ebert (über der linken Säule) und der Präsident der Nationalversammlung, Constantin Fehrenbach (r. neben Ebert), auf den Balkon des Nationaltheaters. *Abbildung: Deutsches Historisches Museum, Berlin*

Das Ende der Verfassungsarbeit in Weimar

Beginnen wir mit dem Schlussakkord:[1] Das Eingangsbild stammt vom 21. August 1919; Ort der Handlung: Weimar. Auf dem Balkon des Nationaltheaters versammeln sich Vertreter von Regierung und Parlament. Im doppelten Sinne dokumentiert die Aufnahme ein Ende: Die hier seit dem 6. Februar 1919 tagende Nationalversammlung, die in Weimar 85 ihrer ersten 86 Sitzungen abhielt, kommt am 21. August zum letzten Mal in der Residenzstadt des einstigen Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach zusammen. Zugleich markiert dieser Tag auch das Ende der Arbeit an der Reichsverfassung, denn mit der Vereidigung von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) auf die am 31. Juli verabschiedete „Verfassung des Deutschen Reichs“ ist das Werk vollendet. Der eigentliche Geburtstag der Weimarer Verfassung aber ist der 11. August 1919, der Tag, an dem sie vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden ist und der ab 1921 als nationaler Festtag begangen werden wird, ohne ein offizieller Nationalfeiertag zu sein.

Der „Rat der Volksbeauftragten“, die revolutionäre Übergangsregierung, hatte am 14. Januar 1919 über den Tagungsort der Nationalversammlung befunden, wobei das Plädoyer des Vorsitzenden Friedrich Ebert letztlich den Ausschlag gab. Drei Gründe sprachen für die Stadt Weimar mit ihren 37.000 Einwohnern: Sie galt im Gegensatz zu Berlin, wo noch die Januar-Unruhen der linksradikalen Kräfte, der sogenannte „Spartakus-Aufstand“, nachwirkten, als ein sicherer Ort. Außerdem äußerten die Länder im Süden und Westen Deutschlands Bedenken gegen die Reichshauptstadt als Versammlungsstätte. Die Wahl eines Ortes in der Mitte des Reiches würde daher, so Ebert, den Einheitsgedanken und die Zusammengehörigkeit im Reich fördern: „Es wird in der ganzen Welt angenehm empfunden werden, wenn man den Geist von Weimar mit dem Aufbau des neuen Deutschen Reiches verbindet.“[2] Der Geist der Stadt der deutschen Klassik, der Stadt Goethes und Schillers, sollte auch auf die neue Republik strahlen und als Leitlinie für die republikanische Verfassungsschöpfung dienen.

Mit der Vereidigung des republikanischen Staatsoberhaupts am 21. August endete die Nationalversammlungsperiode in Weimar, und auch die Verfassungsarbeit fand ihren eigentlichen Abschluss. Gegen 17 Uhr betrat der am 11. Februar zum Reichspräsidenten gewählte Friedrich Ebert gemeinsam mit dem Präsidenten der Nationalversammlung, Constantin Fehrenbach von der Zentrumspartei, den in den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geschmückten Saal. Ebert leistete den in Artikel 42 der Verfassung vorgeschriebenen Eid, verzichtete jedoch auf eine religiöse Beteuerung. Wie die meisten Sozialdemokraten seiner Alterskohorte war der katholisch getaufte Ebert aus der Kirche ausgetreten.

Nach der Wahl Friedrich Eberts (Bildmitte mit hellem Hut) zum Reichspräsidenten vor dem Nationaltheater am 11. Februar: Ein Hoch auf das soeben gewählte erste demokratische Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte, ausgebracht mit schwungvoller Armbewegung vom späteren Reichsminister Adolf Köster (SPD).
Abbildung: Bundesarchiv Berlin

Nach seiner Dankesrede an die Nationalversammlung begab er sich auf den Balkon des Theaters, wo er das Wort an die Weimarer Bevölkerung richtete.[3] Die Arbeit im Thüringischen war vollbracht. Regierungsspitzen und Parlamentarier verließen die Stadt. Die Nationalversammlung tagte von nun an in Berlin, bis der im Juni 1920 gewählte erste Reichstag an ihre Stelle trat.

Der Beginn der Demokratie in Weimar

Das Verfassungsparlament war am 19. Januar 1919 gewählt worden; den Termin hatte der Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember

1 Gekürzte und mit Anmerkungen versehene Fassung von Walter Mühlhausen: Die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 (Reihe „Die Geschichte hinter dem Bild“ der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), Erfurt 2019.

2 Die Regierung der Volksbeauftragten. Zwei Teile, eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, Teil 2, S. 225; vgl. Heiko Holste: Warum Weimar? Wie Deutschlands erste Republik zu ihrem Geburtsort kam, Köln/Wien/Weimar 2018, S. 125 ff. und S. 147 ff.

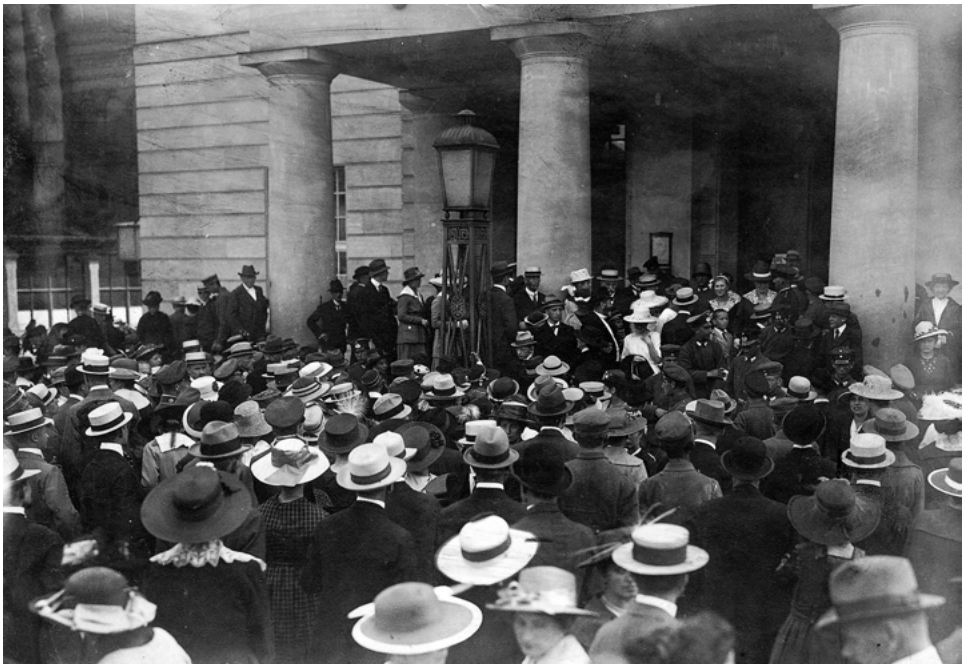
3 Beide Reden im Wortlaut in: Walter Mühlhausen (Hg.): Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925), Bonn 2017, S. 87 ff.

1918 mit einer großen Mehrheit von 8:1 festgelegt. Mit seiner gleichzeitigen glatten Absage an das Rätesystem wies der Revolutionskonvent den Weg in die parlamentarische Demokratie. Im Januar dann durften erstmals auch Frauen reichsweit wählen und auch gewählt werden. Die Einführung des Frauenwahlrechts hatte die Revolutionsregierung am 12. November 1918 verfügt. Zugleich war das Verhältniswahlsystem anstatt des den Wählerwillen verzerrt widerspiegelnden Mehrheitswahlrechts des Kaiserreiches verordnet und das Wahlalter auf 21 Jahre abgesenkt worden. In den ersten wirklich freien, allgemeinen und geheimen Wahlen lag die SPD mit 37,9 Prozent weit vorn. Die USPD erzielte 7,6 Prozent. Die eine Räteherrschaft anstrebende revolutionäre Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), zu diesem Zeitpunkt noch eine Splittergruppe, kandidierte aus Ablehnung der parlamentarischen Demokratie nicht. Auf Platz zwei kam die katholische Zentrumspartei mit 19,7 Prozent. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) verbuchte 18,5 Prozent, ihre rechtsliberale Konkurrenz, die Deutsche Volkspartei (DVP), lediglich 4,4 Prozent. Die dem untergegangenen Kaiserreich nachtrauernde konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) brachte es auf immerhin 10,3 Prozent. Die 423 Abgeordneten verteilten sich wie folgt: SPD 165, USPD 22, DDP 75, Zentrum 90, DVP 22, DNVP 43, andere 6. Unter ihnen befanden sich nur 37 Frauen. Das entsprach einem Frauenanteil von 8,7 Prozent. Während der gesamten Republik sollte sich die Frauenquote im Reichstag in etwa auf dieser Höhe bewegen.

Die beiden SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (vorne mittig) und Philipp Scheidemann (oben auf der Treppe) sowie Eduard David (hinter Ebert auf der Treppe) verlassen im Februar 1919 das Volkshaus, Tagungsort der SPD-Fraktion während der Beratungen in Weimar. Alle drei übernehmen zentrale Staatsämter: Die Nationalversammlung wählt Eduard David am 7. Februar zu ihrem Präsidenten (ihm folgt geraume Zeit später der Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach in dieses Amt) und Friedrich Ebert am 11. Februar zum Reichspräsidenten. Zwei Tage danach stellt Philipp Scheidemann als Reichsministerpräsident (Reichskanzler) dem Parlament seine Regierung der Weimarer Koalition vor.
Abbildung: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

Nach der Eröffnung am 6. Februar widmete sich die Nationalversammlung ihren zentralen Aufgaben: der Besetzung der obersten Regierungsorgane, also von Reichspräsident und Regierung, der Ausarbeitung einer Verfassung und dem Abschluss eines Friedensvertrages. Die Versammlung wählte am 11. Februar Ebert zum Reichspräsidenten, der ebenfalls auf das höchste Staatsamt Anspruch anmeldende Philipp Scheidemann, der andere SPD-Vorsitzende, musste sich mit dem Posten des Regierungschefs (offizieller Titel: „Reichsministerpräsident“) begnügen. Seine „Weimarer Koalition“ aus SPD, Zentrum und DDP konnte sich auf eine komfortable Dreiviertelmehrheit stützen, zerplatzte aber bereits im Juni 1919 an der Entscheidung über den Friedensvertrag.

Die eigentliche Verfassungsarbeit war überlagert von der Frage der künftigen Friedensordnung. Als die Siegermächte am 7. Mai 1919 den ohne vorherige Verhandlungen mit dem besiegten Deutschland zustande gekommenen Entwurf präsentierten, ging ein Aufschrei durch das Land. Mit Gebietsabtretungen, Reparationen und Einschränkungen der Souveränität sowie der Zuweisung der Schuld am Weltkrieg wurde er als erniedrigend und unannehmbar empfunden. Das verzweifelte, letztendlich vergebliche Hoffen auf Verbesserungen und das Ringen um die Annahme absorbierten wesentliche Kräfte des Parlaments. Das Kabinett Scheidemann trat zurück, nachdem es ein Patt zwischen den Ministern ergeben hatte, die den Vertrag strikt ablehnen wollten, und jenen, die ihn zähneknirschend anzunehmen bereit waren. Der Nationalversammlung blieb schließlich keine andere Wahl, als am 22. und 23. Juni 1919 die vom Sozialdemokraten Gustav Bauer geführte neue Reichs-



Menschen vor dem Nationaltheater, vermutlich am 22. Juni 1919. An diesem Tag ermächtigt die Nationalversammlung die neue Regierung Gustav Bauer (SPD) mit 237 gegen 138 Stimmen zur Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

regierung, die nach dem Rückzug der DDP vorübergehend allein aus SPD und Zentrum bestand, zur Unterschrift unter den Versailler Vertrag zu ermächtigen.

Stufen der Verfassungsschöpfung

Während die Nationalversammlung beim Friedensvertrag zwangsweise die Altlasten des Kaiserreiches zu schultern hatte, ging sie mit Begeisterung an die Ausgestaltung der Verfassung, konnte sie doch in Eigenverantwortung den Weg in die Demokratie planieren.[4] Das hieß allerdings nicht, dass man einmütig agierte. Die Spannbreite der politischen Grundanschauungen reichte von überzeugten Anhängern der Republik bis hin zu ihren schärfsten Gegnern. Dazwischen agierten die „Vernunftrepublikaner" und „Herzensmonarchisten", die sich nur zögerlich mit der neuen Ordnung anfreunden konnten. Aufgrund der höchst unterschiedlichen Interessenlagen war die Arbeit an der Verfassung von Kontroversen und dem Aushandeln von Kompromissen geprägt.

Bis zur Verabschiedung der Verfassung galt das am 10. Februar vom Parlament beschlossene knappe „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt", das bereits die Grundstruktur der späteren Verfassungsorgane abbildete. Mit zwei weiteren Verordnungen wurden die Lücken der vorläufigen Verfassung geschlossen: durch das Übergangsgesetz vom 4. März und durch den Erlass des Reichspräsidenten über die Errichtung der obersten Reichsbehörden vom 21. März.

Eine wichtige Vorentscheidung für die Ausformung der Verfassung war mit der Berufung von Hugo Preuß zum Staatssekretär und damit zum Chef des Reichsamts des Innern am 15. November 1918 gefallen. Unter der Federführung von Preuß, einem Mann der Fortschrittspartei, der sich nach dem Sturz der Monarchie der DDP anschloss, wurde ein von liberaldemokratischem Gedankengut durchdrungener Verfassungsentwurf entwickelt.[5] Der Ursprungsentwurf enthielt bereits wesentliche Elemente der späteren Verfassung. So schuf Preuß im Misstrauen gegenüber den Parteien einen starken Präsidenten, den er als Sachwalter des Gemeinwohls verstanden wissen wollte. Der Entwurf wurde in den Gesprächen mit der Revolutionsregierung Mitte Januar 1919 um die von Preuß bewusst ausgelassenen Grundrechte erweitert. In den anschließenden Beratungen mit dem „Staatenausschuss", der Vertretung der Länder, erfuhr sein unitaristisches Konzept eine deutliche Abschwächung zugunsten der Länderrechte und einer Institutionalisierung des Ländereinflusses über den Bundesrat. Die von ihm angedachte territoriale Flurbereinigung durch die Schaffung etwa gleich großer Länder, was auf Zerschlagung des übermächtigen Preußen und Zusammenlegung der Kleinstaaten zielte, wehrten die Länder ab.

Am 24. Februar 1919 stellte Preuß den modifizierten Verfassungsentwurf der Nationalversammlung vor. Die eigentlichen Verfassungsberatungen fanden dann in dem 28-köpfigen Verfassungsausschuss statt, der nach der ersten

4 Für die Arbeit der Nationalversammlung vgl. grundlegend Heiko Bollmeyer: Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007, S. 185 ff.

5 Zu Preuß und seinen Einfluss auf die Verfassung vgl. jüngst Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten, Stuttgart 2018, S. 261 ff.

Generaldebatte im Plenum seine Arbeit am 4. März 1919 aufnahm. Entsprechend der Fraktionsstärke entsandten die Parteien ihre Vertreter: SPD elf, Zentrum sechs, DDP fünf, DNVP drei, DVP zwei und USPD einen. Zu seinem Vorsitzenden bestimmte der Ausschuss den Württemberger Conrad Haußmann (DDP). In zwei Beratungsrunden, deren erste vom 4. März bis zum 2. Juni und deren zweite dann vom 3. bis 18. Juni dauerte, wurde der Entwurf in insgesamt 42 Ausschusssitzungen in eine neue Form gegossen und schließlich dem Plenum zur Beschlussfassung vorgelegt. Es folgten dann noch sogenannte „Nachberatungen" in drei Zusammenkünften zwischen dem 23. Juni und 26. Juli (43. bis 45. Sitzung).[6] Die Mitglieder waren ausgewiesene Verfassungsexperten; darunter befanden sich 16 Juristen. Angesichts der Beratungen hinter verschlossenen Türen waren die Debatten weitgehend frei von polemischen Noten.

Ein grundlegender Streitpunkt kreiste um die Rechte des Reichspräsidenten. Schon bei der ersten Lesung am 28. Februar mahnte der SPD-Abgeordnete Richard Fischer vor zu weitreichenden Kompetenzen des Staatsoberhaupts. Er befürchtete, dass „eines Tages ein anderer Mann, aus einer anderen Partei, vielleicht sogar aus einer reaktionären, staatsstreichlüsternen Partei an dieser Stelle stehen wird" und die Verfassung gegen ihren Sinn verwenden könne.[7] Und in der zweiten Lesung am 5. Juli kamen Bedenken von Oskar Cohn (USPD), dass einmal ein „nichtsozialdemokratischer Präsident", ein Herr „von den Deutschnationalen" oder – wenn schon nicht gleich ein Mitglied des gewesenen Herrscherhauses – doch zumindest ein „Trabant der Hohenzollern, vielleicht ein General" dieses einflussreiche Amt bekleiden könne.[8] So müsse man sich fragen, wie ein solcher Amtsinhaber die Kompetenzen handhaben würde. Trotz diesen Mahnrufes wurde in der abschließenden dritten Lesung die Machtvollkommenheit des Reichspräsidenten sogar noch zementiert.

Die vom liberalen Parteiführer Friedrich Naumann angestoßene Diskussion um den knappen Grundrechtskatalog löste langatmige Debatten aus. Insgesamt erfuhr der Grundrechtsteil eine völlige Umgestaltung. Auch in der Schulfrage kam es zu heftigen Kontroversen, die beinahe zur Sprengung der Koalition geführt hätten und erst am Ende durch einen Kompromiss von SPD und Zentrum gelöst wurden. Zwar wurde als Regelschule die für alle Bekenntnisse gemeinsame „Simultanschule" verankert, aber auch die Möglichkeit des Aufbaus von Konfessionsschulen bei entsprechendem Elternwillen eröffnet.

Die Postkarte vermittelt einen Einblick in die Nationalversammlung während einer Sitzung im Nationaltheater im März 1919.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Es erscheint in der Rückschau doch etwas befremdlich, dass um die künftigen Reichsfarben ein Streit in ungewöhnlicher Schärfe entbrannte. Aber hier ging es um Symbolpolitik. Preuß hatte das kaiserliche Schwarz-Weiß-Rot durch das Schwarz-Rot-Gold der Revolution von 1848 ersetzt und damit bei weiten Teilen im bürgerlichen Lager einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Im Ausschuss mühte man sich um eine Lösung, beide Farbenspiele doch irgendwie zur Geltung zu bringen. Die Nationalversammlung schloss einen ebenso faulen wie fragwürdigen Kompromiss, der am 3. Juli mit 211 gegen

6 Minutiöser Überblick zur Verfassungsschöpfung bei Jörg-Detlef Kühne: Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung. Grundlagen und anfängliche Geltung, Düsseldorf 2018.

7 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326. Stenographische Berichte, Berlin 1920, S. 374.

8 Ebd., Bd. 327, S. 1330.

90 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde; 119 Abgeordnete fehlten.[9] Am Ende lautete Artikel 3: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Nur ganz verschämt bekannte sich die Handelsflagge zu den republikanischen Farben. Der für Befürworter wie Gegner der neuen Farben gleichermaßen wenig zufriedenstellende Kompromiss markierte den Beginn eines Farbenwirrwarrs, der durch spätere Ausführungsverordnungen zusätzlich verkompliziert wurde. Über die Farben drückte sich Gesinnung aus: Die Republikaner flaggten schwarz-rot-gold, die Republikgegner trugen das Schwarz-Weiß-Rot vor sich her. Eine Flaggenverordnung führte 1926 gar zum Sturz der Regierung des parteilosen Reichskanzlers Hans Luther.

Der vom Verfassungsausschuss entwickelte, gegenüber der ursprünglichen Fassung doch erheblich erweiterte Entwurf wurde im Plenum zwei abschließenden Lesungen unterzogen: Die zweite Lesung fand vom 3. bis 22. Juli, die dritte vom 29. bis 31. Juli statt. Hierbei wurden noch einige Veränderungen vorgenommen, wobei der Kompromiss zwischen den Regierungspartnern SPD und Zentrum in der leidenschaftlich diskutierten Schulfrage besondere Bedeutung besaß.

In der abschließenden dritten Lesung begründeten die Sprecher von DVP und DNVP ihr Nein zur Verfassung mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Republik; diese sei eine den Deutschen wesensfremde Staatsform und werde letztlich zu einer minderwertigen „Parteiherrschaft" führen. Demgegenüber lobten die Redner der drei verfassungstragenden Parteien SPD, Zentrum und DDP die neue staatsrechtliche Grundlage aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und Motiven, wenn auch jede für sich meinte Punkte der Kritik anmelden zu müssen. Aber allen drei Parteien war klar, dass zum Wesen der Demokratie auch der Kompromiss gehörte. Und dieser schlug sich in der Verfassung nieder. In einer Koalition konnte man das eigene Parteiprogramm nicht eins zu eins umsetzen. Gleichwohl konnten alle drei mit den in den strittigen Punkten ausgehandelten Artikeln leben.

Am 31. Juli verabschiedete das Parlament dann mit 262 Stimmen von SPD, Zentrum und DDP gegen 75 Stimmen von DVP, DNVP und USPD (bei einer Enthaltung) die „Verfassung des Deutschen Reichs". 86 Mandatsträger, darunter 67 aus den Reihen der verfassungstragenden Parteien (allein 44 der SPD), nahmen nicht an der namentlichen Abstimmung teil.[10] Da bei vielen lediglich ein „fehlt" (und kein „krank" oder „beurlaubt") vermerkt ist, dokumentiert dies ein Unbehagen im demokratischen Lager.

Dennoch: Gestützt auf mehr als drei Viertel der Abstimmenden, hinter denen auch drei Viertel des Wahlvolkes standen, war ein Staatsgrundgesetz geschaffen worden, das in aller Konsequenz auf dem Prinzip der Volkssouveränität basierte. Von daher erklärt sich die nahezu überschwängliche Reaktion von Reichsinnenminister Eduard David (SPD), der die Verfassung als die „einer sozialen Demokratie" feierte. Nirgends auf der Welt sei die Demokratie konsequenter verfassungsrechtlich fixiert worden: „Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie in der Welt."[11] Und Nationalversammlungspräsident Constantin Fehrenbach beendete die Sitzung am 31. Juli mit den Worten: „Wir stehen am Schlusse eines wichtigen, hochbedeutsamen Werkes, auf das die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung stolz sein kann."[12] In der Tat konnten die Verfassungsschöpfer auf ihr Werk stolz sein, aber: Die Verfassung mit Leben zu erfüllen, lag nun neben dem Parlament auch in anderen Händen. So war es Aufforderung und Mahnung zugleich, wenn Fehrenbach weiter ausführte: „So legen wir nun die Verfassung in die Hände des deutschen Volkes, das wir dadurch zum freiesten Volke der Erde gemacht haben. […] Die Grundlagen für freieste Betätigung aller im Volke schlummernden Kräfte im politischen und wirtschaftlichen Leben sind gelegt. […] Möge […] das deutsche Volk […] die ihm verliehene Freiheit ausnutzen […], immer nur bedacht auf das Wohl des Ganzen."[13] Würden das Volk und seine Vertreter ihre Chance zur freiheitlichen Gestaltung der Republik nutzen?

Die Unterzeichnung der Verfassung

Nachdem die Reichsverfassung von der Nationalversammlung verabschiedet worden war, benötigte sie – neben der Zeichnung durch die Mitglieder der Reichsregierung – noch die Unterschrift des Reichspräsidenten. Als Urkunde diente ein gedrucktes Exemplar aus der Beratungsphase, das in Druckschrift mit „Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs" überschrieben war. Kurzerhand strich man die Worte „Entwurf einer" und fügte stattdessen ein handschriftliches „Die" ein. Jetzt lautete die Überschrift:

9 Die namentliche Abstimmung in: ebd., Bd. 327, S. 1276 ff.

10 Ebd., Bd. 329, S. 2193 und S. 2197 ff.

11 Ebd., Bd. 329, S. 2195.

12 Ebd.

13 Ebd.

„Die Verfassung des Deutschen Reichs“. Später sollte sie weithin „Weimarer Verfassung“ oder „Weimarer Reichsverfassung“ genannt werden, schon unmittelbar nach ihrer Verabschiedung. Bereits Hugo Preuß hatte bei der Vorstellung des Verfassungsentwurfs am 24. Februar im Parlament von der „freistaatlichen deutschen Verfassung von Weimar“ gesprochen.[14] Und der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Conrad Haußmann, war in der dritten Lesung am 29. Juli der Ansicht, dass „diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und in der Weltgeschichte künftig den Namen ‚Weimarer Verfassung‘ führen“ solle[15],

Reichspräsident und Reichskanzler: Friedrich Ebert (r.) und seine Ehefrau Louise Ebert (2. v. r.) mit dem am 21. Juni 1919 zum Regierungschef ernannten Gustav Bauer (SPD) und dessen Frau Hedwig in Schwarzburg, wo Ebert am 11. August 1919 die Verfassung unterzeichnet.
Abbildung: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

14 Ebd., Bd. 326, S. 285.

15 Ebd., Bd. 328, S. 2083.

sozusagen als Dank an die Stadt. Nun – offiziell trug die Verfassung diesen Namen nicht, aber die Bezeichnung bürgerte sich ein, bis in die heutigen Tage.

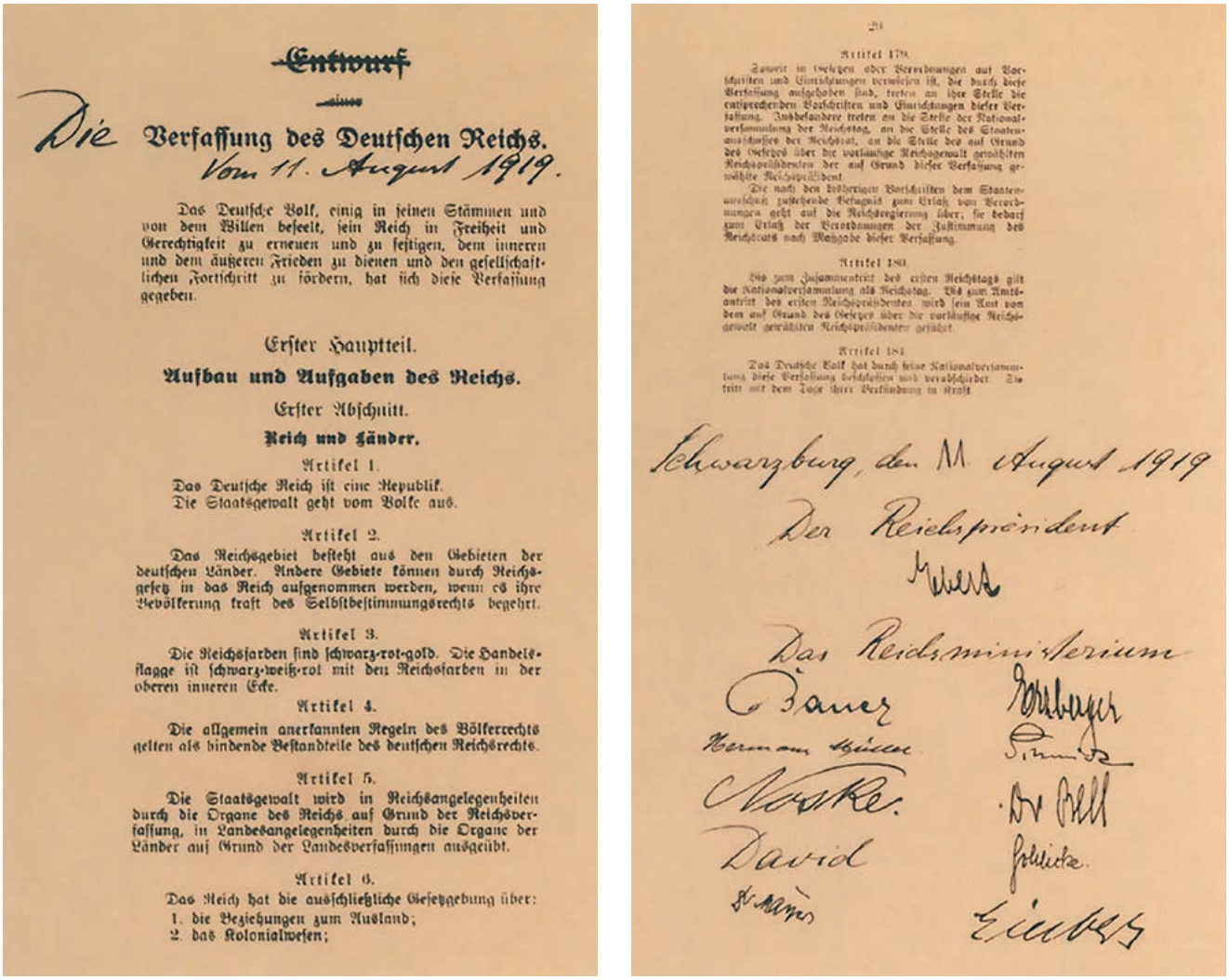
Doch taucht der Name der Stadt an der Ilm nicht am Ende des Verfassungsdokuments vor den Unterschriften von Reichspräsident und der Kabinettsmitglieder auf, sondern der des kleinen thüringischen Erholungsortes Schwarzburg ca. 60 km südlich von Weimar. Der Grund: Hier machte Reichspräsident Friedrich Ebert seit dem 29. Juli mit seiner Ehefrau Louise Urlaub. [16] Die zur Unterzeichnung vorbereitete Verfassungsurkunde wurde durch einen Referenten des Reichsinnenministeriums ins Schwarzatal gebracht, wo sie der Reichspräsident am 11. August unterzeichnete, dabei Datum und Ort handschriftlich einfügte. In der Ausgabe des Reichsgesetzblatts vom 14. August wurde die Verfassung dann verkündet und damit rechtskräftig.

Die Weimarer Verfassung

Seit dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 schwebte über allem die Frage: Was soll aus Deutschland werden? Die Verfassungsschöpfer schufen in Artikel 1 Klarheit: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Volk als Inhaber der Macht stand im Zentrum der Republik als der neuen Staatsordnung. Die neue Reichsverfassung sollte die Geburtsfehler der Bismarck‘schen Verfassung von 1871 überwinden. Mit ihren 181 Einzelartikeln ging die republikanische Verfassung weit über ihre Vorläuferin mit ihren 57 Artikeln hinaus und sollte auch vor dem Bonner Grundgesetz von 1949 mit seinen 146 liegen. Im Gegensatz zum Grundgesetz konnte sich die Weimarer Verfassung der (indirekten) Weihen des Volkes rühmen, waren doch die Mandatsträger aus einer demokratischen Volkswahl hervorgegangen und nicht wie 1948 die 61 Väter und vier Mütter des Grundgesetzes von den Landtagen nach Parteienproporz delegiert worden.

Oberste Volksvertretung nach der Reichsverfassung war der alle vier Jahre zu wählende Reichstag, der das Recht der Gesetzgebung und der Kontrolle der Exekutiven besaß. Der Reichstag musste bei der Kanzlerkür nicht einbezogen werden, konnte aber über ein Misstrauensvotum den Rücktritt des Kanzlers oder eines Ministers erzwingen. In diesem Fall konnte der Reichspräsident in die Bresche springen, der in geschickter Ausnutzung sei-

16 Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert in Weimar und Schwarzburg 1919, hg. vom Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Erfurt 2019, S. 25 ff.



~~Entwurf~~
~~eines~~

Die Verfassung des Deutschen Reichs.
Vom 11. August 1919.

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Erster Hauptteil.

Aufbau und Aufgaben des Reichs.

Erster Abschnitt.

Reich und Länder.

Artikel 1.

Das Deutsche Reich ist eine Republik.
Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 2.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Artikel 3.

Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 4.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.

Artikel 5.

Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt.

Artikel 6.

Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über:
1. die Beziehungen zum Ausland;
2. das Kolonialwesen;

Artikel 179.

Soweit in Gesetzen oder Verordnungen auf Vorschriften und Einrichtungen verwiesen ist, die durch diese Verfassung aufgehoben sind, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften und Einrichtungen dieser Verfassung. Insbesondere treten an die Stelle der Nationalversammlung der Reichstag, an die Stelle des Staatenausschusses der Reichsrat, an die Stelle des auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt gewählten Reichspräsidenten der auf Grund dieser Verfassung gewählte Reichspräsident.

Die nach den bisherigen Vorschriften dem Staatenausschuß zustehende Befugnis zum Erlaß von Verordnungen geht auf die Reichsregierung über; sie bedarf zum Erlaß der Verordnungen der Zustimmung des Reichsrats nach Maßgabe dieser Verfassung.

Artikel 180.

Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag. Bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten wird sein Amt von dem auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt gewählten Reichspräsidenten geführt.

Artikel 181.

Das Deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Schwarzburg, den 11. August 1919

Der Reichspräsident
Ebert

Das Reichsministerium
Bauer
Hermann Müller
Noske.
David
Dr. Bell

Erzberger
Schmidt
Schlicke.
Giesberts

Erste und letzte Seite der „Verfassung des Deutschen Reichs". Sie ist von Reichspräsident Friedrich Ebert am 11. August 1919 in Schwarzburg unterzeichnet worden. Darunter befinden sich die Unterschriften des Kabinetts; in der linken Spalte von oben nach unten: Reichskanzler Gustav Bauer (SPD), Reichsaußenminister Hermann Müller (SPD), Reichswehrminister Gustav Noske (SPD), Reichsinnenminister Eduard David (SPD), Reichsschatzminister Wilhelm Mayer (Zentrum); in der rechten Spalte: Reichsfinanzminister Matthias Erzberger (Zentrum), Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister Robert Schmidt (SPD), Reichskolonialminister Johannes Bell (Zentrum), Reichsarbeitsminister Alexander Schlicke (SPD) und Reichspostminister Johann Giesberts (Zentrum).
Abbildung: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

ner Rechte die Demokratie auszuhebeln imstande war. Artikel 48, mit dem er Maßnahmen zur Sicherung von Ruhe und Ordnung ergreifen und Grundrechte vorübergehend außer Kraft setzen konnte, machte ihn praktisch auch zum unbeschränkten Ersatzgesetzgeber, denn ein die Anwendung begrenzendes Ausführungsgesetz wurde nie erlassen.

Artikel 48 bot auch die Möglichkeit zur Disziplinierung verfassungswidrig handelnder Länder, die über den Reichsrat mitbestimmen konnten. Einsprüche der Ländervertretung konnte der Reichstag jedoch mit Zweidrittelmehrheit abweisen. Am Übergewicht Preußens und an der Existenz von kleinen Staaten rüttelte die Verfassung nicht. Das Reich war damit weiter belastet von einem Ungleichgewicht der Länder, das sich allerdings nicht voll im Reichsrat niederschlug. Obwohl die Stimmenzahl von Größe und Einwohnerzahl abhängig war, durfte kein Land über mehr als 40 Prozent der Stimmen verfügen, womit die Vertretung des mächtigen Preußen begrenzt wurde, das mehr als 60 Prozent der Gesamtfläche des Reiches und der Gesamtbevölkerung besaß.

Der Reichsrat war Forum der Mitbestimmung der Länder, wenn er auch im Vergleich zum Bundesrat des Kaiserreiches mit weniger Rechten ausgestattet war. Ohnehin hatte die Reichsverfassung zu einer Schwächung der Länder geführt. Die Stärkung der Reichsgewalt führte zu manch überzogener Kritik aus dem deutschen Südwesten. Kompetenzen im Steuer-, Post- und Verkehrswesen

Das Nationaltheater von Weimar mit dem Standbild von Goethe und Schiller im Vordergrund
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

gingen zu Lasten der Länder. Darüber hinaus büßten sie auch ihre Rechte auf militärischem Gebiet ein. Alles in allem wurde jedoch eine solide Basis für das Verhältnis von Reich und Ländern gelegt. Mit der Verfassung war die seit Kriegsende und Revolution latente Gefahr eines Auseinanderfallens des gemeinschaftlichen Gefüges gebannt.

Neben liberalen Grundrechten fanden auch sozialstaatliche Prinzipien Einzug, die den Staat zur Fürsorge und zur sozialen Sicherung der Bürger verpflichteten. Der Katalog der „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" umfasste allein 57 Artikel. Dieser zunächst in Anlehnung an die Verfassung der Paulskirche von 1848 entstandene, dann später stark erweiterte zweite Hauptteil war nicht aus einem Guss, sondern spiegelte die unterschiedlichen Interessenlagen der Parteien und Gruppen wider. Jeder hatte etwas von sich hineingebracht.

Der erste Artikel dieses Abschnitts war einer der bedeutendsten: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten". Das klang höchst fortschrittlich, war es letztlich auch, aber das „grundsätzlich" entpuppte sich als folgenschwere Einschränkung. So blieb die Ungleichheit im Privatrecht bestehen, besonders im Ehe- und Familienrecht, das die Frauen nach wie vor entmündigte. In der Gesellschaft und Wirtschaft weiter um die Gleichberechtigung ringend, hatte die Frau zumindest an der Wahlurne das gleiche Gewicht wie der Mann.

Zur Umsetzung der zentralen sozialstaatlichen Bestimmungen wie jener in Artikel 155, wonach der Staat darauf bedacht sein müsse, „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern", fehlten jedoch in der permanenten Finanz- und Wirtschaftskrise von Weimar die staatlichen Ressourcen. Sozialpolitik war (und ist heute noch) bei allem Willen von Regierung und

Parlament zu einer Sozialreform ganz entscheidend abhängig von der ökonomischen Kraft des Gemeinwesens.

Im wirtschaftlichen Bereich ragte der Betriebsräteartikel heraus, der den Arbeitnehmervertretungen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Mitbestimmungsrechte gewährte. Die Sozialpartnerschaft wurde verankert, man sprach von Gleichberechtigung der Arbeiter und Angestellten mit den Unternehmern. Auf einigen Feldern prägte Offenheit die Verfassung, die Reformen ermöglichte, ohne sie selbst zu verankern. Das galt für die nur unbestimmt als Zielperspektive erwähnte Sozialisierung.

Ein Kompromiss schlug sich in dem Abschnitt über Bildung und Schule nieder, der insgesamt aber mit dem Grundsatz der Chancengleichheit im Bildungswesen ernst machen wollte. Die Verfassung trug in weiten Teilen Kompromisscharakter; aber aus dem Kompromiss der Verfassungsschöpfer entwickelte sich kein dauerhafter gesellschaftlicher Konsens, sondern mit den Kräfteverschiebungen der Parteien wuchsen aus den ausgehandelten Formeln die Konfliktherde.

Zwischen Volksherrschaft und Ersatzkaisertum – Problemfelder einer Verfassung

Die mit hohen Hürden versehene Volksgesetzgebung machte einen der Wesenskerne der Verfassung aus, denn über die Möglichkeiten des Plebiszits sollten die Interessen der Bürger stärkere Berücksichtigung finden und das Volk im Sinne von demokratischer Teilhabe auch politisieren. Es schimmerte hier Vertrauen in das Volk, aber auch Misstrauen gegenüber den Parteien durch, denn letztendlich sollte die plebiszitäre Komponente einen (vermeintlichen) abgehobenen „Parlamentsabsolutismus“ korrigieren. Insofern konnte die Volksgesetzgebung disziplinierend auf die Parlamentarier wirken.

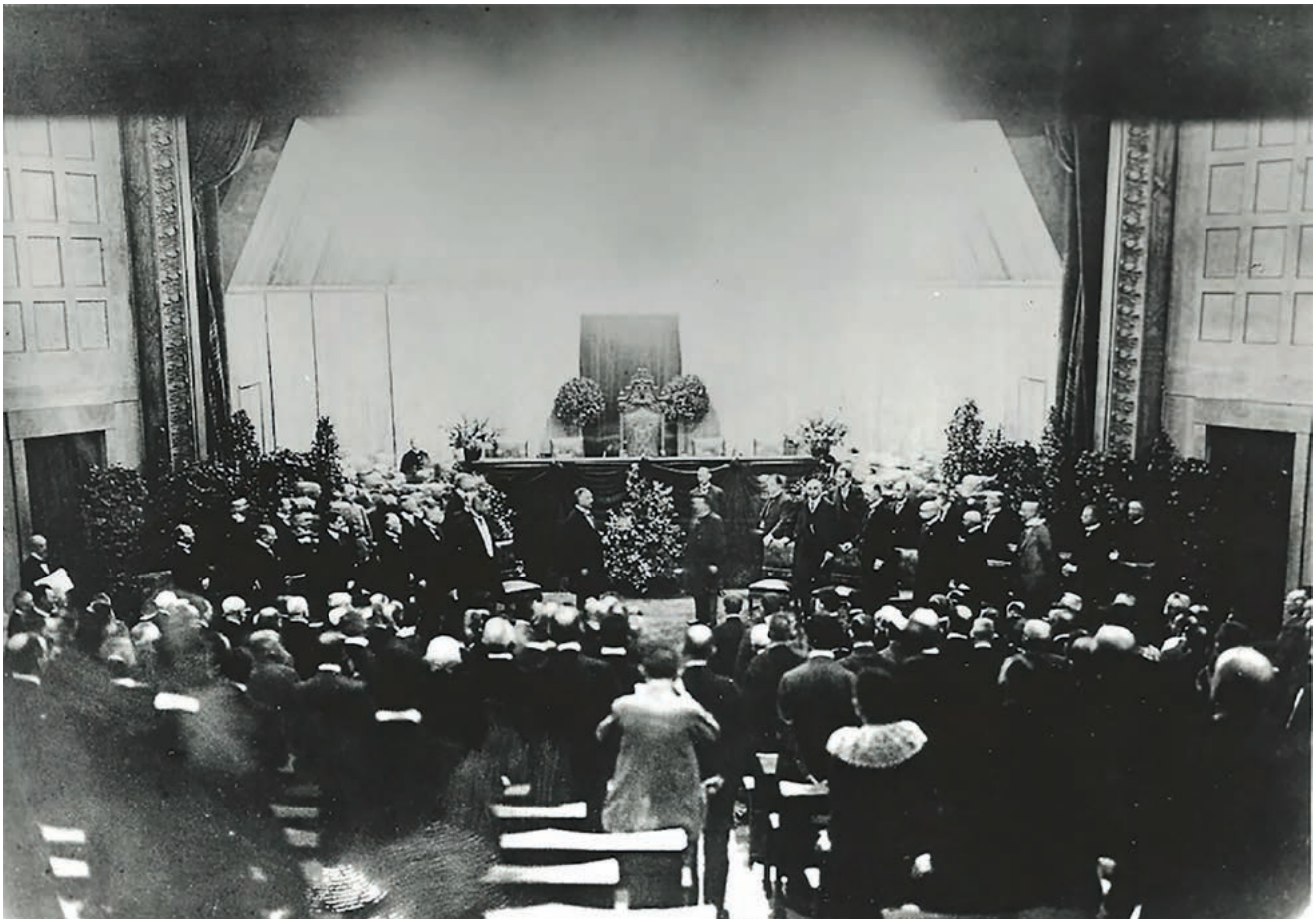
Artikel 73 sicherte dem Wahlvolk aber auch die Eigeninitiative für ein Gesetz zu. So war ein Volksentscheid herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlage eines Gesetzentwurfs stellte. Einen Volksentscheid musste die Hälfte der Wahlberechtigten (nicht allein der Wählenden!) bejahen, um ein Gesetz durchzubringen. Keines der drei angestrebten Plebiszite in der Weimarer Republik war erfolgreich. Der von der KPD initiierte, von der SPD mitgetragene Volksentscheid für eine Fürstenenteignung 1926 scheiterte ebenso wie der 1929 von den Rechtsparteien betriebene gegen den Young-Plan, der in der Reparationsfrage wesentliche Verbesserungen brachte. Nicht einmal die erste Hürde des Volksbegehrens übersprang 1928 die kommunistische Initiative für ein Verbot des Panzerkreuzerbaus.

Zu den direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten gehörte die Volkswahl des Reichspräsidenten. Er durfte bei einem Widerspruch gegen ein Parlamentsgesetz das Volk anrufen. Das Volk hätte wiederum, vom Reichstag dazu aufgefordert, auch den Präsidenten über eine Volksabstimmung aus dem Amt jagen können. Die Verfassung schuf insgesamt einen außerordentlich starken Reichspräsidenten, der nicht nur repräsentative Aufgaben besaß. Dem neuen Staatsoberhaupt, mitunter als Ersatzkaiser charakterisiert, stand das Recht zu, den Reichskanzler zu ernennen. Er konnte den Reichstag auflösen und über Artikel 48 Notverordnungen erlassen. Er vertrat das Reich völkerrechtlich und war militärischer Oberbefehlshaber. Der Reichspräsident verfügte im Verhältnis zu Regierung und Reichstag über eine äußerst starke Position – so zumindest die Verfassungstheorie.

Doch anders als von den Verfassungsschöpfern konzipiert, verstand sich das erste republikanische Staatsoberhaupt, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, immer als Teil und nicht als Gegenpol der Reichsregierung.[17] Dabei schöpfte Ebert in den Krisensituationen die ihm zustehenden verfassungsrechtlichen Möglichkeiten voll aus, um die Funktionstüchtigkeit des parlamentarischen Systems zu sichern. Es gehört zu den schwerlich begreifbaren Anachronismen von Weimar, dass nach dem Tod Eberts 1925 das Volk den alten kaiserlichen Feldmarschall Paul von Hindenburg zum Nachfolger kürte. Dieser hatte über die Kriegsniederlage hinweg den Nimbus des großen Feldherrn hinüberretten können, obwohl er als Chef der Obersten Heeresleitung der eigentliche Kriegsverlierer war. Er war zudem der Schöpfer der schändlichen, das politische Klima vergiftenden Dolchstoßlüge. Hier wälzte das kaiserliche Militär die Verantwortung für die Niederlage auf die Republikgründer ab.

Ein Vergleich von Amtsführung und Amtsverständnis der beiden Reichspräsidenten der Weimarer Republik zeigt auf, dass, wenn sich der Präsident der Demokratie verpflichtet fühlte, er eine Bastion gegen die Republikfeinde sein konnte. Lag dem Staatsoberhaupt die Demokratie aber nicht am Herzen, konnte er seine Verfassungsrechte auch gegen die Republik instrumentalisieren. In ersterem Sinne diente Ebert, für den die parlamentarische Demokratie mit dem Reichstag als höchstem Organ unverrückbare Norm darstellte. Er handelte stets unter

17 Vgl. für Verfassungspraxis von Ebert auf den einzelnen Kompetenzfeldern: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn ^{2}2007, passim; im Überblick: Ders.: Friedrich Ebert, Bonn 2018, S. 81 ff.



Ein historischer Moment, nur verschwommen überliefert: Die Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Reichsverfassung am 21. August 1919: Während in der Bildmitte Parlamentspräsident Constantin Fehrenbach (l.) noch einigermaßen zu erkennen ist, verschwimmt Friedrich Ebert ihm gegenüber nahezu. *Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg*

Wahrung und Respektierung der Rechte des Reichstages, während sein Nachfolger Hindenburg die Möglichkeiten des Amtes in geschickter Kombination gegen das Parlament – und damit gegen die Demokratie – missbrauchte. Er leitete damit den Untergang der Republik ein.

„Eine gute Verfassung in schlechter Zeit“

Am Ende der Republik zeigte sich in schicksalhafter Weise, dass in der unheilvollen Verknüpfung von Notverordnungs- und Auflösungsrecht eine der zentralen Schwächen der Verfassung lag. Doch insgesamt stellte sie ein über die Zeit hinausweisendes Werk dar, denn es verankerte Demokratie und Freiheit in besonderer Weise. Die Weimarer Verfassung eröffnete die Chance für den Auf- und Ausbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Das Verhängnis der Republik war nicht das später oft für ihr Scheitern verantwortlich gemachte Staatsgrundgesetz. Wichtig für eine junge Republik ist der Verfassungspatriotismus der gesellschaftlichen Eliten und der politischen Entscheidungsträger. Eine Verfassung benötigt den gesellschaftlichen Konsens, um sich voll entfalten zu können. Sie kann noch so gut ausformuliert sein und die Balance der Verfassungsorgane sinnvoll austarieren, sie muss auch gelebt und von der politischen Klasse verinnerlicht werden. Wo das innere Bekenntnis zur Verfassung fehlt, bleibt sie Papier, ein Dokument ohne Wirkung.

Die Weimarer Verfassung – „bei allen Mängeln durchaus ein passables Instrument für eine überlebensfähige Demokratie“[18] – legte insgesamt das Fundament eines modernen parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaates und entsprach im Wesentlichen dem allgemeinen Zeitgeist. Von ihr gingen bedeutende Wirkungen für die deutsche Demokratiegeschichte aus, hinter die das Grundgesetz in Teilen zurückbleiben sollte.

18 Michael Dreyer: Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung, in: 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung (1919–1999). Herausgeber: Thüringer Landtag (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Heft 14), Weimar 1999, S. 31–66, hier S. 57.

Dem Parlamentarischen Rat schwebte bei den Beratungen 1948/49 immer die Verfassung von 1919 als eine Art Negativ-Vorbild vor Augen. Aus vermeintlichen Konstruktionsfehlern wie der überragenden Stellung des Reichspräsidenten und der Leichtigkeit des Kanzlersturzes zog er die Konsequenzen, in dem der Bundespräsident im Wesentlichen auf repräsentative Aufgaben begrenzt wird und der Bundeskanzler vom Bundestag nur über ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden kann. Der Möglichkeit von Verfassungsänderungen setzt das Grundgesetz enge Grenzen, schließt Ersatzgesetzgeber (über Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen) aus und hat mit der in Weimar noch fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit einen bedeutenden Stabilisierungsfaktor geschaffen. Im Vertrauen auf das Mehrheitsprinzip hatte die Weimarer Verfassung es versäumt, demokratiesichernde Schutzzäune einzupflocken, wenn eben Volkes Mehrheit oder seine Vertreter in den gewählten Organen sich gegen die Republik wandten.

Der demagogische Missbrauch direkter Mitbestimmung gegen die Republik und die Aufheizung in den Volksbegehren, besonders der Reputationsgewinn der NSDAP beim Volksentscheid gegen den Young-Plan 1929, veranlassten die Schöpfer des Grundgesetzes, auf derartige direktdemokratische Elemente zu verzichten. Sie schielten bei alledem nicht auf die Verfassungsurkunde von Weimar, sondern auf die Verfassungswirklichkeit, auf den Umgang der Verfassungsorgane mit den Verfassungsrechten und -pflichten. Und hier lag das Manko der ersten Republik.

Auf eben den Auftrag, das geschriebene Wort durch Taten Wirklichkeit werden zu lassen, hatte Hugo Preuß zu Beginn der dritten Lesung am 29. Juli 1919 hingewiesen. Nach der Verabschiedung beginne erst „die eigentliche Verfassungsarbeit“: „denn es ist von entscheidender Wichtigkeit, ob nach Erlass der Verfassung ihre Bestimmungen in Organisation und Verwaltung in dem Geiste ausgeführt und gehandhabt werden, der die Verfassungsurkunde beseelt. Eine Garantie dafür, dass dies geschieht, kann keine Verfassung leisten. Die Verfassung kann nichts anderes tun, als die Voraussetzungen zu schaffen. Ich glaube, das tut die Verfassung.“[19] Seine Hoffnung sollte enttäuscht werden; denn der demokratische Geist, der dieser Verfassung zu eigen war, fehlte am Ende der Republik jenen, die diese Verfassung zu handhaben hatten. Sie missbrauchten sie zur Zerstörung der Republik.

Verfassungen legen die „Regularien politischer Herrschaft“ fest[20]; den Organen des Staatswesens obliegt es, diese zu handhaben. Eben weil die Weimarer Verfassung „das parlamentarische, das präsidiale und das plebiszitäre Prinzip“ zu kombinieren versuchte[21], kam es ganz entscheidend darauf an, wie die Verfassungsorgane sie mit Leben füllten. Die Zeitumstände überforderten die Verfassung, die in den entscheidenden Phasen der Republik von ihren Trägern zum Entkernen der Demokratie missbraucht wurde. Demokratischer Konsens und wirtschaftliche Stabilität, wie sie sich nach 1945 einstellten, fehlten nach 1918, um Verfassung und Demokratie zur vollen Entfaltung zu bringen. Und noch ein gravierender Unterschied: Nach 1945 standen die alliierten Siegermächte Pate bei der Demokratiegründung. Unter ihrem Schutzschirm wurde die Bundesrepublik allmählich geschaffen. In Weimar musste die Republik im Angesicht unnachgiebiger Sieger aufgebaut werden. So wurde die Staatsgrundlage der innerlich zerrissenen und außenpolitisch bedrängten ersten Republik mit Recht als eine „gute Verfassung in schlechter Zeit“[22] charakterisiert. Sie trug in sich die Möglichkeit, bei entsprechendem Willen der Verfassungsorgane gegen ihren eigentlichen Sinn missbraucht zu werden. Das sollte ihr Schicksal werden. Die Schuld daran aber tragen nicht die Verfassungsschöpfer, sondern am Ende zum einen die Verfassungsorgane und politischen Eliten, denen die Republik nicht am Herzen lag, und zum anderen eine zur Zerstörung der Demokratie wild entschlossene NS-Bewegung.

19 Verhandlungen (wie Anm. 7), Bd. 328, S. 2074.

20 Udo Di Fabio: Die Weimarer Verfassung. Aufbruch und Scheitern. Eine verfassungshistorische Analyse, München 2018, S. 23.

21 Andreas Wirsching: Weimar mahnt zur Wachsamkeit, in: Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Ditzingen 2018, S. 105–116, hier S. 106.

22 So erneut Christoph Gusy: 100 Jahre Weimarer Verfassung. Eine gute Verfassung in schlechter Zeit, Tübingen 2018.

Zwischen offenem Hass und geschickter Verführung

Extremismus in sozialen Medien und wie Jugendliche ihn erkennen und wahrnehmen

von Angela Nienierza

Abbildung: ullstein bild - imageBROKER/Helmut Meyer zur Capellen

Soziale Medien bieten ihren Nutzern vielfältige Möglichkeiten sich zu präsentieren, zu vernetzen und mit Freunden und Bekannten auszutauschen. Diese Funktionen werden zunehmend auch von extremistischen Akteuren und Gruppen unterschiedlicher Couleur genutzt, um eigene antidemokratische Ideologien zu verbreiten und neue Anhänger zu gewinnen. Sei es über ästhetische Bilder auf Instagram, Rap-Videos auf YouTube oder Gruppen auf Facebook – Rechts- und Linksextreme sowie Islamisten wissen heute genau, wo sie Jugendliche und junge Menschen am besten erreichen können.

Dabei ist die Gefahr, die von extremistischen Gruppen für unsere Gesellschaft ausgeht, gegenwärtig nicht zu unterschätzen.[1] Zum einen steht Deutschland nach wie vor im Fokus islamistischer Terroristen, die Anschläge planen und dafür regelmäßig junge Männer und Frauen rekrutieren. Aber auch andere extremistische und politisch motivierte Straftaten gefährden das friedliche und tolerante Miteinander in Deutschland. Gewalttätige Ausschreitungen durch Linksextremisten, bei denen Menschen verletzt und Sachschäden angerichtet wurden, gegenüber der Polizei während des G20-Gipfels haben erst im Juli 2017 Hamburg erschüttert. Auch die Zahl rechtsextremer Personen und Gruppen, die zum Beispiel Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verüben oder zu anderen Formen der Gewalt bereit sind, ist nach wie vor hoch. Soziale Medien bieten zudem eine (relativ) neue Plattform für Hass gegen Minderheiten, bestimmte Religionsgruppen und Nationalitäten. Solche Vorfälle sind nicht nur für die Betroffenen bedrohlich, sondern gefährden auch das demokratische Zusammenleben innerhalb unserer Gesellschaft und befeuern Prozesse der gesellschaftlichen Spaltung.

Extremismus hat viele Gesichter: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Unter Extremismus versteht man allgemein Einstellungen oder Aktivitäten, die sich gegen die im Grundgesetz festgelegten Ideen und Werte in Deutschland richten, also z. B. gegen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen oder die Meinungs- und Religionsfreiheit. Die Vertreter extremistischer Ideologien streben eine Gesellschaftsordnung an, die diese zentralen Werte und Prinzipien eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnt.

Ausschreitungen im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg, 2017
Abbildung: ullstein bild

Meist geht diese Haltung soweit, dass sie auch bereit sind ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen oder diese zumindest als legitimes Mittel akzeptieren. Menschen bzw. Gruppen können sowohl in politischer als auch religiöse Hinsicht extremistisch eingestellt sein. Rechtsextremisten befürworten zum Beispiel eine autoritäre Staatsform, die meist von einem Führer gelenkt wird. Sie vertreten zudem eine häufig auch fremdenfeindliche gelagerte Ideologie der Ungleichheit, wobei sie Menschen nach deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion, Nation oder „Rasse" bewerten und sie in vielen Fällen aus der deutschen Gesellschaft ausschließen wollen. Doch auch Linksextremisten lehnen den demokratischen Rechtsstaat ab. Zudem kämpfen sie gegen „den" Kapitalismus und versuchen – teilweise auch mit Gewalt und Terror – eine egalitäre Gesellschaftsform einzuführen. Islamismus stellt hingegen eine Form des religiösen Extremismus dar. Islamisten, wie die Anhänger des sogenannten Islamischen Staats (IS), kämpfen für die Errichtung eines islamischen Gottesstaats, in dem ausschließlich die Gebote des Islam das gültige Recht darstellen und Ungläubige bekämpft und ausgegrenzt werden.

1 Bundesamt für Verfassungsschutz.: Verfassungsschutzbericht 2017 (No. BMI18002), Berlin 2017.

Gemein ist allen Extremisten eine radikale Form der Ablehnung und Gewaltbereitschaft gegenüber Menschen mit anderen Einstellungen, anderer Religionsangehörigkeit oder anderer ethnischer Herkunft.

Soziale Medien als Kanal für extremistische Propaganda

Soziale Medien sind für die meisten Menschen heute wichtige Kommunikationswerkzeuge, um mit Freunden, Familienangehörigen und Bekannten auf der ganzen Welt in Kontakt zu bleiben. Durch ihre vielfältigen Funktionen bieten WhatsApp, YouTube, Facebook und Co. ihren Nutzern zahlreiche Möglichkeiten, von denen natürlich auch extremistische Gruppen und Personen Gebrauch machen können. Über soziale Netzwerke wie Facebook, Videoplattformen wie YouTube oder mobile Messenger-Dienste wie WhatsApp lassen sich Inhalte schnell und ohne besondere technische Vorkenntnisse an ein potentiell unbegrenztes Publikum verbreiten. Texte, aber auch Videos und Bilder lassen sich meist mit wenigen Klicks hochladen und können anschließend von anderen Nutzern angeschaut, kommentiert und weiterverbreitet werden. Die Netzwerkstruktur vieler sozialer Medienangebote erleichtert es Extremisten außerdem, Gleichgesinnte in der ganzen Welt zu finden und sich mit ihnen zu vernetzen. Die meisten Social-Media-Plattformen bieten ihren Nutzerinnen und Nutzern zudem die Möglichkeit, sich über persönliche Nachrichten auszutauschen oder die eigenen Ansichten und Standpunkte über die Kommentarfunktion unter Beiträgen anderer User zu teilen.[2]

Social Media-Platformen, die Jugendliche häufig nutzen
Abbildung: ullstein bild

2 Gabriel Weimann/Jannis Jost: Neuer Terrorismus und Neue Medien. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 8 (3), S. 369–388, vgl. https://doi.org/10.1007/s12399-015-0493-5 [Stand: 02.2019]

Für viele dieser Funktionen sind nur wenige Mausklicks notwendig; sie sind in der Regel kostenlos und ohne großen Arbeitsaufwand nutzbar. Die Möglichkeit Beiträge in sozialen Medien anonym zu veröffentlichen und zu verbreiten, bietet für Extremisten einen großen Vorteil, vor allem dann, wenn sie klar rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Inhalte veröffentlichen und verbreiten wollen. Für Polizei und andere Sicherheitsbehörden sind die Urheber von strafrechtlich relevanten Online-Inhalten (wie z. B. Abbildungen von Hakenkreuzen oder SS-Runen) häufig nur schwer zu ermitteln.

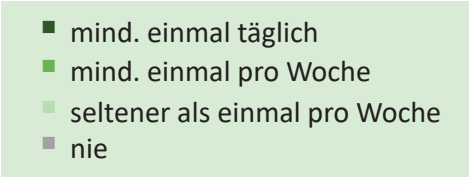
Wozu nutzen Extremisten soziale Medien?

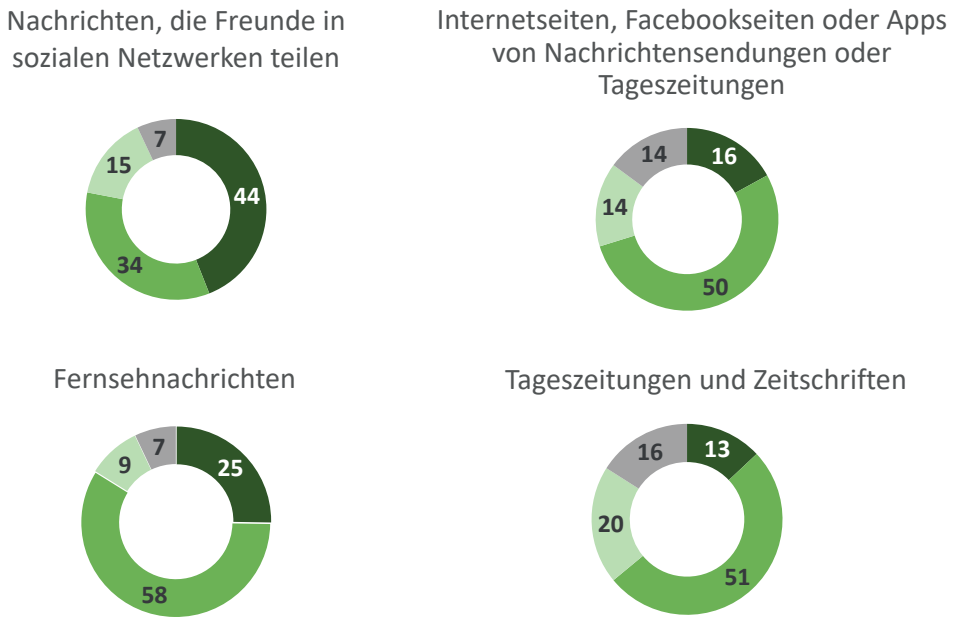
Extremisten nutzen die vielfältigen Möglichkeiten sozialer Medien für ganz unterschiedliche Zwecke. Zunächst helfen sie ihnen dabei, untereinander und mit bereits radikalisierten Anhängern und Sympathisanten zu *kommunizieren* und diese zur aktiven Teilnahme an Veranstaltungen und Aktionen zu *mobilisieren*. Dies geschieht zum Beispiel über Facebook-Gruppen oder Newsletter, die Interessierte abonnieren können. Auch über die Gruppenfunktionen beliebter Messenger-Apps, wie WhatsApp oder Telegram, werden Unterstützer und Mitglieder informiert und Inhalte verbreitet, die das eigene ideologische Weltbild aufrechterhalten und bestärken sollen. Außerdem können Sympathisanten solche Inhalte (z. B. Memes, Fake News aber auch Veranstaltungshinweise) wiederum schnell an ihre Kontakte weiterverbreiten. Immer wieder nutzen beispielsweise einzelne radikalisierte Schülerinnen und Schülern die WhatsApp-Gruppe ihrer Klasse oder ihrer Sportmannschaft, um rechtsextremistische oder islamistische Inhalte weiterzugeben. Auf diese Weise können sich Fotos, Videos oder Texte, die nur von einem kleinen extremistischen Personenkreis veröffentlicht wurden, dennoch rasend schnell unter vielen Nutzern verbreitet werden.

Jugendliche als Zielgruppe extremistischer Propaganda

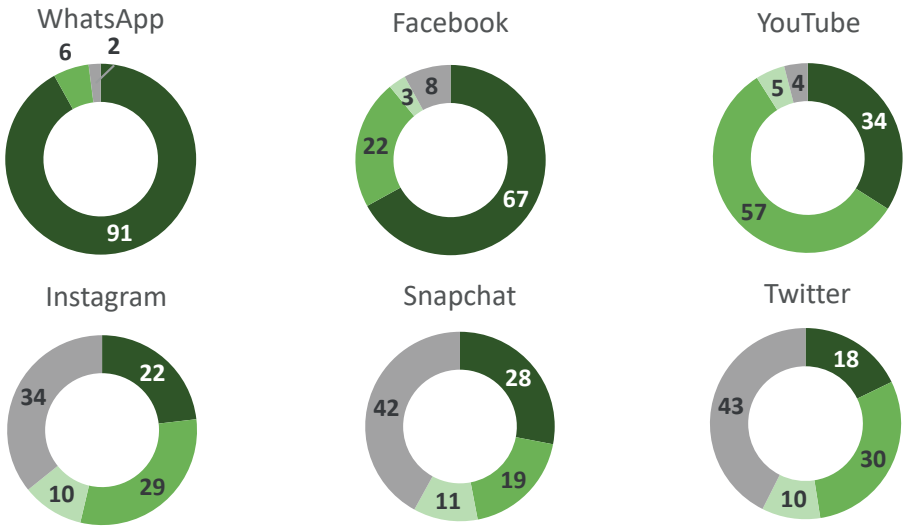
Doch soziale Medien dienen extremistischen Gruppen nicht nur zur Kommunikation unter Gleichgesinnten, sondern werden vor allem auch zur Ansprache und Rekrutierung neuer Anhänger eingesetzt. Über soziale Netzwerke und Plattformen lassen sich potentielle Unterstützer finden und direkt kontaktieren. Klassische Ansprache- und Rekrutierungsstrategien, wie beispielsweise das Verteilen von Flyern oder CDs vor Schulen, oder das Ansprechen über Sportvereine oder Gemeinden, wurden in den vergangenen Jahren zunehmend durch den Kontakt über soziale Medien ergänzt. Auch wenn es

Wie häufig Jugendliche unterschiedliche Medienangebote nutzen, um sich über das aktuelle Geschehen zu informieren
- Angaben in Prozent -





Wie häufig Jugendliche unterschiedliche soziale Netzwerke und Angebote nutzen
- Angaben in Prozent -



Basis: repräsentative Befragung von Jugendliche von 14 bis 19 Jahren, n = 1.061

Quelle: Reinemann et al. 2019

bisher kaum verlässliche Studien über die radikalisierende Wirkung von extremistischen Online-Inhalten gibt,[3] besteht die Befürchtung, dass insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene anfällig für solche Botschaften sein können.[4] Das hat unterschiedliche Gründe: Erstens sind sie in ihrer sozialen Identität und politischen Einstellungen noch nicht so gefestigt wie Erwachsene und besitzen zudem ein erhöhtes Orientierungsbedürfnis. Zweitens sind Jugendliche häufig auf der Suche nach neuen sozialen Kontakten und dem Gefühl einer Gruppe anzugehören. Extremistische Gruppen nutzen dies aus und versuchen Jugendliche durch unterschiedliche Online- aber auch Offline-Angebote (z.B. Stammtische, Sportveranstaltungen oder Konzerte) zum Teil ihrer Gruppe zu machen und vermitteln ihnen so das ersehnte Zugehörigkeitsgefühl. Drittens sind Jugendliche aufgrund ihrer intensiven Nutzung sozialer Medienangebote für Extremisten über eine Vielzahl unterschiedlicher Kanäle zu erreichen. Wie die aktuelle JIM-Studie zeigt, spielen Social Media-Plattformen im Alltag von Jugendlichen eine wichtige Rolle.[5] Zu den liebsten Angeboten gehört aktuell das Videoportal YouTube, das für knapp zwei Drittel der Jugendlichen zu ihren drei liebsten Internetangebote zählt. Aber auch mobile Messenger wie WhatsApp und die Foto-App Instagram werden von vielen jungen Menschen fast täglich verwendet.[6] Die Nutzung sozialer Medien erfolgt unter Heranwachsenden vor allem über das Smartphone; so gut wie jeder Jugendliche in Deutschland besitzt mittlerweile ein eigenes Gerät.[7] Inhalte, die über diese Plattformen und Endgeräte verbreitet werden, begegnen Jugendlichen also in alltäglichen Nutzungssituationen und in vertrauten Kontexten, wie z. B. dem eigenen News-Feed.

Durch ihre Strukturen und Funktionen machen es soziale Netzwerke und Plattformen extremistischen Gruppen außerdem sehr einfach, gezielt solche Jugendlichen zu finden und zu kontaktieren, die für ihre Ziele und Ideologien besonders empfänglich zu sein scheinen. Ähnlich wie bei der Platzierung von Online-Werbung greifen Extremisten dabei auf die verfügbare persönliche Daten zurück, die Nutzer teilweise freiwillig, teilweise unbewusst im Internet preisgeben (z. B. Alter, Geschlecht, Wohnort und Interessen). Basierend auf diesen Informationen können sie bestimmte Inhalte an eine ganz speziell ausgewählte Gruppe von Jugendlichen ausspielen. Junge Frauen und Mädchen die für den Dschihad – also den Heiligen Krieg gegen Ungläubige – gewonnen werden sollen, können dadurch beispielsweise über ganz andere Themen und Inhalte angesprochen werden als heranwachsende Männer.[8]

Ein weiterer Vorteil sozialer Medienangebote, den sich extremistische Akteure gerne zu Nutze machen, ist die Tatsache, dass die Hemmschwelle zur ersten Kontaktaufnahme in sozialen Medien wesentlich geringer ist, als in der direkten Begegnung mit fremden Personen. Um möglichst direkt und persönlich kommunizieren zu können, sind extremistische Einzelpersonen oder Gruppierungen deshalb häufig mit eigenen Profilen auf unterschiedlichen Plattformen aktiv. Nicht selten lässt sich die extremistische Ideologie hinter diesen Profilen und den dort gepposteten Inhalten erst auf den zweiten Blick erkennen. Das liegt zum einen daran, dass soziale Medienangebote wie Facebook und YouTube mittlerweile härter gegen eindeutig extremistische Inhalte vorgehen. Seit der Einführung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) am 1. September 2017 sind Anbieter sozialer Netzwerke dazu verpflichtet, „offensichtlich strafbare Inhalte“ innerhalb von 24 Stunden, nachdem sie gemeldet wurden, zu sperren oder zu entfernen. Um die Löschung eigener Inhalte oder des eigenen Accounts zu umgehen, äußern viele einschlägige Akteure ihre extremistischen Einstellungen deshalb weniger offensichtlich und weichen für die Verbreitung konkreter Inhalte auf nicht-öffentliche Kanäle aus.

Getarnte Propaganda und offener Hass

Doch die Verschleierung der extremistischen Ideologie hat häufig noch einen weiteren Grund: Extremistische Akteure versuchen durch solche „Wolf-im-Schafspelz“-Strategien ihre demokratiefeindlichen Botschaften eher unterschwellig zu verbreiten und so vor allem junge Menschen anzusprechen, die bisher keinen Kontakt in eine extremistische Szene hatten.[9] Auf diese Weise soll Jugendlichen ein niedrigschwelliger Einstieg in die Gedankenwelt extremistischer Ideologien ermöglicht werden. Experten aus der Extremismusprävention sprechen in diesem Zusammenhang

3 Samuel Salzborn/Anton Maegerle: Die dunkle Seite des WWW. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 10 (S2 2016), S. 213–231.

4 Stefan Glaser/Patrick Frankenberger: Subtile Beeinflussung und offene Aufrufe zu Hass und Gewalt. Erkenntnisse zu Islamismus im Internet aus Jugendschutzsicht. In: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis (KJug) (1) 2016, S. 8–11.

5 JIM-Studie 2018. Jugend, Information, Medien (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2018, S. 38.

6 Ebd., S. 34.

7 Ebd., S. 8.

8 Weinmann/Jost (wie Anm. 2), S. 372.

9 Stefan Glaser/Christiane Schneider: Rechtsextremismus im Web: Propaganda mehrdimensional bekämpfen. Jugend Medien Schutz-Report (5) 2013, S. 2–4 ff.

zum Beispiel von der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“[10], die Jugendliche mit einem modernen Erscheinungsbild ansprechen und zahlreiche Anknüpfungspunkte zu ihrem alltäglichen Leben bieten soll. Aber auch islamistische Online-Angebote werden teilweise stark auf die Nutzungsgewohnheiten und Lebenswelten junger Menschen zugeschnitten, um auch von einem (noch) nicht radikalisierten Publikum wahrgenommen zu werden und Interesse zu wecken. Um dieses Ziel zu erreichen greifen extremistische Akteure auf unterschiedliche Formate und (Kommunikations-)Strategien zurück.

Selbstdarstellung, Lifestyle und Jugendkultur

Eine zunehmend wichtige Rolle spielt beispielsweise die Selbstdarstellung und Vernetzung über soziale Netzwerke und Videoplattformen. Extremistische Akteure nutzen Plattformen wie Facebook, Instagram oder YouTube, um sich als Person, aber auch als Gruppe samt deren Aktivitäten zu präsentieren. Sie selbst stellen sich in ihren Accounts meist als jugendlich, „cool“ und nahbar dar, um möglichst viele junge Nutzern zu vernetzen. Bei der Präsentation ihrer Inhalte und Botschaften orientieren sie sich stark am aktuellen Lifestyle und verwenden Darstellungsformen und Motive aus der aktuellen Jugendkultur. Gerade über die beliebte Fotoplattform Instagram posten sie ansprechende Bilder, bei denen ein direkter Bezug zur rechtsextremen Szene nur schwer zu erkennen ist. Durch die Verschlagwortung mit aktuellen oder beliebten „Hashtags“ können unbedarfte Nutzerinnen und Nutzer auf solch ein Foto stoßen, es „liken“ und dem Account folgen, ohne sich seines ideologischen Hintergrunds gewahr zu werden. Indem sie einem solchen Kanal „folgen“ (ihn abonnieren), bekommen Nutzer künftig immer wieder neue Inhalte des Accounts angezeigt und können über Kommentarfunktion und Direktnachrichten leicht mit der dahinterstehenden Person oder Gruppe interagieren.

Abbildung: ullstein bild

Virtuelle Phänomene und Trends sollen Jugendliche ansprechen und Interesse wecken

Auch das Aufgreifen virtueller Phänomene und Trends soll an die Sehgewohnheiten Jugendlicher anknüpfen. Extremistische Botschaften und Slogans werden beispielsweise häufig in Form von sogenannten Memes platziert, bei denen aussagekräftige Bilder mit einer kurzen Textbotschaft kombiniert werden und so eine (neue) leicht verständliche Bedeutung erhalten. Ähnlich funktionieren sogenannte GIFs, also kurze Videoclips ohne Ton, die automatisch in Endlosschleife abgespielt werden, sobald man sie auf dem Bildschirm angezeigt bekommt. Besonders häufig findet man solche Anknüpfungspunkte zwischen gegenwärtiger Jugendkultur auf der einen und extremistischer Propaganda auf der anderen Seite in der Kommunikation der sogenannten „Identitären Bewegung“ (IB).

Identitäre Bewegung

Die nationalistisch-völkische Gruppierung mit Verbindungen zu rechtspopulistischen Parteien, aber auch zu Gruppen und Personen aus dem rechtsextremen Milieu, hat ihren Ursprung in Frankreich und war zunächst ein rein virtuelles Phänomen. Zentrale Mitglieder der IB präsentieren sich auf zahlreichen Accounts auf unterschiedlichen sozialen Netzwerken und berichten beispielsweise in der Form von Vlogs (Videotagebüchern) regelmäßig über ihren Alltag und ihre Aktionen. In dramatisch gestalteten Videos positionierten sich ihre Anhänger außerdem gegen „Überfremdung und Masseneinwanderung“ und den Verlust der eigenen nationalen Identität. Vor allem aufgrund ihrer extremistischen Agitation gegen Migrierte und Muslime im Rahmen der Flüchtlingskrise wird die IB mittlerweile von mehreren Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

In den vergangenen Jahren ist die IB in Deutschland immer wieder durch Protestaktionen, z.B. durch „Flashmobs“,aufgefallen, die sie wiederum über ihre

10 Thomas Pfeiffer: Gegenöffentlichkeit und Aufbruch im Netz, in: Stephan Braun, Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten, Wiesbaden 2016, S. 257-286, hier S. 263.

Ein Aufkleber an einer Haltestelle in Berlin mit Piktogrammen der rechtsradikalen „Identitären Bewegung"
Abbildung: picture alliance/ dpa

Social-Media-Kanäle geschickt zu inszenieren wusste. Die provokanten Aktionen der Gruppe (z.B. Besteigung des Brandenburger Tors mit Ausbreitung eines Banners) werden dabei von ihnen selbst filmisch dokumentiert. Nach einer professionellen Bearbeitung werden die Videoclips anschließend über die diversen Social-Media-Kanäle der Gruppe und ihrer Anhänger verbreitet. Aber auch die Gewaltvideos des sogenannten Islamischen Staats (IS) bedienen die Rezeptionsgewohnheiten junger Menschen, in dem sie in ihrer Optik häufig an Videospiele erinnern. Terroristen werden darin meist als Helden dargestellt und Gewalt und Selbstmordanschläge gegen Ungläubige und Einwohner westlicher Länder verherrlicht.

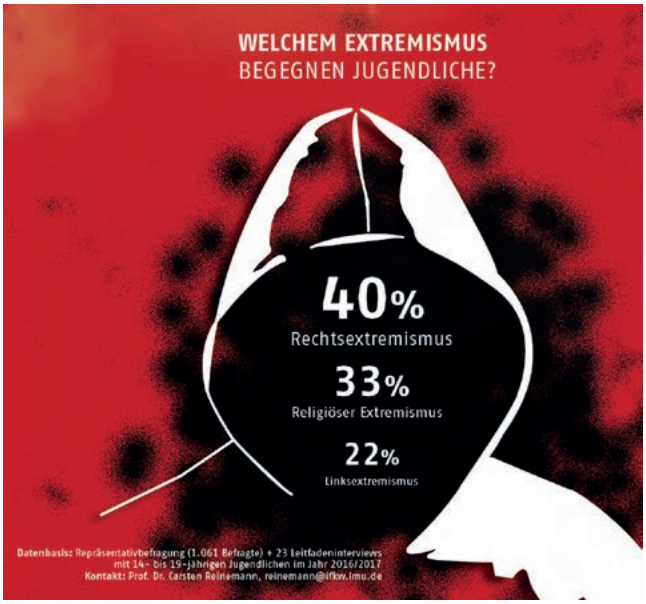
Organisierte Störung und Manipulation von Online-Diskursen

In Deutschland fallen nationalistische und teilweise rechtsextreme Strömungen aktuell durch eine starke Organisation ihrer Online-Kampagnen auf. Ein prominentes Beispiel ist die Gruppe „*Reconquista Germanica*", die sich über das soziale Netzwerk Discord[11] vernetzt hat und gezielte Online-Angriffe und Manipulationen von öffentlichen Debatten organisierte. In Form von sogenannten „Tagesaufgaben" werden Mitglieder dazu aufgefordert, bestimmte Inhalte zu verbreiten oder Diskussionen auf Twitter oder Facebook zu „trollen". Dabei werden zum Beispiel Hashtags zu aktuellen Themen oder Ereignissen „gekapert" und das eigene Weltbild in Form von Kommentaren und Diskussionsbeiträgen verbreitet.

Auch islamistische Gruppierungen nutzen soziale Netzwerke, um junge Menschen von ihrem Weltbild zu überzeugen. Dazu greifen sie bevorzugt aktuelle politische und gesellschaftliche Themen auf und bereiten diese so auf, dass sie zum eigenen Weltbild passen und gemeinsame Feindbilder kreieren. Schaut man sich entsprechende Seiten, Vlogs und Accounts in sozialen Netzwerken an, stellt man schnell fest, dass sich die unterschiedlichen Extremismusformen hinsichtlich der verwendeten Strategien nur wenig voneinander unterscheiden. Sowohl rechtsextreme als auch islamistische Akteure greifen emotionale Themen wie z.B. die Flüchtlingskrise auf und deuten diese so um, dass sie das eigene Weltbild bestätigen. Während Ausländer (und heute vor allem Muslime) im rechtsextremen Weltbild als Feindbild dienen, sind es für Islamisten Ungläubige und westliche Länder, wie etwa Deutschland und die USA. Die Absicht hinter der Heraufbeschwörung solcher Feindbilder und entsprechender Bedrohungsszenarien ist es in beiden Fällen, unterschiedliche Gruppen gegeneinander aufzuhetzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen. Um das zu erreichen, schrecken extremistische Akteure auch nicht davor zurück, Zusammenhänge verfälscht darzustellen und falsche Informationen (*fake news*) und Verschwörungstheorien zu verbreiten.

Symbolbild zu den Anwerbeversuchen des radikal-islamistischen IS
Abbildung: picture alliance/ chromornage

11 Bei Discord handelt es sich um einen Messaging-Dienst, der in erster Linie zum Austausch zwischen Online-Gamern konzipiert wurde, mittlerweile aber auch verstärkt zur Kommunikation sozialer Bewegungen und Gruppierungen verwendet wird.



Abbildungen: Institut für Kommunikationswissenschaften und Medienforschung der LMU, München

Musik als niedrigschwelliger Einstieg in extremistische Ideologien

Genauso, wie jeder Extremismustyp seine Feindbilder und Opfer-Täter-Narrative hat, hat er auch seine eigene Musik. Sowohl in der rechtsextremen als auch der islamistischen Szene sind Songs unterschiedlicher Stilrichtungen ein wichtiges Instrument, um Jugendliche anzusprechen und Neugier zu wecken. Viele Aussteiger berichten, dass Musik und Konzerte für sie die ersten Berührungspunkte mit dem extremistischen Weltbild darstellten. Gerade auch in Kombination mit ansprechenden Videoinhalten kann Musik also einen niedrigschwelligen Einstieg darstellen. Bei der Verbreitung solcher Musikvideos kommt Videoplattformen wie YouTube heute eine besonders große Bedeutung zu. In einem düsteren Video rappt ein Rapper namens „Komplott" beispielsweise vom kulturellen Erbe und seiner Bedrohung durch Überfremdung. Schließlich ruft er seine Fans auf: „Es ist an der Zeit zum Verteidigen des Eigenen / macht euch bereit."[12] „Komplott" sympathisiert mit der Identitären Bewegung – deren Erkennungszeichen, das Lambda-Zeichen, in seinen Videos immer wieder auftaucht. Mit dystopischen Texten und dramatischen Hip-Hop-Beats versucht er, deren heraufbeschworene Bedrohungsszenarien an ein breites Publikum zu transportieren. Das Video zu seinem Song „Gestern und Morgen" wurde mittlerweile über eine halbe Million mal aufgerufen.[13]

Während die Texte des identitären Raps noch vergleichsweise subtil daherkommen, ist der Bezug zur Ideologie des Nationalsozialismus im sogenannten Rechtsrock oder auch NS-(Hard)-Rock wesentlich direkter formuliert. Lieder mit eindeutig rechtsextremen Parolen, Gewaltaufrufen und volksverhetzenden Passagen verstoßen nicht nur gegen die Community-Standards der meisten großen Social-Media-Plattformen, sondern sind häufig auch strafbar. Dennoch können teilweise ganze Alben neonazistischer Bands über YouTube aufgefunden und gehört werden. Dies zeigt, dass legislative Maßnahmen bei dem Versuch, die Zugänglichkeit und Menge an extremistischen Inhalten in sozialen Medien zu reduzieren, aktuell an ihre Grenzen stoßen. Werden Accounts gesperrt und Inhalt gelöscht, folgen schon kurze Zeit später neue Accounts mit ähnlichem Namen erstellt und Videos, Bilder und Texte werden erneut hochgeladen. Inhalte, die sich unter der Schwelle zur Strafbarkeit bewegen, sind ohnehin kaum sanktionierbar. Vor allem, da im Zusammenhang mit der Regulierung problematischer Inhalte durch die großen Anbieter wie Facebook, YouTube und Twitter einfügen (zu Recht) immer auch die Frage nach einer ungerechtfertigten Begrenzung der Meinungsfreiheit diskutiert wird.

12 Das ursprüngliche Video wurde mittlerweile von YouTube gesperrt. Es finden sich aber zahlreiche sogenannter „Reuploads" auf YouTube, über die es weiterhin genutzt werden kann.

13 Stand: 17.12.2018: 628.857 Aufrufe.

Gefangen in der extremistischen Filterblase?

Die Struktur sozialer Medienangebote erhöht die Gefahr, dass Nutzer in eine „Filterblase" geraten, in der ihnen immer wieder ähnliche Inhalte angezeigt und empfohlen werden. Da das Design sozialer Medienangebote in erster Linie darauf abzielt, die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange auf ihrer Seite zu halten, werden technologische Empfehlungssysteme genutzt, um den Usern kontinuierlich weitere Inhalte anzuzeigen, die sie interessieren könnten. Das bedeutet: Wenn ein Jugendlicher über YouTube auf ein extremistisches Musik-Video stößt, kann das dazu führen, dass ihm kontinuierlich weitere Videos dieser oder ähnlicher Bands angezeigt werden, während Videos zu anderen Themen zunehmend ausgeblendet werden.

Wie häufig und wo kommen Jugendliche tatsächlich mit Extremismus in Kontakt?

Berücksichtigt man die unterschiedlichen Propagandastrategien extremistischer Akteure, ist davon auszugehen, dass Jugendliche in ihrer täglichen Online-Nutzung zumindest manchmal auf extremistische Inhalte stoßen. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist bisher jedoch offen, (1) wie häufig Jugendliche tatsächlich mit extremistischen Online-Inhalten konfrontiert werden, (2) über welche Plattformen und Medien das geschieht, (3) welchen Formen von Extremismus sie in ihrem Alltag begegnen und (4) wie gut sie in der Lage sind, extremistische Online-Inhalte zu erkennen. Diesen Forschungslücken widmete sich ein Projekt der Ludwig-Maximilians-Universität München, dessen Befunde nun in Form eines Buches publiziert wurden.[14] Eine repräsentative Befragung[15] zeigt, dass fast 60 Prozent der Jugendlichen in ihrem Alltag zumindest manchmal bewusst auf extremistische Inhalte und Einstellungen stoßen, fast ein Fünftel der Befragten sogar häufig oder sehr häufig. Die größte Rolle spielen dabei rechtsextreme Einstellungen oder Botschaften (40 Prozent), gefolgt von religiösem (33 Prozent) und Linksextremismus (22 Prozent). Wirft man einen Blick auf die unterschiedlichen Social-Media-Angebote, zeigt sich, dass die Jugendlichen vor allem über soziale Netzwerke wie Facebook (26 Prozent), Videoplattformen wie YouTube (17 Prozent) und mobile Chatprogramme wie WhatsApp (17 Prozent) zumindest gelegentlich mit extremistischen Einstellungen und Botschaften konfrontiert werden. Die meisten Kontaktpunkte ergeben sich während der routinemäßigen Mediennutzung oder erreichen die Jugendlichen über geteilte Inhalte von Bekannten oder Freunden. Das ist besonders deshalb besorgniserregend, da man davon ausgehen muss, dass Jugendliche den Inhalten, welche sie durch Freunde weitergeleitet bekommen, zunächst weniger kritisch gegenüberstehen und den extremistischen Charakter und Urheber zunächst nicht erkennen. Nur sehr wenige geben an, aktiv solche Inhalte und Angebote aufzusuchen. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass Jugendliche nicht ausschließlich über soziale Medien mit extremistischen Einstellungen und Botschaften in Kontakt kommen.

Die Studie gibt auch Aufschluss darüber, ob Jugendliche extremistische Akteure und Inhalte überhaupt erkennen und wie sie mit derartigen Inhalten umgehen. Wenn die Zielgruppe extremistische Akteure und Aussagen hinsichtlich ihrer Nähe zum Grundgesetz einschätzen soll, gelingt ihnen das – sofern ihnen die Gruppen und Personen bekannt sind – sehr gut. Das heißt, sie sehen Gruppierungen wie die Terrororganisation IS oder die rechtsextreme Partei NPD in großer Distanz von den Grundwerten einer freiheitlichen Demokratie. Von einigen Akteuren, wie den „Autonomen Nationalisten" oder Pierre Vogel, hatten viele Testpersonen allerdings noch nichts gehört und konnten deren Nähe zum Grundgesetz somit nicht bewerten. Mit Blick auf extremistische Inhalte in sozialen Netzwerken ist diese Unkenntnis problematisch. Gerade um subtile Botschaften und verschleierte Inhalte richtig einschätzen zu können, ist eine korrekte Einordnung und Identifikation der Quelle häufig die einzige Möglichkeit, den extremistischen Hintergrund richtig zu beurteilen.

Dass Jugendliche sich schwer damit tun, extremistische Propaganda im Kontext ihrer alltäglichen Social-Media-Nutzung zu identifizieren, zeigen die Befunde der zweiten Teilstudie des Forschungsprojekts. Hier bekamen Teilnehmer der Studie unterschiedliche Facebook-Posts, Nutzer-Kommentare und zwei Memes vorgelegt und wurden gebeten, diese zu beschreiben und einzuordnen. Nur wenigen Jugendlichen fiel auf, dass hinter den Inhalten eine extremistische Quelle steckte. Vor allem dann, wenn sie in den Beiträgen einen klaren Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt erkennen konnten und die Botschaften ansonsten sehr subtil gestaltet war, setzten sich die Jugendlichen kaum kritisch mit Inhalt und Quelle auseinander. Jugendliche, die sich insgesamt stärker für Politik interessieren, traditionelle Nachrichtenmedien nutzen und mit

14 Carsten Reinemann: Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen, Wiesbaden 2019.

15 Befragt wurden 1.061 Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren im Jahr 2016.

Familie, Freunden oder in der Schule regelmäßig über das aktuelle Geschehen sprechen, können extremistische Botschaften und Inhalte hingegen eher erkennen und entsprechend einordnen.

In Zeiten zunehmend schnelllebiger und personalisierter Informationsumgebungen scheint es deshalb notwendiger denn je, gerade solche Kompetenzen bei jungen Menschen zu fördern, die ihnen dabei helfen, Quellen zu hinterfragen und beim Kontakt mit extremistischen Online-Inhalten entsprechend zu reagieren. Das bedeutet zum Beispiel strafrechtlich relevante Inhalte und Hassreden zu melden, andere Nutzer auf den extremistischen Charakter aufmerksam zu machen und entsprechende Bilder, Videos und Texte vor allem nicht unbedacht an Freunde und Bekannte weiterzuleiten. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass Online-Medien zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Weg für Extremisten darstellen, ihr Weltbild zu verbreiten und neue Anhänger zu gewinnen. Auch in der Familie, in der Schule oder im Freundes- und Bekanntenkreis können Jugendliche mit extremistischen Einstellungen und Personen in Kontakt kommen. Eine möglichst breite Aufklärung über unterschiedliche extremistische Weltbilder und Propagandastrategien extremistischer Gruppen ist deshalb ebenso wichtig wie die Stärkung allgemeiner politischer und medialer Kompetenzen.

Ansprechpartner/
Hilfe zum Thema Extremismus (in Auswahl)

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)
https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/ueber-die-bayerische-informations-stelle-gegen-extremismus-bige

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
https://www.lks-bayern.de/

Bayern gegen Linksextremismus
https://www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de/

Antworten auf Salafismus
https://www.antworten-auf-salafismus.de/

Beratungsstelle Bayern
https://www.beratungsstelle-bayern.de/

Vor und nach der Flucht

Semjon Shpungins Erinnerungen an die deutsche Okkupation in Lettland, das Ghetto Daugavpils und sein Überleben danach

von Heinrich R. Eberhardt

Semjons Shpungins Geschichte beginnt mit einer glücklichen Kindheit in einem jüdisch-bürgerlichen Umfeld in der Stadt Daugavpils (russisch: Dvinsk, deutsch: Dünaburg), die am Fluss Düna gelegen ist. Sein Vater besaß das renommierte Foto-Atelier „Foto Rafael" in der Straße *Raina iela* 83/85, Shpungins Mutter kümmerte sich um den Haushalt und alle damit zusammenhängenden Aufgaben. Seine Schwester Rosotchka ging noch nicht zur Schule. In der Stadt gab es etwa 40 Synagogen. Am Shabbat wurde die Chorraum-Synagoge besucht, die eine bemerkenswerte Akustik hatte. „Wenn der Kantor mit dem Chor zum Gebet anhob, wurde der Gottesdienst zu einem feierlichen Erlebnis, das uns jedes Mal erzittern ließ."[1] Semjon führt seine Abstammung auf den Stamm der Leviten zurück. Dieser Status wird auf der männlichen Linie von Generation zu Generation übertragen. Die Leviten waren die Diener des Tempels von Jerusalem.[2]

Daugavpils ist die zweitgrößte Stadt Lettlands, in der im Jahr 1935 noch 11.106 Juden lebten – dies entsprach etwa 25 % der Bevölkerung. Die Einwohnerschaft bestand aus Letten, Juden, Russen, Weißrussen und Polen. Mit Daugavpils sind die Namen herausragender jüdischer Persönlichkeiten verbunden: der Schauspieler Solomon Michoels (1890 – 1948) wurde hier geboren, der Reformator des Ivrit Eliezer Ben Jehuda und der erste aschkenasische[3] Oberrabbiner von Palästina, Abraham Isaak Kook lebten hier. „Das jüdische Daugavpils rühmte sich zweier großer Rabbiner mit der Ehrenbezeichnung *Gaon* (Genie) – Mejer Simcha (1843–1926) und Yosef Rosin, der Rogatschewer (1858–1936). […] Ihre Namen, von Legenden umrankt, waren sehr bekannt und wurden in aller Welt verehrt".[4]

Shpungin zeigt sich heute verwundert darüber, dass die aus dem Hitler-Stalin-Pakt möglich gewordenen Ereignisse bei den Erwachsenen in seiner Umwelt nur wenig Besorgnis hervorriefen. Zur Erinnerung: Der deutsche Überfall auf Polen erfolgte am 1. September 1939 und der Einmarsch der Roten Armee in ostpolnische Gebiete am 17. September 1939. Im April 1940 besetzten die deutschen Truppen Norwegen und am 10. Mai 1940 begann

1 Semjon Shpungin: Vor und nach der Flucht, Berlin 2017, S. 18.

2 Ebd., S. 15.

3 *Aschkenasim*: Bezeichnung für Mittel- und Osteuropäische Juden.

4 Sphungin (wie Anm.1), S. 19.

Semjon Sphungin als junger Mann
Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Semjon Shpungin

Semjon Shpungin und seine Schwester Rachel als Kinder

Die Familie der Eltern

Der zweijährige Semjon mit seinen Eltern, seiner Großmutter und seinen Onkeln, 1931

der Frankreichfeldzug der deutschen Wehrmacht. In Lettland war von Repressionen in der UdSSR und der Judenverfolgung im nationalsozialistischen Deutschland nur wenig bekannt. „Kein Vorgefühl von drohender Gefahr war spürbar. Womit kann man diese herrschende Sorglosigkeit erklären? Dieses Thema, soweit mir bekannt, hat niemanden zu Nachforschungen veranlasst."[5]

Am 17. Juni 1940 besetzte die Rote Armee Lettland. Die sowjetischen Kämpfer und ihre Kommandeure wurden von den Kommunisten und von vielen Sympathisanten, die jetzt aus dem Untergrund hervorzutreten wagten, begrüßt. „Es gab vereinzelte Scharmützel mit der Polizei, bei der Verwirrung herrschte, da sie nicht wusste, wie sie mit dieser Situation umgehen sollte."[6]

Shpungin erwähnt das Phänomen sowjetischer Vorkriegslieder, die Daugavpils damals überfluteten. Durch Texte, die recht primitiv anmuteten, und einprägsame Melodien erregten sie durch ihre patriotische Stimmung die Gemüter der Bevölkerung. Semjon erinnert sich an einige der Titel: „Drei Panzerfahrer", „Moskau im Mai", „Wenn morgen der Krieg beginnt", „Sie bekamen Befehl gen Westen zu ziehen …", „Dröhnend im Feuer, glitzernd im Stahlglanz …".

„Ich will die Wahrheit sagen: Mein schwer begreifender Kopf hielt dem Ansturm sowjetischer Lieder und Filme nicht stand. Stolz trug ich das rote Halstuch und sang die Hymne der Pioniere Zündet die Lagerfeuer an, blaue Nächte." [7] Aus den Titeln der Lieder wird bereits ihr kriegsvorbereitender Charakter deutlich.

5 Ebd., S. 21.

6 Ebd., S. 23.

7 Ebd. S. 24.

Shpungin legt Wert darauf, dass zwischen dem russischen Einmarsch und der deutschen Okkupation unterschieden wird: Die russische Invasion hatte sich offenbar ohne Waffengewalt vollzogen, während die deutsche Okkupation unter Flugzeugangriffen, Leuchtbomben, Detonationen und Rauchwolken, die von brennenden Häusern aufstiegen, stattfand. Das Haus der Familie wurde durch eine Brandbombe zerstört. Sie fand Aufnahme bei der Großmutter.

In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni verließen Parteiangehörige und Anführer mit ihren Habseligkeiten auf Lastkraftwagen heimlich die Stadt in Richtung Osten. Der letzte Zug gen Osten wurde von Shpungins Familie nicht mehr erreicht. Die Stadt fiel am vierten Tag des Krieges der Deutschen gegen die Sowjetunion, am 26. Juni 1941.

Der Wechsel der Verhältnisse war sofort spürbar. Noch bevor die deutsche Administration sich ganz etabliert hatte, formierte sich die örtliche Polizei unverzüglich. Freiwillige, darunter auch Angehörige der halbmilitärischen nationalistischen Organisation *Aizsargis,*[8] wurden mit Gewehren ausgerüstet und erhielten grüne Armbinden als Erkennungszeichen.

Bald erschienen an allen Anschlagtafeln, Zäunen und Hauswänden Befehle des Präfekten in deutscher und lettischer Sprache. Sie waren ausschließlich an Juden gerichtet. So wurde beispielsweise verfügt, dass sich Juden im Alter bis 60 Jahren zu einer festgesetzten Zeit am Marktplatz einzufinden haben. Das Tragen des gelben Sterns wurde angeordnet. Juden war es verboten, Gehsteige zu benutzen und öffentliche Einrichtungen zu besuchen. Im Juli 1941 wurde dann allen Juden befohlen, ins Ghetto umzusiedeln.

Das Ghetto Daugavpils, am linken Ufer der Daugava (Düna) gelegen, wird von Shpungin als ein „Sack aus Steinen" bezeichnet, der in keiner Weise zum Wohnen geeignet war. Die Insassen schliefen dicht nebeneinander auf dem Bretterfußboden. Es waren knackende Geräusche zu hören; die Bewohner der Räume zerquetschten Läuse. „Vor meinen Augen saß eine alte Frau, die ihren schwarzen Mantel nicht abgenommen hatte. Wegen des auf ihr wimmelnden Ungeziefers sah sie jedoch fast weiß aus."[9]

Im Ghetto waren nun 20.000 Menschen eingeschlossen (nach anderen Quellen bis zu 18.000): Juden aus Daugavpils, der näheren und ferneren Umgebung, Flüchtlinge aus Litauen. Es war nicht möglich, einfachste sanitäre Bedürfnisse zu befriedigen. Eine Epidemie drohte.

Einzug der Juden von Daugavpils ins Ghetto, Juli 1941
Abbildung: Ghetto Fighters' House/ Beit Lohamei Haghetoat

Männer und Frauen dienten in dieser ersten Zeit in verschiedenen Behörden und militärischen Einrichtungen, wo sie jeden Morgen hingeführt wurden. Noch sicherte das jedem von ihnen und ihren Familien das Leben.

Neben Massenexekutionen fanden auch öffentliche Hinrichtungen statt, wegen „Verbrechen" wie in der Stadt ohne gelben Stern zu erscheinen oder bei der Rückkehr von der Arbeit einen Laib Brot in das Ghetto geschmuggelt zu haben. Anlässlich einer „Scheinerschießung" mit denen die Deutschen ihre Opfer verhöhnten und Todesängsten aussetzten, kamen Shpungin erstmals Fluchtgedanken. Beim Kommando „Feuer" wollte er sich fallen lassen, vom Festungswall herunterstürzen und sich irgendwo in den steinernen Kasematten verstecken. -– Das Kommando blieb aus. Shpungin hatte inzwischen den Kontakt zu seiner Mutter und Schwester verloren. Er irrte umher und rief; „Mama, Mamachen" – keine Antwort. Eine verzweifelte Suche blieb erfolglos.[10]

Folgen wir weiter dem Bericht von Shpungin: „Plötzlich erscholl ein Kommando: ‚Medizinisches Personal! Ärzte, medizinische Mitarbeiter mit Familien – fünf Schritte vortreten!' Ungefähr 60, vielleicht auch 80 Leute traten schnell hervor und bildeten eine mäßig große, abgesonderte Reihe. Meine Beine trugen mich wie automatisch zu ihnen hin. Aber was tun? Ich musste mich jemandem anschließen und entdeckte schließlich ganz am Ende der Reihe Madam Magid – die Zahnärztin unserer Familie. Sie, die dort mit ihrer Tochter, gleichaltrig mit mir stand, bemerkte mich auch und winkte mich zu sich: „Hierher Sema, hierher! Ich sage, dass ihr beide meine Kinder seid."[11] So war es dann auch. Wir hatten Glück bei der

8 Paramilitärische Miliz, Kollaboration mit den Nationalsozialisten.

9 Shpungin (wie Anm.1), S. 29 ff.

10 Ebd., S. 71/ Anm. 40. Der genaue Ablauf der Ereignisse konnte nicht ermittelt werden.

11 Ebd., S. 35.

Überprüfung. Und nun standen wir da und mussten hilflos mit ansehen, wie eine endlos lange Kolonne von Menschen zur Erschießung geführt wurde.[12]

Nach einiger Zeit wurde das Ghetto unter Quarantäne gestellt. Niemand wurde hinein- und niemand herausgelassen. Jene, die man in die Stadt getrieben hatte, fanden Unterkunft bei ihrer Arbeitsstelle, so auch sein Vater. Shpungin blieb hier während der Quarantäne eingesperrt, ohne Vater. Dieser arbeitete in dieser Zeit schwarz (inoffiziell) bei der Militärkommandantur an der Eisenbahnstation Dünaburg (Daugavpils). Es gelang ihm, jemanden aus der Leitung zu überreden, Semjon in dem gleichen Amt unterzubringen. So gelangte er nach Beendigung der Quarantäne in die Stadt.

Es vergingen noch einige Monate. Der letzte Tag des Ghettos war der 1. Mai 1942. Es wurde mit besonderer Grausamkeit aufgelöst. Shpungin Aussage wurde in den Akten des Nürnberger Prozesses festgehalten.[13]

„Ein Mitglied der kommunistischen Jugendverbände, Shpungin, berichtet der Kommission: „Das Vorgehen der deutsch-faschistischen Teufel spottet jeder Beschreibung. Die Menschen wurden geprügelt und lebendig in Gruben geworfen. Kinder wurden vor den Augen ihrer Mutter in Stücke gerissen. Es kaum möglich, die Tragödie des 1. Mai 1942 zu beschreiben. Das Ghetto bot ein ganz entsetzliches Bild. Verstümmelte Kinderleichen lagen auf der Erde, Blutlachen, die von ermordeten Menschen stammten, standen überall. Dreißig Personen, die sich weigerten, den Wagen zu besteigen, wurden auf dem Hof des Ghettos erschossen."

Jetzt holte man die übrig gebliebenen Juden, die verstreut an verschiedenen Orten im Einsatz waren, und die etwa 400 Überlebenden des Ghettos wieder zusammen. Sie wurden in der großen städtischen Festung einquartiert, die sich gegenüber dem bisherigen Ghetto am anderen Flussufer befand und früher als Kavalleriekaserne diente. Shpungin wurde einer Unterabteilung namens „Heeresunterkunftsverwaltung 322" zugeteilt und mit dem Sortieren und Ausbessern von gebrauchten Uniformen beschäftigt. Die Verhältnisse waren im Vergleich mit dem aufgelösten Ghetto im gegenüberliegenden Brückenkopf ganz erträglich. Das Festungsghetto bestand aus einem Gemeinschaftswohnhaus mit doppelstöckigen Pritschen. Es war unbewacht. Nur am Haupteingang standen Wächter, die man jedoch unter irgendeinem Vorwand leicht passieren konnte.

Shpungin erwähnt im Herbst 1943 aufkommende Gerüchte, dass die Juden aus der Festung abgeholt werden sollten. Was das bedeuten würde, war jedermann klar. Die Unruhe verstärkte sich in der zweiten Oktoberhälfte. Die Insassen reagierten unterschiedlich: Gleichgültigkeit, Beschaffung von Gift für einen Selbstmord, Einrichten von Verstecken, Besorgung von Waffen. Am 28. Oktober rissen Shpungin die Schreie junger Männer, die als „Aufklärer" wachten, aus dem Halbschlaf: „Juden, aufstehen! Schnell aufstehen! Sie kommen!". Shpungin berichtet: „Ich war im Nu angekleidet und stürzte mich mit offener Bekleidung und nicht zugeschnürten Schuhen auf die Holztreppe. Dort kam mir schon ein Polizist entgegen, aber ich drängte mich irgendwie an ihm vorbei und lief auf den Hof. Ich wusste, dass sich im leeren Nachbarhaus im Erdgeschoss ein Fenster befand, das von innen nicht verschlossen war. Ich schlüpfte dort hindurch und gelangte so auf die anliegende Straße." [14]

Diejenigen, die nicht entkommen konnten wurden – wie sich später herausstellte – in Viehwagen nach Riga transportiert. Von dort ging es zum KZ Kaiserwald und weiter nach Stutthof auf dem Territorium Polens, nach Buchenwald in Deutschland und andere Lager.

Shpungin Vater war es gelungen, mit einigen Bekannten in die Stadt zu fliehen und sich in einer der Ruinen zu verstecken. Die Gruppe wurde entdeckt und schließlich den anderen Juden in Richtung Riga nachgeschickt. Shpungin hat von seinem Vater nie wieder etwas gehört.

Obwohl Teile der ortsansässigen Bevölkerung und Organisationen wie die lettische SS, der Sicherheitsdienst und andere Gruppierungen der deutschen Besatzungsmacht hilfreich und todbringend zur Seite standen, gab es auch Fälle von bemerkenswerter Zivilcourage. Diese sind in den „Erinnerungen von Überlebenden des Holocaust gesammelt von Semjon Shpungin" niedergeschrieben.[15]

Auf der Flucht

Shpungin erinnert sich an seine abenteuerliche Flucht bis in die kleinsten Einzelheiten, die hier verständlicherweise nicht alle wiedergegeben werden können. Viele Umstände wirkten zusammen. Er hatte Glück und verstand es, in den jeweiligen Situationen richtig zu handeln, „passende" Aussagen zu erfinden, zu reden und zu schweigen und trotz der ständigen Gefahr entdeckt oder enttarnt zu werden, meistens einen klaren Kopf zu bewahren. Er begeg-

12 Ebd.

13 Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage, Umdruck deutsch, USSR-41 (-10-).

14 Shpungin (wie Anm. 1), S. 40.

15 Ebd. S. 151–171.

nete immer wieder Menschen, die ihm auf irgendeine Weise und oft unbeabsichtigt helfen konnten.

Die Flucht! Nachdem er den Festungswall erklommen hatte, sprang er von der äußeren Sturzwand herunter in den Schutzgraben, entfernte die gelben Sterne von der Kleidung und zog die übrig gebliebenen Fäden heraus. Es stellte sich nun die Frage, wohin es gehen solle und mit wem zusammen das weitere Vorgehen erfolgen könne.

Semjon, inzwischen 14 Jahre alt, tat sich mit dem 15 Jahre alten Nosja zusammen. Unterwegs konnten sie etwas Brot erbetteln und gaben sich als Flüchtlinge aus Russland aus.

Semjon berichtet: „Ein Lastwagen mit deutschen Soldaten, der zu dem Lager gehörte, in dem Nosja gearbeitet hatte, kam heran. Nosja wurde erkannt. ‚Was macht ihr Juden hier?', schrie einer, ‚Ihr seid abgehauen!' Nosja stürzte, so schnell er konnte, die Straße in Fahrtrichtung vorwärts und ich in die entgegengesetzte Richtung. […] Ich kroch auf allen Vieren unter einem niedrigen Zaun hindurch und fand mich auf einem Hof wieder. Bevor mich die deutschen Soldaten entdeckt und erreicht hatten, gelang es mir, in ein Klohäuschen hineinzuschlüpfen, das auf dem Hof gegenüber von einem kleinen Haus stand. Ich verriegelte es von innen. Ich erinnerte mich, auf welche Weise sich einige Ghetto-Gefangene gerettet hatten, und versuchte, durch die Öffnung eines hölzernen Klostuhls zu kriechen. Aber meine dicken wattierten Hosen hinderten mich daran. Wäre ich in der Jauchegrube gelandet – ein schrecklicher Gedanke – was wäre mit mir geschehen? Die Deutschen waren schon nebenan, man konnte ihre Stimmen hören. […] Man suchte mich, fragte Vorbeigehende aus, aber niemand kam auf die Idee, in dem Klohäuschen nachzusehen. Dann trat Stille ein."[16]

Nosja blieb verschwunden. Das weitere Fluchtgeschehen soll nun kurz zusammengefasst werden. Nach einer Nacht mit stechender Kälte erfuhr er von einem Bauer, dass die litauische Grenze nicht weit entfernt verlaufe. Seine Wanderung endete jedoch bald bei der Eisenbahnstation Kurcums. Zur Überprüfung seiner Identität wurde er zum Hauptsitz der Grenztruppen in die Stadt Zemgale gebracht. Sein Fluchtversuch auf dem Weg dorthin wurde durch Androhung von Waffengewalt verhindert. Am Standort wurde Semjon von einem deutschen Hauptmann verhört und er erzählte, was ihm gerade in den Kopf kam: Nachname? Ostrovskis – Vorname? Jänis – Derzeitiger Wohnsitz? Brjansk. Nationalität? Mutter – Russisch, Vater Tatare. Auf der Bahnfahrt von Zemgale zum SD (Sicherheitsdienst) in Daugavpils vereitelte ein Soldat Shpungin Sprung aus dem fahrenden Zug. In Daugavpils konnte er ausreißen. Er entkam einem deutschen Soldaten, der auf ihn zielte, durch ein Zick-Zack-Laufen, jedoch warfen sich zwei entgegenkommende deutsche Offiziere auf ihn. Man brachte ihn zum Sicherheitsdienst.

Die Festung, in der sich das „kleine Ghetto" befindet
Abbildung: Semjon Shpungin

Shpungin erzählte „seine" Biografie mit allerlei Einzelheiten ausgeschmückt. Nach dem Verhör wurde er – zu seiner Überraschung – zum Arbeitsamt geführt. Man hatte seiner Geschichte Glauben geschenkt! Semjon übergab einen offiziellen Brief vom 2. November 1943. Der Briefbogen enthielt im Briefkopf die Überschrift „Der Kommandeur der Sicherheitspolizei u. d. S. D. (Sicherheitsdienst) Lettland, Außenstelle Dünaburg". Semjon berichtet weiter: „Unglaubliches war passiert. Das Dokument (auf den Namen Ostrovskis ausgestellt), legalisierte meine Lage völlig unerwartet, auf rätselhafte Weise. Und wie paradox: Ich musste in die Hände der Gestapo geraten, um das erste Mal die Hoffnung zu bekommen, am Leben bleiben zu dürfen! Ohne die ‚Hilfe' der Gestapo wäre ich zugrunde gegangen. Das Schicksal ist in der Tat unerklärlich."[17]

Die Arbeitsvermittlung entsprach Semjons Wunsch und schickte ihn zu einem Bauern aus dem Dorf Seltenevk. Dort arbeitete er als Knecht. In unbeobachteten Augenblicken hörte er ‚Radio Moskau' und vernahm erstmals die Stimme Ilya Ehrenburgs und dessen Kampfaufrufe gegen die Deutschen. In von den Deutschen kontrollierten oder herausgegebenen Zeitungen wie „*Jaunais Vards*" („Neues Wort") oder „*Daugavas Vèstnesis*" („Daugava-Bote"), die ihm gelegentlich in die Hände gekommen waren, wurde über Ehrenburg mit antisemitischen Spöttereien und bösen Beschimpfungen berichtet. In Semjon reifte

16 Shpungin (wie Anm. 1), S. 46.

17 Ebd., S. 53.

der Gedanke, Ehrenburg kennenzulernen und ihm seine Geschichte mitzuteilen, sobald dies möglich sein würde.

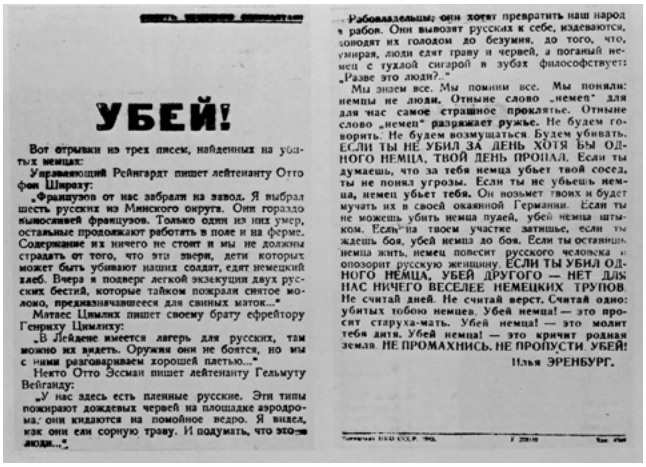
Die Zeit verging schnell. Am 27. Juli 1944 stand Semjon dann am Straßenrand und schaute, wie eine Kolonne sowjetischer Soldaten mit schief aufgesetzten Mützen und verstaubten, unordentlichen Uniformen entlangmarschierte. Sie waren im Krieg, er aber war befreit! In die Gefühle, die ihn beherrschten, mischten sich auch unpassend solche der Beleidigung und der Verwunderung. Viele der Soldaten, die vorbeigingen, machten sich über ihn lustig! „Oi, schaut bloß, das Jüdchen, Mäulchen, Schmulik, Judensöhnchen". Das waren die ersten Worte, die er aus dem Munde der Befreier hörte.[18]

Am gleichen Tag wurde Daugavpils von den Russen besetzt. Shpungin machte sich sofort auf den Weg in seine Heimatstadt, die – staubig und schmutzig — zur Hälfte nur noch aus Ruinen bestand. Eines Tages erfuhr er, dass eine Organisation namens *Ossoawiachim*[19] Teilnehmer für Kurse (Hundeführer oder Minenräumdienst) benötigte. Die Ausbildungsstätte lag in der Nähe von Moskau. Er meldete sich und hatte dadurch die Möglichkeit, Moskau zu besuchen.

Ehrenburg und das Schwarze Buch[20]

Dass Shpungin alle Schmach, Demütigung, Verfolgung, Krankheit und Leid überstanden hatte, grenzt an ein Wunder. Wie viele Überlebende der Schoah fragt er sich: „Warum habe gerade ich überlebt?" Wie wäre sein weiteres Leben verlaufen, wenn er die Begegnung mit und Förderung durch Ilya Grigorjewitsch Ehrenburg (1891 – 1967, Jude, Kommunist, Schriftsteller, Kriegsberichterstatter und Propagandist) nicht gehabt hätte? Seine Erinnerungen an ihn sind stark mit Emotionen beladen.

Vergegenwärtigen wir uns Shpungins Situation: Misstrauen bei Behörden und Institutionen schlug ihm entgegen; immerhin war der Krieg noch nicht beendet. Er könnte ja ein deutscher Spion sein! Ihm fehlten drei Schuljahre; Kenntnisse und Fähigkeiten mussten erworben werden. Die Schule schloss er dann in kurzer Zeit mit Bravour ab. Er erkrankte an Tuberkulose und wurde geheilt. Die Frage, wo er wohnen könnte, musste geklärt werden. Welche Berufsausbildung wäre sinnvoll? Sein Wunsch, das Studium der Journalistik aufzunehmen, wurde mehrfach vereitelt.[21]



УБЕЙ!

Вот отрывки из трех писем, найденных на убитых немцах:

Управляющий Рейнгардт пишет лейтенанту Отто фон Шираху:

„Французов от нас забрали на завод. Я выбрал шесть русских из Минского округа. Они гораздо выносливей французов. Только один из них умер, остальные продолжают работать в поле и на ферме. Содержание их ничего не стоит и мы не должны страдать от того, что эти звери, дети которых может быть убивают наших солдат, едят немецкий хлеб. Вчера я поавере легкой экзекуции двух русских бестий, которые тайком пожрали снятое молоко, предназначавшееся для свиных маток..."

Матвес Цимлих пишет своему брату ефрейтору Генриху Цимлиху:

„В Лейдене имеется лагерь для русских, там можно их видеть. Оружия они не боятся, но мы с ними разговариваем хорошей плетью..."

Некто Отто Эссман пишет лейтенанту Гельмуту Вейганду:

„У нас здесь есть пленные русские. Эти типы пожирают дождевых червей на площадке аэродрома; они кидаются на помойное ведро. Я видел, как они ели сорную траву. И подумать, что это — люди..."

Рабовладельцы: они хотят превратить наш народ в рабов. Они вывозят русских к себе, издеваются, доводят их голодом до безумия, до того, что, умирая, люди едят траву и червей, а поганый немец с тухлой сигарой в зубах философствует: „Разве это люди?"

Мы знаем все. Мы помним все. Мы поняли: немцы не люди. Отныне слово „немец" для нас самое страшное проклятье. Отныне слово „немец" разряжает ружье. Не будем говорить. Не будем возмущаться. Будем убивать. ЕСЛИ ТЫ НЕ УБИЛ ЗА ДЕНЬ ХОТЯ БЫ ОДНОГО НЕМЦА, ТВОЙ ДЕНЬ ПРОПАЛ. Если ты думаешь, что за тебя немца убьет твой сосед, ты не понял угрозы. Если ты не убьешь немца, немец убьет тебя. Он возьмет твоих и будет мучать их в своей окаянной Германии. Если ты не можешь убить немца пулей, убей немца штыком. Если на твоем участке затишье, если ты ждешь боя, убей немца до боя. Если ты оставишь немца жить, немец повесит русского человека и опозорит русскую женщину. ЕСЛИ ТЫ УБИЛ ОДНОГО НЕМЦА, УБЕЙ ДРУГОГО — НЕТ ДЛЯ НАС НИЧЕГО ВЕСЕЛЕЕ НЕМЕЦКИХ ТРУПОВ. Не считай дней. Не считай верст. Считай одно: убитых тобою немцев. Убей немца! — это просит старуха-мать. Убей немца! — это молит тебя дитя. Убей немца! — это кричит родная земля. НЕ ПРОМАХНИСЬ. НЕ ПРОПУСТИ. УБЕЙ!

Илья ЭРЕНБУРГ.

Propagandistisches Flugblatt von Ehrenburg. Die Überschriften lauten: „Töte" und „Die Deutschen sind keine Menschen", „Für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen".
Abbildung: picture alliance / akg-images

Propagandistisches Plakat von 1943 mit der Überschrift „Für das Mutterland!"
Abbildung: picture-alliance / RIA Nowosti

Durch glückliche Umstände machte er die Bekanntschaft mit Owadi Gerzewitsch Sawitsch (1896–1967), Schriftsteller und Journalist, der mit Ehrenburg befreundet war. Ihm konnte er seine Geschichte erzählen, die in der deutschen Ausgabe des Schwarzbuchs, das den Genozid an

18 Ebd. S. 60.

19 Ebd. S. 140 /10 Anmerkungen.

20 Wassili Grossman/Ilya Ehrenburg (Hg.)/Arno Lustiger (Hg. d. dt. Ausgabe): Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek bei Hamburg, 1994.

21 Shpungin (wie Anm. 1), S. 93 ff., 99.

den sowjetischen Juden wiedergegeben ist. Im Buch „Vor und nach der Flucht“ sind weitere erschütternde Erlebnisse von Überlebenden aufgenommen, die durch die Zivilcourage von Rettern und glückliche Umstände der Vernichtung entkamen.

Sawitsch stellte die Verbindung zu Ehrenburg her, der bei Kommunisten ein hohes Ansehen genoss. Er war sowohl im Inland als auch im Ausland aufgrund seiner literarischen Werke sehr geachtet. Während des Krieges wirkte er vor allem als Propagandist, Kriegsberichterstatter und danach als Beobachter der Nürnberger Prozesse. In mehr als 2000 Zeitungsartikeln, Flugblättern und Pamphleten rief er die Soldaten der Roten Armee zur unnachsichtigen Ermordung der Deutschen auf. Nachstehend ein Auszug aus einem von Ehrenburg verfassten Artikel als Beispiel seiner extremen Propaganda,[22] mit der er Öl ins Feuer goss:

Sie werden alle rächen.

In der Nacht sind wir von den Schatten der Toten umgeben. Wehe dem, der vergisst! Wehe dem, der vergibt!

Es war ein strahlender Sommertag. Ein junger Deutscher ging die steile Straße von Mozyr [23] entlang. [...] Der Deutsche ging und sang. Auf dem Traktor in Kharkov gebar eine Frau ein Kind. Die Deutschen töteten ein Kind, das (gerade mal) vier Stunden auf der Erde lebte.

Aus heutiger (deutscher) Sicht erfüllt Ehrenburgs Schaffen in dieser Zeit den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB). In Rostock gibt es seit Jahren Bestrebungen, die dortige Ilja-Ehrenburg-Straße umzubenennen.[24] Andererseits muss klar sein, dass die von ihm verfassten Texte auf Grund der bekannt gewordenen unfassbaren Verbrechen der Deutschen gegen die Menschlichkeit angetrieben wurden. Es folgt ein Beispiel für Ehrenburgs Kriegsberichterstattung[25]: „Wir sahen alles – die Trümmer von Woronesh und die sechs Monate alte Morasja Chromenkaja, erschossen im Dorf Lesnaja. Becher voll mit Tränen und Asche. Wir sahen Schluchten, Graben, Gruben voll von Leibern von Zerrissenen. Wir sahen Kinderspielzeug nicht in Wiegen sondern in diesen schrecklichen Gräbern. Durch die Stadt fuhren Gasautomobile[26]. Die Abfackeler liefen durch die Dörfer. Die Henker feuchteten die Bleistifte an, um akkurat die Anzahl der zu Tode gequälten Menschen zu notieren. Das Blut der Opfer quoll aus der Erde empor, wie Wasser aus einem Sumpfgebiet. […].“

Ehrenburg stand Shpungins mit Rat und Tat zur Seite und er stand unter seinem Schutz. Ehrenburg führte Telefonate, verhandelte mit Behörden, schrieb Briefe und nutzte seinen Einfluss als Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR für die Lettische SSR, um Shpungins den Studienbeginn in der Abteilung für Journalistik der Moskauer Universität zu ermöglichen. Er schloss das Studium mit einem Diplom „mit Auszeichnung“ ab. Nach drei Jahren in Smolensk war er 30 Jahre als Korrespondent der TASS in Riga tätig, wo er sich zum „verdienten Journalisten der Republik“[27] hocharbeitete. Seine Hauptaufgabe bestand darin, Forschungsergebnisse und technische Neuerungen allgemeinverständlich zu beschreiben. Er hatte jedoch auch die Möglichkeit, Themen aufzugreifen, die ihm interessant erschienen, und gelegentlich mit Raffinesse die Zensur zu umgehen.

Archiv der „Prawda“ in Moskau
Abbildung: picture alliance/allOver images

22 2. April 1944, aus Ilya Ehrenburg: Krieg 1941-1945, Neuauflage Moskau, 2004.

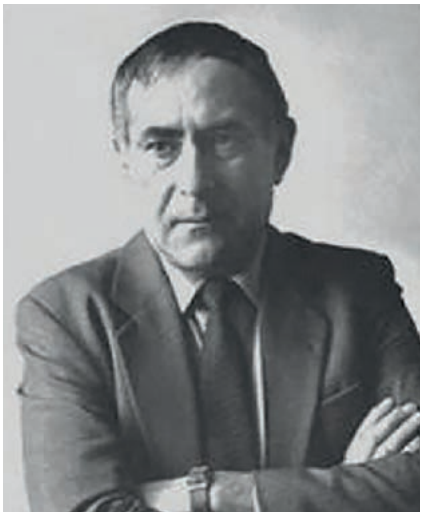
23 Schwarzbuch (wie Anm.20), S. 334.

24 Junge Union, Rostock; Bericht in der Ostsee-Zeitung vom 19.06.2017.

25 Erster Abschnitt aus dem Artikel „Auf der Schwelle“ von Ilja Ehrenburg, in: Prawda Nr. 296 vom 02.12.1943, Übersetzung von Horst Koop.

26 Gemeint sind hier mobile, auf LKWs montierte Gaskammern.

27 Shpungin (wie Anm.1), S. 101.



Semjon Shpungin um 1980

Der sowjetische Schriftsteller Ilya Ehrenburg in seiner Datscha in der Nähe von Moskau im Januar 1965
Abbildung: picture alliance/ dpa

Antisemitismus und Faschismus

Beispiele für Antisemitismus, dem er auch nach dem Krieg ausgesetzt war, finden sich an verschiedenen Stellen in Shpungins Leben. Bereits erwähnt wurden die an ihn gerichteten Schmähworte russischer Soldaten bei der Befreiung Lettlands. Während der Okkupation wähnten einige der an der Seite der Deutschen kämpfenden lettischen Soldaten ihre (zurückgebliebenen) Familien in Gefahr, solange das „kleine Ghetto" nicht komplett aufgelöst und „judenfrei" sei.[28]

In seinem später ausgestellten russischen Pass befand sich im „5. Punkt" (Nationalität) die Eintragung „jüdisch", was als Nationalität galt. Shpungin war also nicht als Person lettischer Nationalität anerkannt; damit war zunächst die Zulassung zum Studium verhindert.

Der Kommunismus stalinistischer Prägung trug zweifellos faschistoide Züge: Führerprinzip (Stalin, Stalinismus), Einparteiensystem, ein von der vorgegebenen Parteilinie, vom „Führer" vorgegebenes Dogma war sakrosankt. Tatsächliche, vermeintliche, fingierte oder unterstellte Abweichungen wurden brutal geahndet (Säuberungen, Straf- und Umerziehungslager, „Archipel Gulag"). Minderheiten wurden schikaniert oder verfolgt (Deportationen, Zwangsumsiedlungen von Krimtataren, Russlanddeutschen, Tschetschenen, Armeniern u. a.).

Nach und nach waren die Verbrechen der Nazis an den Juden bekannt geworden. Das im September 1941 gegründete „Jüdische Antifaschistische Komitee" (= JAK), bestehend aus etwa 70 jüdischen Schriftstellern (darunter Ehrenburg), Gelehrten und Kulturschaffenden hatte die Aufgabe, über den Völkermord zu berichten, die jüdische Bevölkerung im Ausland für den Kampf gegen Nazi-Deutschland zu aktivieren und die Errungenschaften der UdSSR zu propagieren. Den Vorsitz hatte der in Daugavpils geborene Schauspieler Solomon Michoels. Es gelang dem Komitee, erhebliche Finanzmittel und Ausstattung für den „Großen Vaterländischen Krieg" zu beschaffen. In der Nachkriegszeit, als das Komitee sich auch um die Belange der in der UdSSR ansässigen Juden zu kümmern begann, geriet es in einen Konflikt mit der offiziellen Politik. So wurde die Herausgabe des Schwarzbuches (s.o.) – die Druckstöcke waren bereits erstellt – verhindert.[29] Es bestand kaum noch Interesse am Schicksal der Juden. Schließlich waren die Verbrechen ja nicht nur an der jüdischen Bevölkerung verübt worden. Solomon Michoels wurde durch einen von der Staatssicherheit inszenierten Unfall getötet. Aufgrund fingierter Anklagen wurden über 400 Angehörige der jüdischen Intelligenz verhaftet, von denen nur wenige Gefängnis und Lager überlebten.[30]

Shpungin meint hierzu: „Bei ‚wohlmeinenden Kollegen' Ehrenburgs erregte der Umstand, dass er selbst der stalinistischen Repression nicht zum Opfer fiel, Fragen und Verdacht. Genau in diese Lage geraten Leute, die unversehrt eine Katastrophe überleben. Bleibst du am Leben, so bedeutet es, du hast mitgemacht; reinste KGB-Logik."[31]

28 Ebd., S. 39.

29 Siehe www.zeit.de/1995/03/Niemand_wird_euch_glauben [Stand: 12.02.19].

30 Vgl. https://www.nzz.ch/article8AHJ7-1.413614 , Die Tragödie der loyalen sowjetischen Juden [Stand: 12.02.19].

31 Shpungin (wie Anm.1), S. 79.

Hinter den Kulissen

Shpungin hatte aufgrund seiner Tätigkeit für die Nachrichtenagentur TASS Erfahrungen mit der Denk- und Arbeitsweise der Nomenklatura. Vom KGB wurde er misstrauisch beäugt. Durch sein Verhalten konnte er die ihm aufgedrängte Zusammenarbeit mit dem KGB jedoch verhindern, so zum Beispiel durch das „Missverstehen" eines Auftrags oder das Liefern von unbefriedigenden Ergebnissen. Manche skurrile Geheimhaltungsmechanismen nötigten ihm sicher ein Schmunzeln bei deren Niederschreiben ab. Zu einem in Dortmund 1969 anberaumten Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Günter Tabbert, der für die Führung von „Aktionen" im Ghetto Daugavpils verantwortlich war, wurde Semjon als Zeuge gesucht, konnte und durfte aber nicht ausreisen, weil er offiziell „nicht auffindbar" war.[32] Zu gleicher Zeit erschienen jedoch von ihm verfasste Artikel im In- und Ausland. Gründe für das Ausreiseverbot wurden Semjon nicht mitgeteilt (Tabbert wurde freigesprochen.).

Höhepunkte seiner Schilderungen sind die Begegnung mit Alexei Adschubei, einem Schwiegersohn von Chruschtschow, dem sogar Ambitionen auf den Posten des Außenministers unterstellt worden waren. Er wurde nach der Entmachtung seines Schwiegervaters mit unbedeutenden journalistischen Aufgaben betraut und war bestrebt, nicht aufzufallen. Mit Arkadi Raikin, einem Schlagersänger, Schauspieler und Conferencier, der in vielen sowjetischen Filmen in Haupt- und Nebenrollen spielte und dem er mehrmals im Sanatorium Rigas Jūrmala[33] begegnete, sprach er auf Spaziergängen über die Situation der Juden in der UdSSR und schilderte die Erweckung jüdischen kulturellen Lebens in der „Tauwetterperiode" nach Stalins Tod.

Daugavpils heute

Es darf die Frage gestellt werden, was bei einem Besuch der Stadt heute an das jüdische Leben und an ‚dunkle Zeiten' erinnern würde. Die Festungsanlagen, die als Ghetto dienten, sind erhalten. Da ist das Vorwerk (auch als Griva-Gefängnis, Brückenkopf bezeichnet) auf der linken Seite der Daugava, das ebenfalls als Ghetto, in dem die grausamsten Verbrechen begangen worden waren, genutzt worden war und das nach mehreren Umbauten und Zwischennutzungen heute als Gefängnis Verwendung findet.

Alexei Adschubei

Arkadi Raikin um 1970

Die Anlage kann nicht besichtigt werden. Ein weiteres Ghetto, auch als ‚kleines Ghetto' bezeichnet, war in der Festung (Zitadelle), die der Stadt Dünaburg vorgelagert ist, am rechten Düna-Ufer eingerichtet. Die dort befindlichen Gebäude sind inzwischen größtenteils saniert. Für den großen Sohn der Stadt, den jüdischen Maler Mark Rothko (Marcus Rothkowitz, 1903 – 1970), 1913 in die USA ausgewandert und somit von der Judenverfolgung nicht betroffen, wurde eine Multifunktionshalle eingerichtet, in dem u. a. einige seiner Werke besichtigt werden können. In der Hochglanzbroschüre des Touristenbüros wird auf die jüdische Geschichte der Stadt nicht eingegangen (Stand: 2014/2015). Das jüdische Daugavpils und Lettgallen–Museum[34] ist im zweiten Stock der Synagoge Kadish, die 1850 erbaut worden war, untergebracht und kann nach telefonischer Voranmeldung besichtigt werden. Im Wald von Pogulanka erinnert ein kleines Mahnmal an die Opfer, die dort erschossen wurden.

In den zurückliegenden Jahren demonstrierte eine Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. am 15. März in Riga gegen den jährlichen Gedenkmarsch zur Ehrung der sogenannten „Legionäre" der Waffen-SS. Vor lettischen Botschaften in Europa wurde gegen die offene Unterstützung der lettischen Behörden protestiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg in seinem Urteil die SS in allen ihren Untergliederungen – und damit auch die baltischen Waffen-SS Einheiten – als verbrecherische Organisation verurteilt hat. [35]

32 Ebd., S.119 f.

33 Heutiges Luxushotel Baltic Beach.

34 So lautet die Bezeichnung in der Hochglanzbroschüre des Touristenbüros.

35 Vgl. https://antifa.vvn-bda.de/2017/05/31/internationale-proteste-gegen-ehrung der-waffen-ss-in Riga.

Ella und Semjon Shpungin 2012 in Jerusalem
Abbildung: Heinrich R. Eberhardt

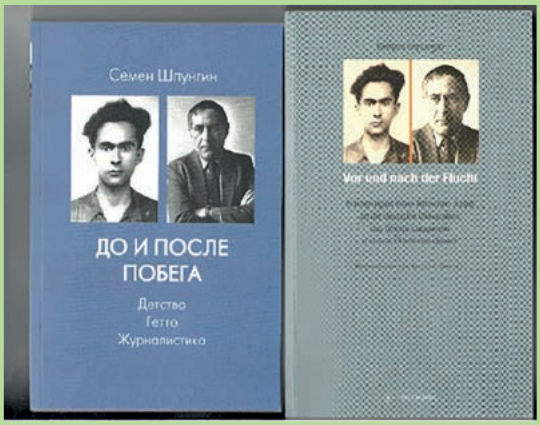
Die *Aliah*

Mit großzügiger Unterstützung des Vereins „Yad Ruth" e.V., Hamburg konnte Shpungin im Jahr 2000 in das Gelobte Land auswandern oder heimkehren. Seine Freude war jedoch nicht ungetrübt. Denjenigen, die dem Holocaust entkommen waren, wurde damals häufig mit Geringschätzung begegnet; sie wurden mit dem Spottnamen *Sabon* bedacht, was auf Hebräisch Seife bedeutet. Damit war die Seife gemeint, die die Nazis angeblich aus gesiedetem Menschenfett herstellten. Als wehrhafte Nachkriegsgeneration konnten sich die tapferen jungen Israelis nicht damit abfinden, dass die Juden sich ihrer Meinung nach widerstandslos haben abschlachten lassen, ohne sich gegen den Völkermord zu wehren.[36] – Inzwischen hat sich die Lage normalisiert, Nachteile bei der sozialen Integration bestehen nicht mehr.

Shpungin lebt heute, schwer erkrankt, zusammen mit seiner Frau in Bat Jam in der Nähe von Tel Aviv. Er ist Mitglied der Journalistenvereinigung von Tel Aviv und eines parlamentarischen Ausschusses, der sich mit Rechten und Problemen von Überlebenden des Holocaust befasst.

Was die Zukunft Israels betrifft, ist er skeptisch. „Wir haben die hinterhältigen Absichten unserer Feinde erkannt. Sie interessiert nicht der Friede, sondern die Schaffung von Voraussetzungen, an deren Ende schließlich die Auslöschung des Staates Israel steht. Ich hoffe, wir halten durch in Erwartung besserer Zeiten!" [37]

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus der 2017 im Metropol-Verlag, Berlin, erschienenen deutschsprachigen Ausgabe von „Semjon Shpungin, Vor und nach der Flucht – Erinnerungen eines lettischen Juden an die deutsche Okkupation, das Ghetto Daugavpils und sein Überleben danach," aus dem Russischen übersetzt von Horst Koop. Der Herausgeber Heinrich R. Eberhardt hat für diesen Beitrag zusätzliche, im Buch nicht enthaltene Angaben oder Verweise aufgenommen.



36 Shpungin (wie Anm. 1), S. 180.

37 Ebd., S. 184.

Seit 60 Tagen im Amt: Rupert Grübl, der neue Direktor der Landeszentrale

Rupert Grübl
Foto: Monika Franz

Herr Grübl, Sie sind seit zwei Monaten Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit – wie haben Sie die ersten 60 Tage im neuen Amt erlebt?
In einem Wort ausgedrückt: turbulent! Die LZ sieht sich momentan vor viele Aufgaben gestellt – beginnend bei dem Aufbau einer neuen Struktur mit der neuen Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts, dem Aufbau neuer Referate mit Personalakquise und vielem mehr. Dabei darf die inhaltliche Arbeit auf hohem Niveau unter dieser Situation nicht leiden. Das ist für mich, aber auch für mein Team, eine große Herausforderung. Das Tollste, was ich hier bislang erlebt habe, war der freundliche und offene Empfang – das erleichtert vieles.

Politische Bildung ist unverzichtbar für eine lebendige und entwicklungsfähige Demokratie. Welche Themen scheinen Ihnen die drängendsten zu sein?
Die große Aufgabe in diesen aufgeregten Zeiten ist, noch besser die Zielgruppen, die wir erreichen wollen, anzusprechen – also letztlich alle. Momentan entsteht ein neues Referat „Politische Bildung online", das auf mehreren Ebenen arbeitet: Zum einen geht es darum, unsere zentralen Inhalte zu vermitteln, aber zum anderen auch darum zu schauen, wie sich vor allem junge Menschen in den sozialen Medien – online – verhalten. Über diese Kanäle erreichen wir viele, die mit anderen Medien nicht mehr anzulocken sind.

Hat sich aus Ihrer Sicht die politische Bildungslandschaft durch diese technisch-medialen Entwicklungen komplett verändert?
Die Digitalisierung hat vieles auf den Kopf verstellt. Sie zwingt zu neuen Vermittlungsstrategien, hat aber auch neue Inhalte mit sich gebracht wie die Themen Fake News, Hate Speeches und so weiter. Die klassischen Themen gibt es nach wie vor – denkt man z.B. an die Internationale Politik mit der derzeitigen Diskussion um Atomwaffen etc. Ein besonderes Thema ist in diesem Jahr sicher Europa: Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament geht es um sehr viel.

„Digitalisierung" wird sehr oft als pauschale Phrase verwendet, die relativ inhaltsleer erscheint. Was verstehen Sie konkret unter Digitalisierung?
Das ist genau mein Problem mit dem Begriff – man spricht oft von diesem Prozess als Allheilmittel für alle Bildungszweige. Ich sehe das anders. Nur weil z.B. schulischer Unterricht mit digitalen Medien umgeht, heißt das noch nicht, dass der Unterricht auch besser wird. Wir müssen uns der Frage widmen, wo Digitalisierung tatsächlich einen Mehrwert mit sich bringt.

Kann man den gegenwärtigen Prozess vergleichen mit den Prozessen am Ende des 19. Jahrhunderts, wenn man etwa an

die Entwicklung des Verkehrs und der Infrastrukturen denkt?
Ich würde weitergehen und die jetzige Entwicklung mit der Industriellen Revolution vergleichen, die vieles im Leben der Menschen verbessert, aber auch Fragen aufgeworfen hat, derer man sich bis dato gar nicht bewusst war. Die Digitalisierung bringt zweifellos viele Chancen mit sich, aber auch Begleiterscheinungen, die unser Leben verändert. Darauf müssen wir Antworten finden. Das ist die Aufgabe unserer Generation, so wie es die Aufgabe der Generation Ende des 19. Jahrhunderts war, die Soziale Frage zu beantworten.

Sie haben mit Amtsantritt die „Hausaufgabe" erhalten, v.a. auch Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Extremismen in Angriff zu nehmen.
Das ist eine der schwierigsten Aufgaben, denn die Landeszentrale ist nicht der einzige Akteur in diesem Bereich. Es gibt ein fein verzweigtes Netzwerk vieler Akteure. Wir wollen keine Doppelstrukturen schaffen, sondern ausloten, wo wir ein sinnvolles ergänzendes Angebot machen können. Wir werden primär im Bereich der Aufklärung und Vorbeugung tätig sein und dort vor allem in den Schulen auf der Grundlage einer gefestigten Werteerziehung arbeiten.

Sie hatten es schon angesprochen – 2019 stehen auf der europäischen Ebene große Veränderungen an: Brexit, Wahlen zum Parlament, nationalistische Bewegungen – was bietet die Landeszentrale da an? Wie unterstützt die Landeszentrale den europäischen Gedanken in Krisenzeiten?
Europa steht vor einer großen Aufgabe – meines Erachtens liegt die Lösung gerade nicht in einem Rückzug auf die nationale Ebene, sondern wir müssen enger zusammenrücken. Wir haben eine ganze Reihe von Veranstaltungen („Europe after work", „Fragen an Europa") und Publikationen zum Thema („europa elementar", Wahlinfos etc.), wo wir mit ganz vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, die dort Fragen stellen, auch Befürchtungen äußern. In den Tagen um die Wahl gehen wir daher auch auf die Straße und suchen direkt den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern in Kombination mit dem „Wahl-O-Mat zum Aufkleben".

Wir haben heute eine junge Generation, die nicht mehr selbstverständlich den Hintergrund des Friedensprojekts EU vor Augen hat – sie ist daran gewöhnt, dass Frieden herrscht, wir mit einer Währung zahlen und ohne Kontrollen über die Grenzen zu den EU-Nachbarstaaten reisen können.
Genau die Gefahr besteht – Frieden ist leider kein selbstverständlicher Normalzustand, er muss erhalten und errungen werden. Ich glaube dabei nicht, dass die jungen Leute den Europagedanken gar nicht auf dem Schirm haben. Als ich Sozialkunde unterrichtet habe, habe ich immer die berühmte Frage danach gestellt, als was die Schülerinnen und Schüler sich denn fühlten – als Bayern, als Deutsche, als Europäer, als Weltbürger – und habe zunehmend die Antwort bekommen, dass die Region, aber auch Europa ihr Bezugspunkt sei. Das lässt mich hoffnungsvoll sein.

Welche Ziele haben Sie sich generell für die Arbeit an der Landeszentrale gesetzt?
Inhaltlich würde ich mir wünschen, dass wir mittelfristig den Bereich „Politische Bildung online" mit YouTube-Kanal und anderen Social-Media-Plattformen aufstellen; dabei muss man natürlich sehen, was davon sich entwickeln und was auch wieder verschwinden wird. Da muss man permanent am Ball bleiben. Darüber und über den Strukturaufbau hinaus – möchte ich den Lernort Rathaus etablieren (Lernort Staatsregierung, Berlin und Brüssel gibt es ja schon) und: als letzten Schritt den Lernort UNO – in Wien. Damit können wir alle politischen Ebenen bedienen. Das Vor-Ort-Sein an den Orten, wo Politik gemacht wird, ist, was Motivation von jungen Leuten angeht, durch nichts zu ersetzen.

Sie haben eine Dekade der Arbeit in der Landeszentrale vor sich. Was muss geschehen, dass Sie 2029 in voller Zufriedenheit das Steuer der Landeszentrale übergeben können?
Die Neustrukturierung sollte gelungen sein, die genannten Inhalte etabliert sein und gleichzeitig möchte ich noch etwas ganz Anderes: Den Kolleginnen und Kollegen in der Landeszentrale signalisieren, dass sie mir als Menschen wichtig sind. Wenn das gelingt, kann ich in zehn Jahren zufrieden gehen.

Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Philipp Rabl
Redaktionsassistenz: Charlotte Jüsten

Titelabbildung: Löwenattacke auf einen Stier, Relief aus dem antiken Persepolis
Foto: picture alliance/Heritage Images/Fotografin: Vivienne Sharp

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmuk.bayern.de
www.blz.bayern.de